OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

März 2023

Sicherheit durch Stabilität.

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaberin und Herausgeberin	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666*
Schriftleitung	*Birgit Niessner, Johannes Turner*
Koordination und Redaktion	*Eleonora Endlich, Manfred Fluch*

© Oesterreichische Nationalbank, 2023

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Redaktionsschluss: 8. März 2023

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage 4

Überblick 5

Leicht optimistischerer Ausblick auf globale Wirtschaftsaktivität 2023 im Kontext von Chinas Öffnung 6

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Konjunktur schwächt sich im vierten Quartal 2022 ab 11

Österreich: Wirtschaftsleistung stagnierte im 4. Quartal 2022 14

Spezielle Kurzanalysen 20

Arbeitskräfterückzug und Arbeitskräftemangel 21

Strong declines in trust in the financial system in Hungary and Poland 25

Regulierung von Kryptowerten: Internationale Dimension 30

EU-Industrieplan und Staatsbeihilfen für den Grünen Deal 35

Annex 40

Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats der Jahre 2022 und 2023 41

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 11. Jänner bis 28. Februar 2023 47

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen 50

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick[1]

Der Ausblick des Internationalen Währungsfonds (IWF) auf die globale Wirtschaftsaktivität vom Jänner 2023 ist gegenüber dessen letzter Prognose für dieses Jahr leicht optimistischer. Der IWF erwartet ein Wachstum des realen BIP von 2,9% für 2023 (+0,2 Prozentpunkte (Pp) gegenüber Oktober 2022) und für 2024 ein Wachstum von 3,1% (-0,1 Pp). In etwa die Hälfte des globalen Wachstums geht demnach in beiden Jahren auf China und Indien zurück. Die globale Inflation soll laut IWF von 8,8% im Jahr 2022 auf 6,6% im Jahr 2023 zurückgehen. Dahinter stehen vor allem die schwächere globale Nachfrage und deren Auswirkungen auf die Rohstoff- und Energiepreise. Die Risiken für die Wachstumsprognose sind nach wie vor nach unten und für die Inflation nach oben gerichtet, werden aber als geringer eingeschätzt als in der früheren Prognose. In China schlug sich die Aufhebung beinahe aller COVID-relevanten Maßnahmen noch nicht in den Wachstumsdaten nieder. Der IWF geht aber von einem Wachstum im aktuellen Jahr von 5,2% aus (+0,8 Pp), was deutlich über dem Wachstum der Gruppe der Schwellen- und Entwicklungsländer von 4% liegt. In den USA ist die Inflation im Jänner um 0,1 Pp wieder leicht gestiegen und lag bei 5,4%. Das BIP-Wachstum lag nach 0,8% im dritten Quartal 2022 im vierten Quartal bei 0,7%. Im Jänner wurden die Leitzinsen um 25 Basispunkte auf 4,5-4,75% angehoben. Für das Vereinigte Königreich erwartet der IWF im Jahr 2023 eine Rezession (-0,6 %). Die Inflation lag im Jänner bei 10,1%. Die Bank of England erhöhte die Leitzinsen zuletzt im Februar um 50 Basispunkte auf nunmehr 4%.

In den EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) schwächte sich die Konjunktur im vierten Quartal 2022 ab, der Tiefpunkt des Wirtschaftsabschwungs könnte aber schon erreicht sein. Trotz schwachen Wachstums liegt die durchschnittliche Arbeitslosenrate in der Region nur geringfügig über den historischen Tiefständen von Ende 2019.

Im Vergleich zum Vorquartal ist das saisonbereinigte BIP im Euroraum im vierten Quartal 2022 um 0,1% gestiegen. Sollte es zu keinen wesentlichen Revisionen kommen, würde im Gegensatz zu vielen Prognosen die vielfach erwartete technische Rezession zum Jahreswechsel 2022/23 vermieden werden. Das jährliche BIP-Wachstum im Euroraum betrug auf Basis erster Schätzungen im Jahr 2022 3,5 %. Der Arbeitsmarkt zeigt sich weiterhin robust. Die Europäische Kommission erwartete Mitte Februar für den Euroraum ein Wirtschaftswachstum von 0,9% im Jahr 2023 und von 1,5% im Jahr 2024. Im Vergleich zur Herbstprognose geht die Kommission damit für 2023 von einem um 0,6 Pp höheren Wirtschaftswachstum aus. Positiv wirken sich vor allem die Diversifizierung der Energieversorgung, die überdurchschnittliche Befüllung der Gasspeicher und der Rückgang der Gasgroßhandelspreise aus.

Die österreichische Wirtschaftsleistung stagnierte laut der von Statistik Austria berechneten vollständigen VGR-Rechnung im vierten Quartal 2022 gegenüber dem Vorquartal (real, saison- und arbeitstägig bereinigt). Damit wurde die Schnellschätzung vom Jänner des Jahres für das vierte Quartal merklich nach oben revidiert (+0,6 Pt). Nach diesen Änderungen liegt das Wachstum im Gesamtjahr 2022 bei 5,0%. Die Wachstumseinschätzung der OeNB vom Dezember 2022 für das Gesamtjahr 2023 (+0,6%) bleibt aufrecht. Die Anzahl der Nächtigungen dürften im Februar laut OeNB-Prognose die Vorkrisenwerte des Jahres 2019 wieder übertreffen. Die durchschnittlichen KV-Steigerungen verlaufen im Tandem mit der Durchschnittsinflation im Zeitablauf und liegen seit Dezember letzten Jahres sehr nahe an der Durchschnittsinflation, was ein Indiz für Lohnmoderation ist. Die österreichische HVPI-Inflationsrate sank im Februar zwar leicht auf 11% (Jänner 2023: 11,5%), allerdings liegt sie seit Oktober 2022 mit der Ausnahme von Dezember 2022 (10,5%) kontinuierlich über 11%.

[1] Autor: Christian Ragacs (Referat Konjunktur)

Leicht optimistischerer Ausblick auf globale Wirtschaftsaktivität 2023 im Kontext von Chinas Öffnung[2]

Weltwirtschaft: Leichte Aufwärtsrevision des IWF für BIP-Wachstum im Jahr 2023

Die Weltwirtschaft steht weiterhin vor großen Herausforderungen: die Inflation erweist sich als persistenter als erwartet, viele Notenbanken reagieren weiter mit teils kräftigen Zinsschritten, und die Unsicherheiten bleiben hoch. Dennoch geht die jüngste Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) von Jänner 2023 von einem Wachstum des realen BIP von 2,9% für 2023 aus und ist damit um 0,2 Prozentpunkte (Pp) höher als im Oktober 2022 erwartet. Für 2024 prognostiziert der IWF ein Wachstum von 3,1%, um 0,1 Pp niedriger als noch im vergangenen Oktober prognostiziert. In etwa die Hälfte des globalen Wachstums in beiden Jahren geht laut IWF auf China und Indien zurück. Für das aktuelle Jahr erwartet der IWF für China ein Wachstum von 5,2% (+0,8 Pp gegenüber der Oktober-Prognose). Für Indien erwartet der IWF ein Wachstum von 6,1% im Jahr 2023 und 6,8% im Jahr 2024, was deutlich über dem Wachstum der Gruppe der Schwellen- und Entwicklungsländer von 4% für 2023 bzw. 4,2% für 2024 liegt. Die vergleichsweise niedrigen Wachstumsraten des globalen BIP, insbesondere jene für 2023, gehen auf die geldpolitischen Maßnahmen in Reaktion auf hohe Inflationsraten sowie auf den Krieg in der Ukraine zurück, dessen Effekte vor allem in den Industrienationen zu spüren sind, so der IWF. Die globale Inflation soll laut IWF im aktuellen Jahr auf 6,6% zurückgehen, von 8,8% im Jahr 2022. Dahinter stehen vor allem die schwächere globale Nachfrage und deren Auswirkungen auf Rohstoff- und Energiepreise. Die Risiken für die Wachstums-Prognose sind nach wie vor nach unten gerichtet und für die Inflation nach oben, wenngleich weniger stark als zuletzt.

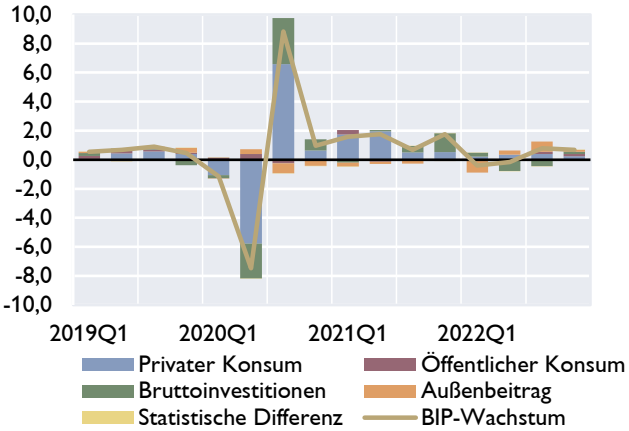
USA: Inflation im Jänner wieder leicht gestiegen, Wachstum leicht rückläufig

Das BIP-Wachstum für das vierte Quartal 2022 lag bei 0,7% (annualisiert: 2,7%), nach 0,8% im dritten Quartal 2022. Positive Wachstumsbeiträge kamen – zu beinahe gleichen Teilen – aus allen Subkomponenten wie beispielsweise privater und öffentlicher Konsum, Investitionen und Außenbeitrag. Das reale Wirtschaftswachstum für 2022 lag laut *Bureau for Economic Analysis* (BEA) bei 2,1%.

Die Inflation, gemessen am für die Fed bevorzugten *Personal Consumption Expenditure (PCE) Index*, ist im Jänner um 0,1 Pp leicht gestiegen und lag bei 5,4%. Die Kerninflation (ohne Nahrungsmittel- und Energiepreise) lag ebenfalls um 0,1 Pp höher bei zuletzt 4,7%. Treiber der Entwicklung des Hauptindex waren

USA: Beiträge zum BIP-Wachstum

%-Veränderung gegenüber VQ, SA *letzter Wert: 2022Q4*



Quelle: Macrobond/Bureau of Economic Analysis.

[2] Autor:innen: Christian Alexander Belabed (Referat International Economics), Klaus Vondra (Referat Konjunktur), Karin Klieber (Referat Geldpolitik)

Nahrungsmittel, Energiepreise sowie Dienstleistungen.

Die *Fed* reagierte im vergangenen Jahr mit teils deutlichen Zinsschritten. Zuletzt drosselte die *Fed* allerdings die Größenordnung der Zinserhöhungen: im Jänner wurden die Leitzinsen um 25 Basispunkte auf 4,5-4,75% angehoben. Im vergangenen Jahr hatte sie die Spanne um teilweise 75 Basispunkte erhöht. Für einige FOMC-Mitglieder war eine stärkere Zinserhöhung denkbar, wenngleich die Erhöhung um 25 Basispunkte einstimmig war.

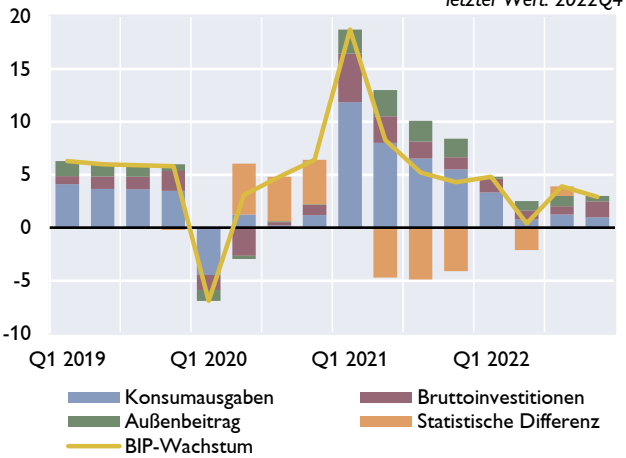
China: Öffnung Anfang Dezember 2022 soll Wachstum ankurbeln

Alle Komponenten des chinesischen BIP lieferten im vierten Quartal 2022 positive Wachstumsbeiträge, wenngleich das Wachstum insgesamt leicht zurück ging. Für das Jahr 2022 lag das reale Wirtschaftswachstum nach Angaben des *National Bureau of Statistics* (NBS) bei 3%. Die Anfang Dezember überraschend verkündete Aufhebung beinahe aller COVID-relevanten Maßnahmen schlugen sich noch nicht in den Wachstumsdaten nieder. Der IWF geht in seiner Prognose vom Jänner 2023 von einem Wachstum im aktuellen Jahr von 5,2% aus, eine Aufwärtsrevision von 0,8 Pp gegenüber der Prognose vom Oktober 2022. Allerdings bestehen Risiken für das kurzfristige Wachstum hinsichtlich der zu erwartenden Infektionswellen in China. Relevante Frühindikatoren (Einzelhandel, Industrieproduktion oder Investitionen) für Jänner werden – gemeinsam mit den Daten für Februar – erst im März veröffentlicht. Um der Schwäche des Immobilienmarktes entgegenzuwirken, schaffte China unter anderem die so genannten „*three red lines*“ – Regulierungen zur Senkung der Verschuldung des Immobiliensektors - im Jänner für einen Großteil systemrelevanter Immobilienentwickler ab.

CHINA: Beiträge zum BIP-Wachstum

%-Veränderung gegenüber VJQ, SA

letzter Wert: 2022Q4

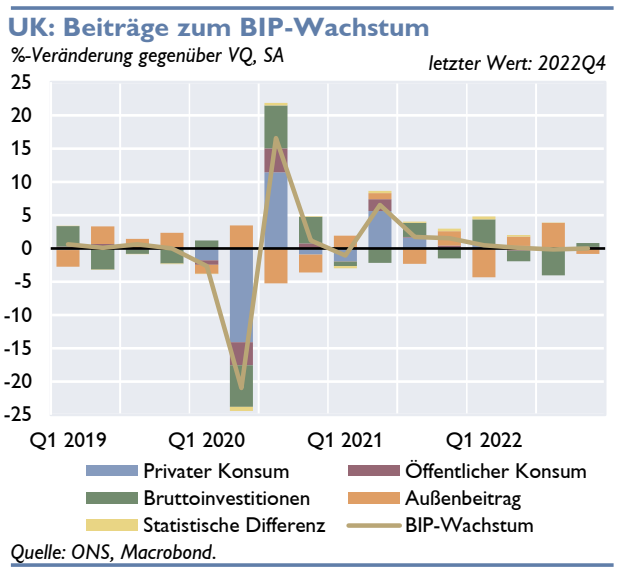


Quelle: Macrobond.

Die Inflation, gemessen an den Verbraucherpreisen, stieg im Jänner 2023 auf 2,1%, nach 1,8% im Dezember 2022. Haupttreiber der Verbraucherpreise waren weiterhin Nahrungsmittel sowie Transport und Kommunikation.

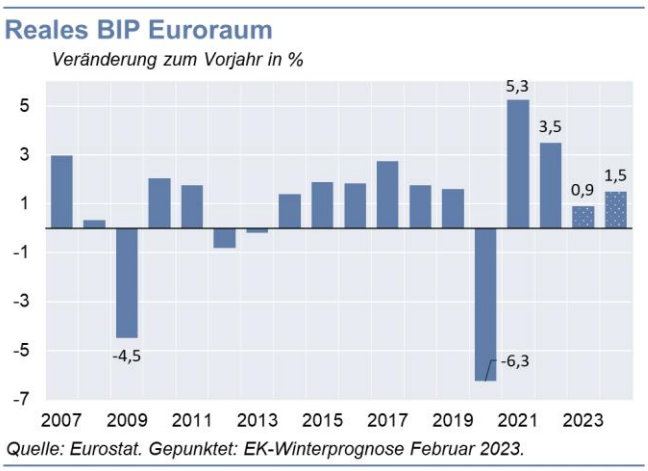
UK: Negativwachstum für 2023 erwartet

Nach schwach positivem Wachstum in der ersten Jahreshälfte schrumpfte die Wirtschaftsleistung im Vereinigten Königreich im dritten Quartal (-0,2% gegenüber Vorquartal). Im vierten Quartal stieg das Wachstum gegenüber dem dritten Quartal – sehr moderat – auf 0,01%. Im vergangenen Jahr wuchs das reale BIP in UK nach Angaben des *Office for National Statistics* (ONS) im Jahr 2022 um 4,1%. Für 2023 erwartet der IWF einen Rückgang des BIP-Niveaus um -0,6%. Die Komponente Bruttoinvestitionen lieferte noch den größten Wachstumsbeitrag im vierten Quartal, während der Außenbeitrag negativ in das BIP-Wachstum einging. Die Inflation, gemessen am Verbraucherpreisindex, lag im Jänner 2023 bei 10,1%, nach 10,5% im Dezember (Kerninflation: 5,8%, nach 6,3% im Vormonat). Die *Bank of England* erhöhte die Leitzinsen zuletzt im Februar um 50 Basispunkte auf nunmehr 4%.



Euroraum: Stagnierende Wirtschaftsleistung zu Jahresende 2022 bei weiterhin schwierigem Umfeld

Im Vergleich zum Vorquartal ist das saisonbereinigte Euroraum-BIP im vierten Quartal 2022 mit einem Anstieg um +0,1% beinahe zum Stagnieren gekommen; im dritten Quartal waren es 0,3%. Die ersten Abschätzungen der nationalen Statistikbehörden gehen von einem Rückgang in Deutschland und Italien, aber einem geringfügig positiven Wachstum in Frankreich und Spanien aus. Einzig die Niederlande weisen mit +0,6% in der ersten Veröffentlichung ein klar positives Wachstum aus. Sollte es zu keinen wesentlichen Revisionen kommen, so würde im Gegensatz zu vielen Prognosen, die vielfach erwartete technische Rezession zum Jahreswechsel 2022/23 vermieden werden. Das jährliche BIP-Wachstum im Euroraum betrug 2022 auf Basis dieser ersten Schätzungen 3,5%.

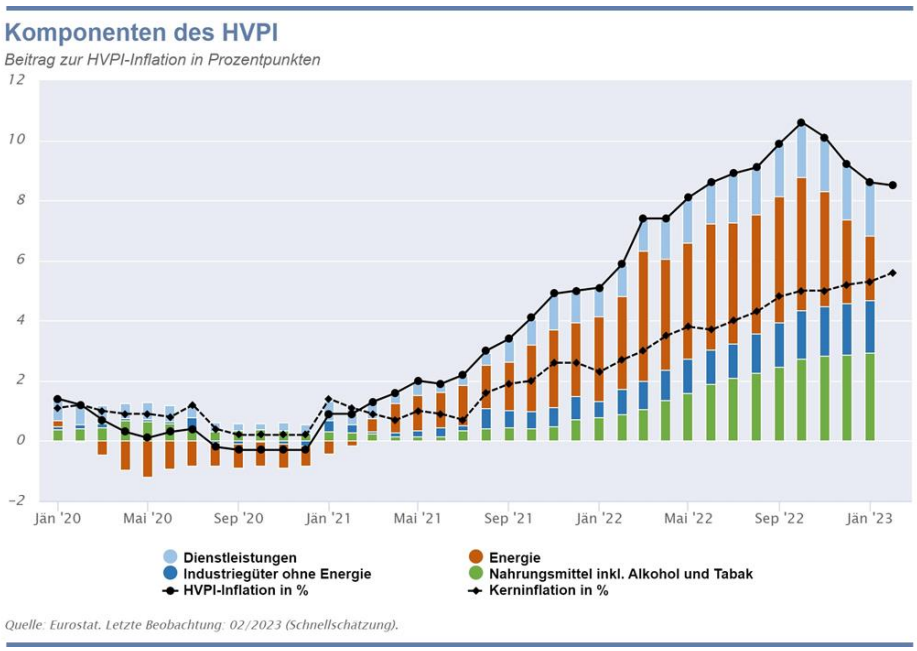


Gemäß Europäischer Kommission hat sich der Indikator für das Konsument:innenvertrauen für den Euroraum im Februar 2023 weiter erholt (+1,7 Punkte); damit verbesserte sich der Indikator den fünften Monat in Folge. Unter anderem schätzten die Verbraucher:innen die zukünftige finanzielle Lage ihres Haushalts positiver ein. Auch das Vertrauen im Einzelhandel und der Bauwirtschaft verbesserte sich leicht. Da sich aber die Erwartungen in der Industrie und bei Dienstleistungen verschlechterten, ging der *Economic Sentiment Indicator*, der die Erwartungen und Beurteilungen der Unternehmen und der Verbraucher:innen kombiniert, im Februar leicht

zurück (-0,1 Punkte auf 99,7) nachdem er zuvor seit November 2022 eine Erholung verzeichnet hatte.

In ihrer Mitte Februar veröffentlichten Winter-Zwischenprognose prognostiziert die Europäische Kommission für den Euroraum ein Wirtschaftswachstum von 0,9% im Jahr 2023 und 1,5% im Jahr 2024. Im Vergleich zur Herbstprognose geht die Kommission damit für 2023 von einem um 0,6 Prozentpunkte höheren Wirtschaftswachstum aus; die Prognose für 2024 bleibt unverändert. Positiv wirken sich vor allem die Diversifizierung der Energieversorgung, die überdurchschnittliche Befüllung der Gasspeicher und der Rückgang der Gasgroßhandelspreise aus. Der Arbeitsmarkt zeigt sich weiterhin robust. Im Dezember 2022 lag die Arbeitslosenrate im Euroraum bei 6,6%; verglichen mit 7,0% im Dezember 2021. Allerdings schmälern die hohen Energiekosten und die hohe Inflationsrate die Kaufkraft der Konsument:innen. Die Kommission nimmt an, dass die Wachstumsprognose zwar mit hoher Unsicherheit behaftet ist, die Risiken aber zwischenzeitlich ausgewogen sind. Sollten die Endverbraucher:innenpreise für Energie sinken, könnte die Binnennachfrage stärker als erwartet ausfallen. Allerdings ist auch nicht auszuschließen, dass sich der Rückgang der Energiepreise wieder umkehren könnte. Aufgrund der eher positiven Entwicklungen zum Jahreswechsel 2022/23 ist die Prognose der EK für 2023 optimistischer als die Prognose des Eurosystems vom Dezember 2022, die für das Jahr 2023 ein Wirtschaftswachstum von 0,5% prognostizieren. Das Eurosystem erwartet allerdings für 2024 mit 1,9% ein höheres Wachstum als die Kommission.

Euroraum: Rückgang der Gesamtinflation, aber Anstieg der Kerninflation[3]



Die jährliche Inflationsrate im Euroraum ist gemäß Eurostat-Schnellschätzung im Februar 2023 mit 8,5% nach 8,6% im Jänner und 9,2% im Dezember zum vierten Mal in Folge gesunken. Den bisherigen Höchstwert erreichte die HVPI-Inflation im Euroraum somit im Oktober 2022 mit 10,6%. Die Komponenten Energie und Nahrungsmittel leisten nach wie vor den größten Beitrag zur Gesamtinflationsrate, wobei die jährliche Inflationsrate für Energie gegenüber den Vormonaten rückläufig (18,9% gegenüber 25,5% im Dezember und 34,9% im November) und somit hauptverantwortlich für den Rückgang der HVPI-Inflationsrate in den letzten beiden

[3] Der Bericht ist die gekürzte Version der einleitenden Bemerkungen der EZB-Präsidentin nach dem EZB-Rat, die sowohl in englischer als auch in deutscher Sprache im Internet verfügbar sind: http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2017/html/index.en.html.

Monaten ist. Im Gegensatz dazu ist die jährliche Inflationsrate für Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak weiter angestiegen und liegt im Jänner 2023 bei 14,1% (nach 13,8% im Dezember). Ebenso aufwärtsgerichtet zeigt sich die jährliche Inflationsrate für Industriegüter ohne Energie (6,7% verglichen mit 6,4% im Dezember). Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Lebensmittel) weist weiterhin einen Aufwärtstrend auf und bleibt mit 5,6% auf hohem Niveau (nach 5,3% im Jänner und 5,2% im Dezember).

Die aktuelle Euroraum-Prognose der Europäischen Kommission von Anfang Februar erwartet mit 5,6% für das Jahr 2023 und 2,5% für 2024 einen schnelleren Rückgang der HVPI-Inflationsrate als bisher angenommen. Dies ist vor allem auf einen sinkenden Inflationsdruck von Seiten der Energiekomponente, auf Basiseffekte sowie auf staatliche Maßnahmen zurückzuführen. Auch für die Kerninflation wird ein kontinuierlicher Rückgang über den Prognosehorizont erwartet, welcher allerdings aufgrund von indirekten Effekten, wie der Weitergabe hoher Energiepreise, und zunehmendem Lohnwachstum etwas verzögert wird. Die Unsicherheit um die Inflationsaussichten bleibt weiterhin hoch und steht in engem Zusammenhang mit den Entwicklungen auf den Energiemärkten. Einerseits könnte sich der kürzlich beobachtete Fall der Energie- und Rohstoffpreise schneller und stärker in der Inflationsrate widerspiegeln als in der Prognose angenommen. Allerdings stehen demgegenüber Aufwärtsrisiken, zu denen allen voran ein erneutes Anziehen der Energiepreise, getrieben durch eine steigende Nachfrage aus China oder eine Eskalation des Ukraine-Konflikts zählen.

Der EZB-Rat hat in seiner Sitzung am 2. Februar 2023 beschlossen, die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 50 Basispunkte anzuheben und geht von weiteren Erhöhungen im März 2023 aus. Der restriktive Kurs des EZB-Rats soll durch die dämpfende Wirkung auf die Nachfrage sowie eine Verankerung der Inflationserwartungen eine Rückkehr zum mittelfristigen Inflationsziel von 2% gewährleisten. Vor allem marktbasierte Inflationserwartungen in der kurzen Frist haben sich im Jänner deutlich abgeschwächt und nähern sich dem 2%-Ziel an. Umfragebasierte Werte, wie etwa aus dem *Survey of Professional Forecasters* (SPF) abgeleitet, zeigen nach wie vor erhöhte Inflationserwartungen in der kurzen Frist (5,9% für das Jahr 2023). Die langfristigen Inflationserwartungen liegen allerdings stabil nahe dem 2%-Ziel (2,1% für 2025).

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Konjunktur schwächt sich im vierten Quartal 2022 ab[4]

Einige Länder befinden sich in einer technischen Rezession[5], gleichzeitig könnte aber der Tiefpunkt des Wirtschaftsabschwungs auch schon erreicht sein

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine wirkt sich immer deutlicher auf das BIP-Wachstum in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) aus. Erste verfügbare Zahlen deuten darauf hin, dass die konjunkturelle Dynamik im vierten Quartal 2022 weiter nachließ und die CESEE-Region im Aggregat voraussichtlich einen Rückgang der Wirtschaftsleistung berichten wird. Negative Wachstumsraten (im Vergleich zum Vorquartal) wurden bisher jedenfalls aus Litauen, Polen, Tschechien und Ungarn berichtet. Tschechien und Ungarn erfüllen damit – nach einem ersten Rückgang im dritten Quartal 2022 – bereits die Kriterien für eine technische Rezession.

BIP-Wirtschaftswachstum in CESEE

Reales Wachstum in % gegenüber dem Vorquartal

	2022q1	2022q2	2022q3	2022q4
Bulgarien	0.4	0.8	0.6	0.5
Estland	0.0	−1.3	−1.8	..
Kroatien	2.8	1.5	−0.4	..
Lettland	1.8	0.0	−1.7	0.3
Litauen	0.6	0.3	0.4	−1.7
Polen	4.3	−2.3	1.0	−2.4
Rumänien	1.4	1.2	1.2	1.1
Slowakei	0.3	0.3	0.3	0.3
Slowenien	1.0	0.8	−1.3	0.8
Tschechien	0.6	0.3	−0.2	−0.3
Ungarn	1.6	0.8	−0.4	−0.4
Gesamte Region	2.3	−0.4	0.5	..

Quelle: Eurostat.

Wie schon im Vorquartal dürften die CESEE-Volkswirtschaften auch zum Jahresende 2022 unter einer schwachen Konsumnachfrage der Haushalte gelitten haben. Diese wird derzeit von der hohen Inflation, der straffen Geldpolitik und der generellen wirtschaftlichen und politischen Unsicherheit gedämpft. Die Einzelhandelsumsätze stagnieren seit drei Monaten und die Vertrauenswerte unter den Konsumenten sind sowohl im historischen Vergleich als auch im Vergleich zu anderen Sektoren sehr schwach.

Gleichzeitig könnte mit dem vierten Quartal der Tiefpunkt des aktuellen Wirtschaftsabschwungs aber auch schon erreicht sein. Darauf deuten mehrere Faktoren hin. Erstens entwickelt sich das externe Umfeld für die CESEE-Länder besser als erwartet. In diesem Hinblick ist vor allem die Entspannung der Energiekrise zu nennen, welche sich positiv auf die Teuerung und die Handelsbilanzen auswirkt und das moderat positive Wachstum im Euroraum im vierten Quartal unterstützte. Zweitens hält die Investitionstätigkeit den schärferen Finanzierungsbedingungen vergleichsweise gut stand, wofür nicht zuletzt die zunehmenden Auszahlungen aus diversen EU-Fonds mitverantwortlich sein dürften. Letzteres spiegelt sich unter anderem in einer robusten Baukonjunktur wider. Drittens hellte sich die Stimmung in den CESEE-Ländern in den letzten Monaten etwas auf. Die Verbesserung war breit basiert und erstreckte sich mit Ausnahme der Dienstleistungen auf alle Sektoren. Vor allem bei den Konsument:innen war – ausgehend von einem extrem tiefen Niveau – eine Verbesserung zu beobachten. Zum Teil dürfte dafür die weiterhin stabile Lage auf den Arbeitsmärkten

[4] Autor: Josef Schreiner (Referat Zentral-, Ost- und Südosteuropa)

[5] Man spricht von einer technischen Rezession, wenn das BIP in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen geschrumpft ist (jeweils im Vergleich zur Vorperiode).

verantwortlich sein: Trotz schwachen Wachstums liegt die durchschnittliche Arbeitslosenrate in der Region nur geringfügig über den historischen Tiefstständen von Ende 2019. Es herrscht damit de facto Vollbeschäftigung.

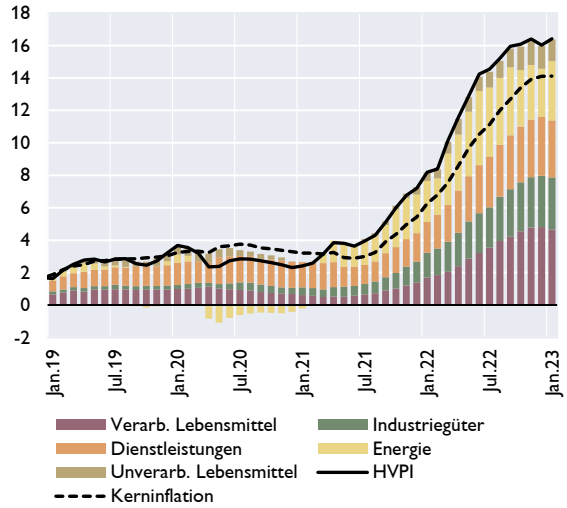
Einen gewissen Optimismus versprüht auch die Europäischen Kommission. Nach einer substanziellen Abwärtsrevision ihrer Wachstumsprognosen im Verlauf des letzten Jahres, revidierte die Kommission im Februar 2023 die Wachstumsaussichten für CESEE im heurigen Jahr das erste Mal seit Ausbruch des Kriegs in der Ukraine nach oben. Aktuell wird mit einem durchschnittlichen Wachstum von 0,9% in den CESEE EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2023 gerechnet. Das entspricht im Aggregat zwar nur einer Aufwärtsrevision um 0,1 Prozentpunkte, auf Länderebene wurden die Wachstumsprognosen allerdings in einigen Mitgliedsstaaten sehr deutlich nach oben hin angepasst (so etwa in Rumänien, der Slowakei oder Ungarn). Jedenfalls sollen alle Länder der Region das Jahr 2023 mit einem wirtschaftlichen Plus abschließen, wenngleich dieses teilweise sehr schwach ausfallen wird (etwa in Tschechien oder in den baltischen Ländern). Für 2024 erwartet die Kommission aktuell ein durchschnittliches Wachstum von 2,5%. Das entspricht einer Aufwärtsrevision um 0,2 Prozentpunkte gegenüber der Herbstprognose 2022.

Teuerung bleibt (voerst) weiter hoch

Die durchschnittliche Inflationsrate in den CESEE EU-Mitgliedstaaten stieg im Jänner 2023 auf 16,4% an. Damit kehrte die Teuerung zu ihrem November-Wert zurück, nachdem im Dezember erstmals seit eineinhalb Jahren ein leichter Rückgang der Inflation berichtet worden war. Hauptverantwortlich für diese Entwicklung waren vor allem steigende Preise für Energie und innerhalb dieser Kategorie vor allem Veränderungen bei den regulierten Preisen. So wurde etwa der besonders starke Preisauftrieb in Tschechien (+2,3 Prozentpunkte gegenüber Dezember 2022) fundamental von Änderungen bei den Maßnahmen zur Bekämpfung der hohen Energiepreise bestimmt. Konkret ersetzte eine Preisobergrenze ab Jänner den bis dahin gültigen (niedrigeren) subventionierten Energiespartarif, wodurch der Inflationsbeitrag von Energie zum HVPI deutlich anstieg. Ähnliche Entwicklungen waren auch in Ungarn (Aufhebung einer Preisbremse bei Benzin im Dezember 2022) und Polen (Aufhebung von Steuererleichterungen bei Treibstoffen und Energie im Jänner 2023) zu beobachten, wo ebenso wie in Tschechien die Inflation zum Jahresbeginn anstieg. Für die CESEE-Region im Aggregat lag die um regulierte Preise bereinigte Inflationsrate mit 14,4% im Jänner 2023 nicht nur unter der allgemeinen Teuerung, sie fiel auch niedriger als im November und im Dezember 2022 aus.

Inflationsentwicklung in den CESEE EU-Mitgliedstaaten

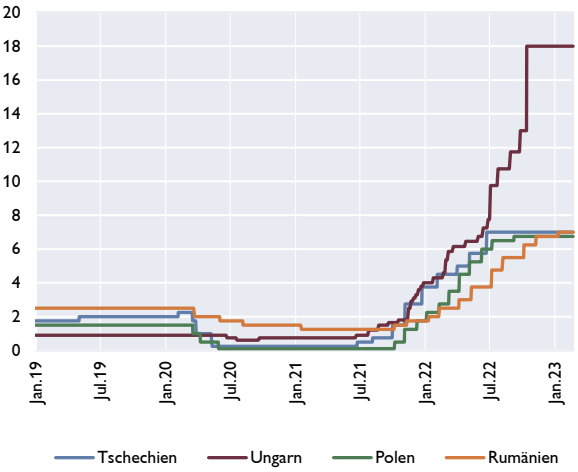
in Prozentpunkten, HVPI in % gegenüber Vorjahr



Quelle: Eurostat.

Leitzinssatzentwicklung in CESEE EU-Mitgliedstaaten

in %



Quelle: Macrobond.

Der derzeit starke Einfluss von Energiepreisen auf die Inflationsdynamik bedeutet aber auch, dass sich die Preisentwicklung in den Kernkomponenten zuletzt etwas entspannt hat. Nach einem starken Anstieg in der zweiten Jahreshälfte 2022, stabilisierte sich die Kerninflation im Jänner 2023 bei durchschnittlich 14,1%. Auch der Anteil der Positionen mit steigenden Inflationsraten am gesamten Warenkorb sank im Jänner weiter und erreichte mit einem Wert von knapp unter 50% das niedrigste Niveau seit März 2021.

Vor dem Hintergrund der Stabilisierung der Inflation auf hohem Niveau, der einsetzenden Konjunkturabkühlung und der bereits sehr weitreichenden geldpolitischen Straffung haben die meisten Notenbanken der Region in den letzten Wochen von weiteren Zinsschritten abgesehen. So erfolgte etwa die letzte Zinsanhebung in Polen im September 2022 und die letzte Zinsanhebung in Tschechien liegt mit Juni 2022 noch weiter in der Vergangenheit. Auch die ungarische Notenbank hat nach einer starken geldpolitischen Reaktion auf einen Wertverfall des Forint seit Oktober 2022 keinen weiteren Zinsschritt mehr gesetzt. Nach einer moderaten Zinserhöhung um 25 Basispunkte auf 7% Anfang Jänner 2023 könnte der Zinsplafond auch in Rumänien erreicht worden sein. Dafür spricht unter anderem auch der unerwartet deutliche Rückgang der Inflationsrate im Jänner 2023. *Forward rate agreements* für die CESEE-Länder deuten darauf hin, dass die Märkte keine weiteren Zinserhöhungen mehr eingepreist haben. In Ungarn wird sogar eine gewisse Rückabwicklung des 500-Basispunkte-Zinsschritts vom Oktober 2022, der eine Reaktion auf den Verfall des Forint war, im Verlauf des heurigen Jahres erwartet.

Die monetären Bedingungen dürften jedenfalls in allen Ländern mit eigenständiger Geldpolitik bereits den restriktiven Bereich erreicht haben und sollten auf mittlere Sicht einen deutlich preisdämpfenden Effekt ausüben. Positiv anzumerken ist auch, dass sich die Entwicklung auf den Devisenmärkten stabilisiert hat. Das gilt nicht zuletzt für Ungarn, wo sich der Forint in den letzten Wochen deutlich von seinem Absturz im Oktober 2022 erholt hat und aktuell nur noch rund 4% unter seinem Wert von Anfang 2022 notiert.

Österreich: Wirtschaftsleistung stagnierte im 4. Quartal 2022[6]

Aufwärtsrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR)

Die österreichische Wirtschaftsleistung stagnierte laut der von Statistik Austria berechneten ersten vollständigen VGR-Rechnung im vierten Quartal 2022 (gegenüber Vorquartal; real, saison- und arbeitstägig bereinigt). Damit wurde die Schnellschätzung vom Jänner 2023 um 0,6 Prozentpunkte nach oben revidiert. Auch in den Quartalen davor kam es zum Teil zu deutlichen Revisionen. Nach diesen Änderungen liegt das Wachstum im Gesamtjahr 2022 bei 5,0% und bleibt die Prognose der OeNB vom Dezember 2022 für das Gesamtjahr 2023 (+0,6%) aufrecht.

Auch für die einzelnen Nachfragekomponenten wurden zum Teil erhebliche Revisionen vorgenommen. Die Beiträge der einzelnen Komponenten sind dadurch im Vergleich zur Schnellschätzung mit Blick auf andere Konjunkturindikatoren plausibler geworden. Der private Konsum schrumpfte in Q4 zum dritten Mal in Folge (-1,2%), jedoch weniger stark als in der ersten Veröffentlichung vermutet (Revision: +1,2 Pp). Das bisherige starke Wachstum der Exporte verschob sich vom vierten (Flash) in das dritte Quartal. Auf Basis dieser Entwicklungen erscheint das positive Wachstum der Importe (+0,5%; Güter: +1,1%) und der stark positive Wachstumsbeitrag der Lager (+0,6 Pp) jedoch unstimmig. Trotz einer deutlichen Abwärtsrevision von 1,7 Pp weisen die Bruttoanlageinvestitionen ein Wachstum von 0,7% aus. Getragen wurde dieses Wachstum von einem starken Zuwachs bei den Ausrüstungsinvestitionen (+5,3%) und hier im speziellen bei Maschinen (+7,6%). Dieses Wachstum stellt eine deutliche Gegenbewegung zur Jahresmitte dar, als diese Bereiche starke Einschnitte verzeichneten, und ist ein starkes, positives Signal für den Jahresbeginn 2023. Im Gegensatz dazu schrumpfen die Bauinvestitionen (-1,3%) weiter.

Angebotsseitig zeigt sich eine Stagnation in der Sachgüterindustrie (-0,0%) und ein Rückgang im Bausektor (-1,1%). Beides ist konsistent mit der Entwicklung der monatlichen Industrieproduktionsdaten (IP in Q4: +0,3%, Bau: -1,2%). Der Rückgang der Industrie (-0,5%; ohne Bau) ist somit vermutlich auf die Energieproduktion zurückzuführen. Im Gegensatz dazu verzeichneten die Dienstleistungen einen geringen Zuwachs (+0,3%). Der Bereich der Gastronomie und Beherbergung wuchs um 0,4%, während der Handel (-0,2%) und der Verkehr (-0,9%) Rückgänge verzeichneten.

[6] Autor:innen: Doris Prammer, Christian Ragacs, Alfred Stiglbauer, Martin Schneider und Klaus Vondra (Referat Konjunktur)

Ergebnisse der VGR für Österreich vom 28.02.2023

	BIP	Privater Konsum	Öffent-licher Konsum	Brutto-anlage-investitio	Exporte	Importe	Inlands-nachfrage (o. Lager)	Netto-exporte	Lagerver-änderungen	Stat. Differenz	Lager + Stat. Diff
	Veränderung zur Vorperiode in %						*Wachstumsbeiträge in %-Punkten*				
Q1 22	+0,8	+2,5	–1,0	+2,0	+0,8	+1,6	1,6	–0,4	–0,7	0,3	–0,3
Q2 22	+2,1	–0,8	+1,2	–1,8	+3,6	–1,3	–0,6	2,9	0,4	–0,7	–0,2
Q3 22	+0,1	–0,4	+0,2	–1,5	+2,4	+1,8	–0,6	0,5	–0,1	0,3	0,2
Q4 22	**–0,0**	**–1,2**	**+2,4**	**+0,7**	**–0,7**	**+0,5**	**0,1**	**–0,7**	**0,5**	**0,1**	**0,6**
2021	+4,7	+3,4	+7,9	+8,8	+10,1	+13,6	5,5	–1,5	0,7	–0,0	0,7
2022	+5,0	+4,3	+3,0	–0,7	+11,5	+6,0	2,6	3,3	–0,4	–0,5	–0,9

Revisionen gegenüber der VGR vom 31.01.2023

	BIP	Privater Konsum	Öffent-licher Konsum	Brutto-anlage-investitio	Exporte	Importe	Inlands-nachfrage (o. Lager)	Netto-exporte	Lagerver-änderungen	Stat. Differenz	Lager + Stat. Diff
	in Prozentpunkten										
Q1 22	–0,4	–0,8	+0,8	+0,3	+0,4	+0,4	–0,1	+0,0	-	-	–0,3
Q2 22	+0,1	–0,1	–0,5	+0,3	+0,2	+0,2	–0,1	+0,0	-	-	0,2
Q3 22	–0,1	–0,1	+0,1	+2,0	+4,0	+2,8	+0,5	+0,9	-	-	–1,5
Q4 22	+0,6	+1,2	+1,1	–1,7	–3,5	–2,3	+0,4	–0,9	-	-	1,1
2021	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,1	+0,0	–0,0	-	-	–0,9
2022	+0,2	+0,3	+0,2	+1,2	+2,1	+1,7	+0,5	+0,2	-	-	0,0

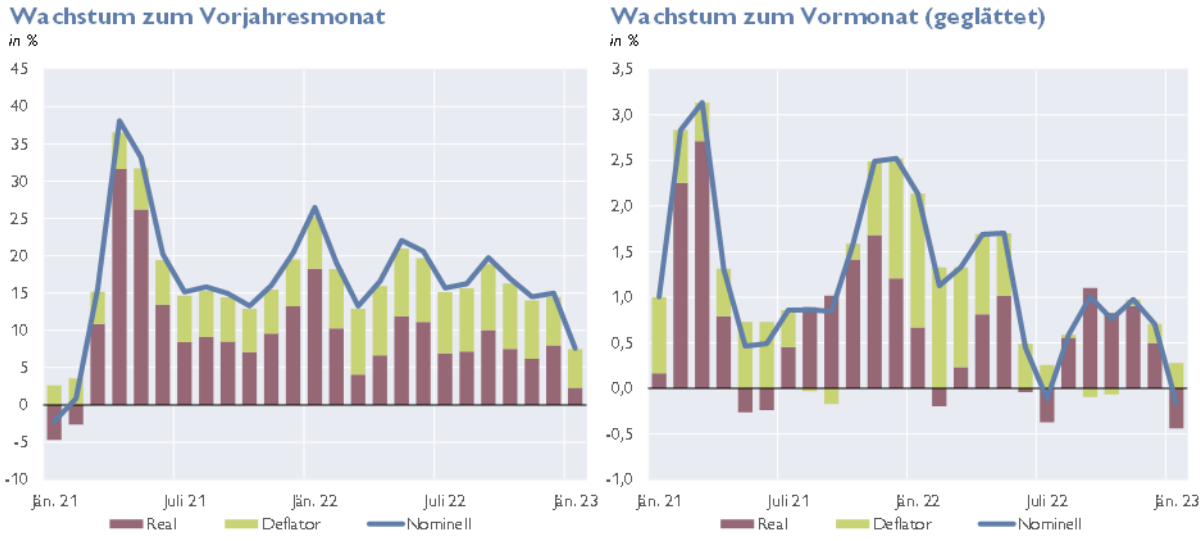
Quelle: Statistik Austria, WIFO.

Abkühlung der Exportkonjunktur zum Jahresbeginn

Laut aktueller Veröffentlichung der Statistik Austria erreichte das nominelle Wachstum der österreichischen Güterexporte im November 2022 14,7% (im Vergleich zum Vorjahresmonat). In den ersten elf Monaten des Jahres 2022 betrug das Wachstum 18,1%. Das stärkste Wachstum wies aufgrund der Preisanstiege die Gütergruppe Brennstoffe und Energie (+82%) auf, was sich aufgrund der geringen Rolle dieser Gütergruppe nur schwach auf das gesamte Exportwachstum auswirkte. Die stärksten Wachstumsimpulse kamen von den Gütergruppen bearbeitete Waren (+23 %), Nahrungsmittel (+16 %) und chemische Erzeugnisse (+16 %). Das Güterexportwachstum nach Regionen war deutlich vom Ukrainekrieg geprägt. Die Exporte in die EU (+19%) und nach Amerika (+20%) wuchsen in etwa gleich stark. Die Ausfuhren nach Asien (+14%) entwickelten sich schwächer; die Exporte nach Russland gingen um 8% zurück. Innerhalb der EU entwickelten sich die Ausfuhren nach Slowenien (+45%), Kroatien (+29%) und Ungarn (+29%) am stärksten. Die Ausfuhren nach Deutschland stiegen um 17%.

Gemäß den aktuellen Ergebnissen des auf LKW-Fahrleistungsdaten basierenden OeNB-Exportindikators hat sich das Wachstum der nominellen Güterexporte in den Monaten Dezember und Jänner im Jahresabstand auf 10,9% bzw. 9,8% abgeschwächt. Dieses gleichmäßige Wachstum überdeckt jedoch die dahinterliegende Dynamik, da der Dezember um zwei Arbeitstage weniger und der Jänner um einen Arbeitstag mehr hatte als der entsprechende Vorjahresmonat. Bereinigt um Arbeitstags- und Saisoneffekte betrug das Wachstum 15,0% bzw. 7,6%. Im Vergleich zum Vormonat wurde im Dezember noch ein positives Wachstum erzielt, während es im Jänner zu einem Rückgang kam. Damit haben sich die Exporte erheblich abgekühlt.

Nominelles und reales Wachstum der Güterexporte (saison- und arbeitstägig bereinigt)



Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Die Vorlaufindikatoren deuten auf eine Erholung der Exporte in den nächsten Monaten hin. Die von der UniCredit Bank Austria erhobenen Exportauftragseingänge haben ihren Abwärtstrend durchbrochen und sind wieder gestiegen. Der Exportauftragsbestand laut Europäischer Kommission – der den Auftragseingängen mit Verzögerung folgt – hat sich zuletzt stabilisiert und sinkt nicht weiter.

Tourismus: Nächtigungen dürften im Februar 2019-Werte übertreffen

Nach dem witterungsbedingt schwachen Dezember führte die gute Schneelage im Jänner 2023 zu einer deutlich stärkeren Auslastung der Tourismusbetriebe in den Wintersportregionen; die positive Tendenz der letzten Monate setzte sich aber auch in Wien fort. In ganz Österreich erreichten die Übernachtungen ausländischer Gäste wieder das Niveau des Jänners 2019 und die Übernachtungen inländischer Gäste lagen um nur 0,7% darunter. Insgesamt ergab sich für Österreich im Jänner 2023 ein sehr sanfter Rückgang der Nächtigungen von -0,1% gegenüber dem Jänner des Vorkrisenjahres 2019.

Im Jänner 2022 gab es keine wesentlichen Einschränkungen aufgrund der Pandemie mehr, die Reisebereitschaft stieg nach Ende der Lockdowns im Jahr 2021 aber nur langsam. Im Vergleich zum Vorjahresmonat war der Zuwachs an Nächtigungen im Jänner 2023 sehr stark. Er lag bei +23,9% bei inländischen, bei +54,9% bei ausländischen Gästen und bei +48,1% insgesamt.

In den letzten Wochen waren die Zahlungskartenumsätze inländischer und ausländischer Gäste wieder vergleichsweise stabil, jedoch zeigt sich, dass die zuletzt verzeichnete Dynamik der Übernachtungen stärker war als jene der Ausgaben der Touristen. Dies spricht dafür, dass die Ausgaben pro Kopf eingeschränkt wurden.

Auf Basis von Zahlungskartenumsätzen bis inklusive 26. Februar 2023 erwartet die OeNB für den Februar eine weitere Verbesserung bei den Nächtigungszahlen. Diese dürften bei inländischen Gästen um 0,3% und bei ausländischen Gästen um 1,8% über den Werten des Februars 2019 gelegen sein. Insgesamt wird ein Zuwachs von 1,4% erwartet. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das einen starken Zuwachs von +35,3%.

Übernachtungen in Österreich

	Inländische Touristen	Ausländische Touristen	Gesamt
	Vergleich zu 2019 in %		
Jänner 23	−0,7	0,0	−0,1
Februar 23	**0,3**	**1,8**	**1,4**
	Vergleich zum Vorjahr in %		
Jänner 23	23,9	54,9	48,1
Februar 23	**23,5**	**38,8**	**35,3**
	Vergleich zu 2019 in %		
2020	−20,9	−41,2	−35,9
2021	−25,9	−55,7	−47,9
2022	**−2,7**	**−13,1**	**−10,3**
	Vergleich zum Vorjahr in %		
2020	−20,9	−41,2	−35,9
2021	−6,3	−24,6	−18,7
2022	**31,4**	**96,2**	**72,1**

Quelle: Statistik Austria, Prognose der OeNB.

Für den März 2023 erwartet die OeNB eine anhaltend hohe Auslastung der Tourismusbetriebe. Der im Vergleich zu 2019 um zwei Wochen frühere und daher vermutlich schneesicherere Ostertermin im heurigen Jahr eröffnet auch für den April eine Chance auf eine gute Auslastung der Winterbetriebe.

Tendenz zu höheren Kollektivvertragsabschlüssen setzt sich fort

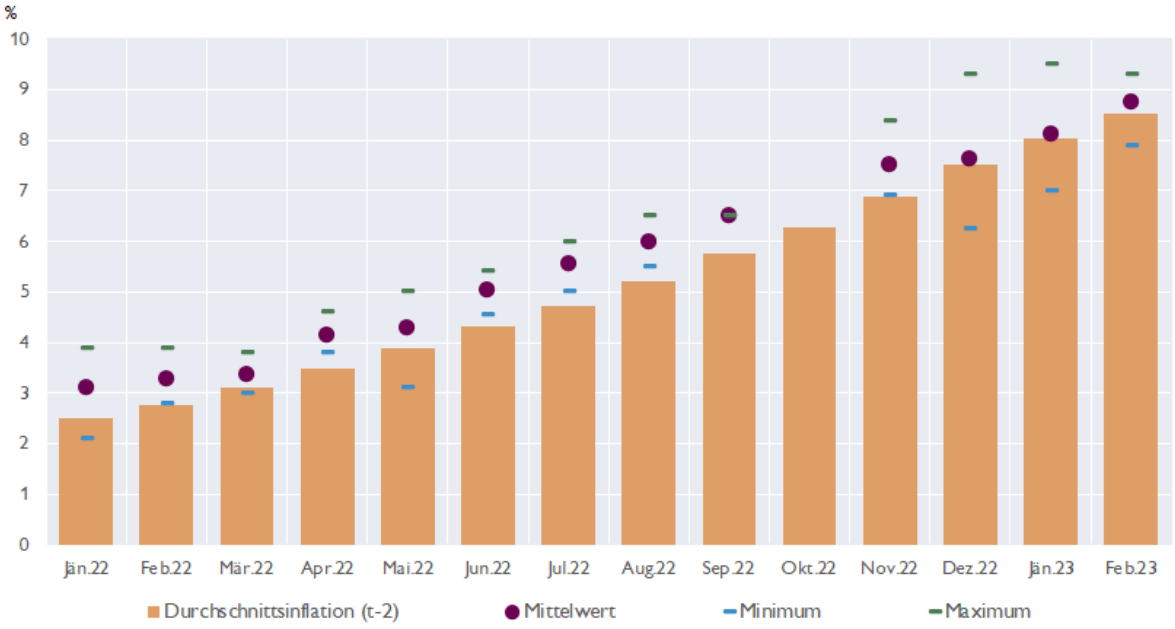
In den letzten Monaten hat sich die Tendenz zu steigenden KV-Abschlüssen fortgesetzt. Zu Beginn von KV-Verhandlungen wird üblicherweise der Durchschnitt der VPI-Inflation der vergangenen 12 Monate als Verhandlungsbasis herangezogen. Diese Durchschnittsinflation ist im Zeitablauf gestiegen und wird in der nachstehenden Grafik als orangefarbene Balken dargestellt.[7] Darüber hinaus zeigt die Abbildung die Mittelwerte der in den einzelnen Monaten vereinbarten Steigerungen der KV-Löhne und -gehälter sowie auch die Maxima und Minima.

Man sieht deutlich, dass die durchschnittlichen KV-Steigerungen in Tandem mit der Durchschnittsinflation im Zeitablauf steigen. Es ist aber auch ersichtlich, dass die mittleren KV-Steigerungen seit Dezember letzten Jahres sehr nahe an der Durchschnittsinflation liegen, was ein Indiz für Lohnmoderation angesichts des importgetriebenen Inflationsschocks ist.[8]

[7] Die Durchschnittsinflation wird um zwei Monate verzögert dargestellt, um zu berücksichtigen, dass KV-Verhandlungen üblicherweise mehrere Wochen dauern. Das bedeutet beispielsweise, dass für den Februar 2023 der Mittelwert der monatlichen Inflationsraten von Jänner bis Dezember 2022 abgebildet ist.

[8] Zu bedenken ist nämlich, dass nach der als „Benya-Formel“ bekannten Leitlinie für Lohnverhandlungen Gewerkschaften nicht nur Lohnsteigerung gemäß der Verbraucherpreisinflation, sondern zusätzlich auch noch eine Abgeltung des Wachstums der Arbeitsproduktivität anstreben.

Kollektivvertragsabschlüsse seit Jän. 2022 und Inflation



Quelle: ÖGB, Statistik Austria, OeNB. Durchschnittsinflation: Gleitender Mittelwert der VPI-Inflation der letzten 12 Monate, verzögert um zwei Monate. Die Zuordnung der Abschlüsse zu den Monaten erfolgte nach den Publikationsdaten des ÖGB. Im Sep. 2022 gab es nur einen Abschluss, im Okt. 2022 gar keinen.

HVPI- Inflationsrate weiterhin auf hohem Niveau – Anstieg im Jänner vor allem durch Energiekomponente bedingt

Die österreichische HVPI-Inflationsrate sank im Februar leicht auf 11% (Jänner 2023: 11,5%). Damit liegt sie seit Oktober 2022 mit der Ausnahme von Dezember 2022 (10,5%) kontinuierlich über 11%. Im Jänner 2023 verzeichnete sie sogar wieder einen deutlichen Anstieg und erreicht damit beinahe wieder ihren bisherigen Höchstwert vom Oktober 2022. Dieser Anstieg begründet sich vor allem mit der Entwicklung der Energiekomponente. Im Gegensatz zum Euroraum stieg die Inflationsrate für Energie im Jänner[9] 2023 wieder an: auf 38,1% (Euroraum: 18,9%). Dieser Anstieg erfolgte vor allem wegen der deutlichen Erhöhung der Netzkosten für Elektrizität und Gas aufgrund der Erhöhung der Netzverlustentgelte[10]. Ebenso stieg die Inflationsrate für Treibstoffe deutlich. Deshalb liegt der Beitrag der Energiekomponente an der HVPI-Inflationsrate nach wie vor bei 3,2 Prozentpunkten, wohingegen er im Euroraum bereits auf 2,2 Prozentpunkte fiel. Ohne Strompreisbremse, die seit Dezember 2022 in Österreich in Kraft ist, wäre die HVPI-Inflation in Österreich sogar um einen weiteren Prozentpunkt höher. Ab März tritt die staatliche Subventionierung der Netzverlustentgelte für Elektrizität in Kraft, wodurch 80% der Kostensteigerung abgefedert werden. Laut vorläufigen Berechnungen der OeNB dürfte dies die österreichische HVPI-Inflationsrate ab März 2023 um rund 0,2 Prozentpunkte reduzieren.

Auch die weitere Erhöhung der Nahrungsmittelinflation um einen Prozentpunkt auf 17,3% und die weiterhin hohe Inflationsraten bei Dienstleistungen und Industriegütern tragen zur hohen Inflationsrate im Jänner 2023 bei. Bei Nahrungsmittel verzeichneten vor allem verarbeitete Getreideprodukte sowie Milchprodukte hohe Preissteigerungen.

[9] Die Veröffentlichung der Detaildaten für den HVPI vom Februar 2023 ist für 17. März 2023 geplant.

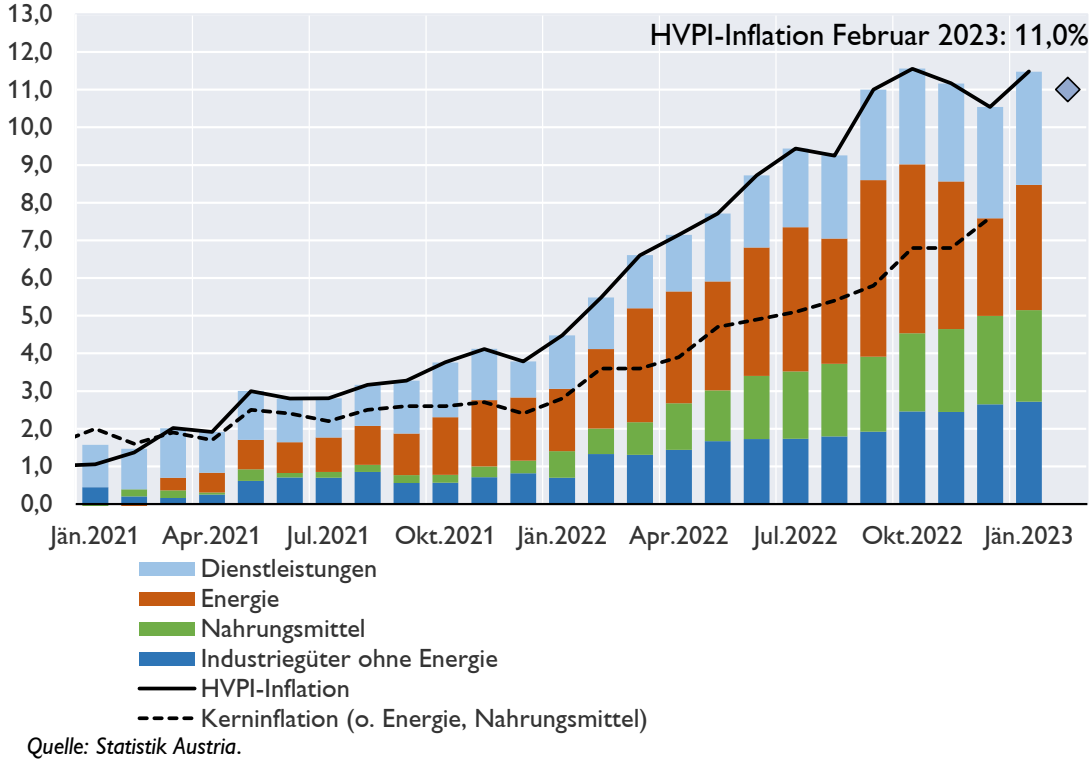
[10] Beim Energietransport entstehen Netzverluste. Die Kosten für den Ausgleich dieser Verluste werden dem Netzbetreiber durch das Netzverlustentgelt abgegolten. Der Preis richtet sich nach dem Arbeitspreis für Strom/Gas und wurde aufgrund der höheren Arbeitskosten zu Jahresbeginn deutlich erhöht.

Im Dienstleistungssektor liefern Hotel und Restaurationsdienstleistungen einen deutlichen Inflationsbeitrag in Österreich. Die deutlich höheren Inflationsraten (Österreich: 12%; Euroraum: 8,1%) sowie das höhere Gewicht von diesen tourismusnahen Dienstleistungen im österreichischen Warenkorb tragen zur Inflationsdifferenz zum Euroraum bei. Aufgrund der hohen Personalintensität im Dienstleistungssektor bedingen die jüngsten Lohnabschlüsse in Österreich einen bleibenden Preisdruck im Dienstleistungssektor.

Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Lebensmittel) weist damit weiterhin einen Aufwärtstrend auf und bleibt zuletzt mit 7,8% auf hohem Niveau (nach 7,6% im Dezember). Damit liegt auch sie deutlich über dem Durchschnitt des Euroraums.

Österreich: Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Jahresinflationsraten;
Inflationsbeiträge in Prozentpunkten



Quelle: Statistik Austria.

Spezielle Kurzanalysen

Arbeitskräfterückzug und Arbeitskräftemangel[11]

In den Vereinigten Staaten besteht seit Mitte 2021 ein deutlicher Überschuss der aggregierten Arbeitsnachfrage über das aggregierte Arbeitsangebot. Eine derartige Situation ist für den Euroraum insgesamt nicht festzustellen, wobei aber in Deutschland und Österreich Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage praktisch gleich hoch sind. In den USA hat sich das Arbeitsangebot verhaltener entwickelt als im Euroraum, was auch darauf zurückzuführen ist, dass die aggregierte Erwerbsquote immer noch unter dem Vor-COVID-19-Niveau liegt.

Neben diesen Entwicklungen am „Extensive Margin" (Veränderung der Zahl der Personen am Arbeitsmarkt) der Beschäftigung hat es in den USA auch beträchtliche Änderungen am „Intensive Margin" (Veränderung der Arbeitsstunden je Person) gegeben: Die durchschnittliche geleistete Arbeitszeit ist dort deutlich gesunken, was mit einem möglichen Teilrückzug vom Arbeitsmarkt im Sinne der Phänomene „Great Resignation" und „Quiet Quitting" konsistent ist. Im Euroraum insgesamt ist das Beschäftigungswachstum ausschließlich auf Vollzeitjobs zurückzuführen. In Deutschland und insbesondere in Österreich tragen zum Beschäftigungswachstum hingegen ausschließlich Teilzeit-Beschäftigungsverhältnisse von Frauen und Männern bei.

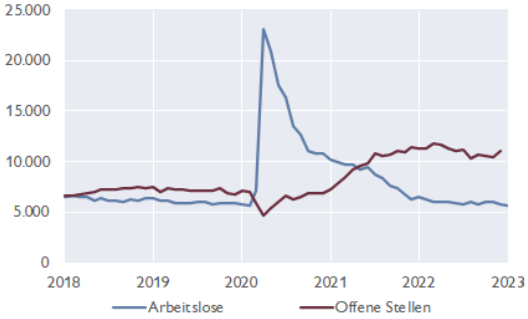
Hoher Nachfrageüberschuss auf dem US-Arbeitsmarkt

Vor einigen Wochen widmete sich ein Artikel im britischen Magazin *Economist*[12] mit dem Titel „*Where have all the workers gone*" dem Problem des Arbeitskräftemangels in den Vereinigten Staaten.

Ein Indikator für den Mangel an Arbeitskräften ist das Auseinanderklaffen zwischen aggregierter Arbeitsnachfrage und aggregiertem Arbeitsangebot: Seit Mitte 2021 überwiegt die Zahl der offenen Stellen diejenige der Arbeitslosen deutlich.[13]

Arbeitslose und offene Stellen in den USA

1.000 Personen bzw. Stellen



Quelle: OECD.

Kein Nachfrageüberschuss im Euroraum insgesamt, aber heterogene Entwicklungen nach Ländern

Auch für den Euroraum bzw. für Österreich wird oft ein Arbeitskräftemangel konstatiert. Besteht auch hier ein Nachfrageüberschuss nach Arbeitskräften?[14] Die Zahl der Arbeitslosen liegt im Euroraum-Aggregat weit über derjenigen der offenen Stellen, wobei sich die beiden Größen

[11] Autor: Alfred Stiglbauer (Referat Konjunktur)

[12] Ausgabe vom 28. Jänner 2023.

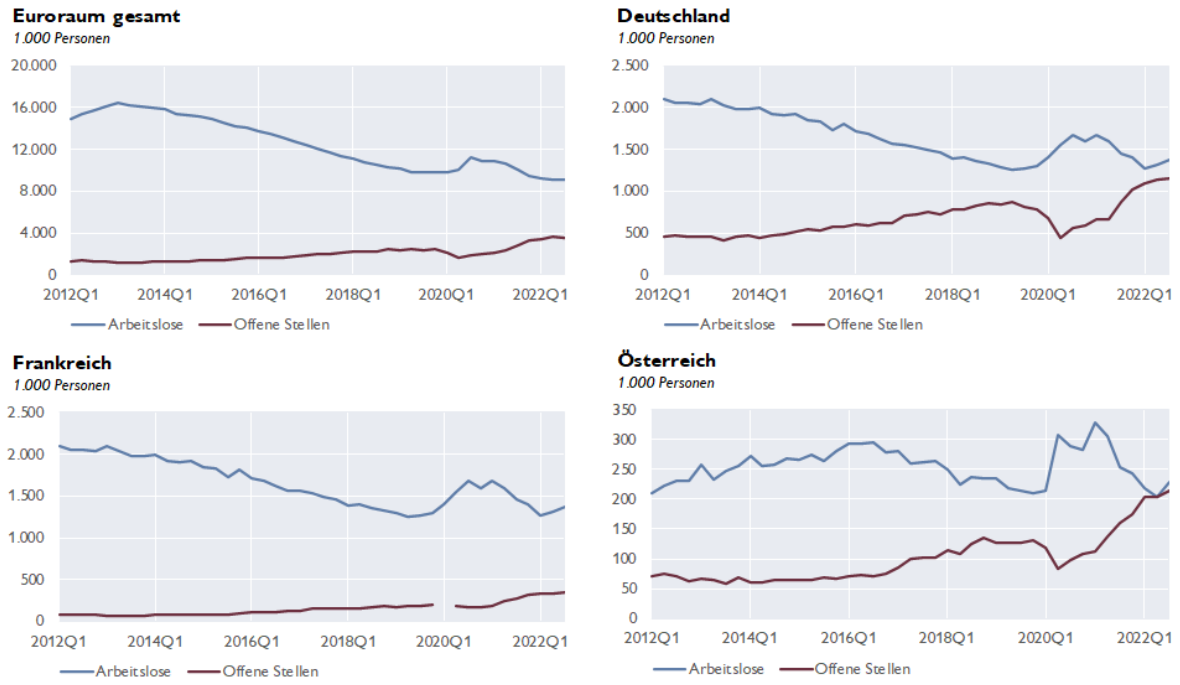
[13] Das Arbeitsangebot ist die Zahl der Beschäftigten, zuzüglich der Zahl der Arbeitslosen. Die Arbeitsnachfrage ist die Summe aus Beschäftigten und offenen Stellen. Die Differenz zwischen Nachfrage und Angebot nach Arbeitskräften ist somit gleich der Differenz zwischen offenen Stellen und Arbeitslosigkeit.

[14] Eine umfassendere Analyse des Arbeitskräftemangels würde über einen Vergleich von aggregiertem Arbeitsangebot und aggregierter Arbeitsnachfrage hinausgehen und auch einzelne Branchen, Berufe und Regionen betrachten sowie die Qualifikationsstruktur von Arbeitslosen und offenen Stellen vergleichen. Denn schließlich kann ein Arbeitskräftemangel beispielsweise auch dann bestehen, wenn die Zahl der Arbeitslosen diejenige der offenen Stellen übersteigt, aber die Qualifikation der Arbeitslosen nicht zum Qualifikationsprofil der offenen Stellen passt. In diesem Fall würde man von (qualifikatorischem) „Mismatch" sprechen.

zuletzt angenähert haben.[15] Betrachtet man einzelne Länder, so zeigen sich aber deutliche Unterschiede.

Während in Frankreich die Arbeitslosenzahlen deutlich höher sind als die offenen Stellen, so liegen diese im Falle von Deutschland und Österreich zuletzt sehr nahe beisammen, was ein Indiz für den Arbeitskräftemangel in diesen Ländern ist. Ein so ausgeprägter Nachfrageüberschuss wie in den USA ist aber hier nicht erkennbar.

Arbeitslose und offene Stellen im Euroraum



Quelle: Eurostat. Arbeitslose gemäß Labour Force Survey (für Euroraum gesamt ohne IT), offene Stellen laut Vacancy Survey (Sektoren B-N, für FR für Unternehmen ab 10 Beschäftigten).

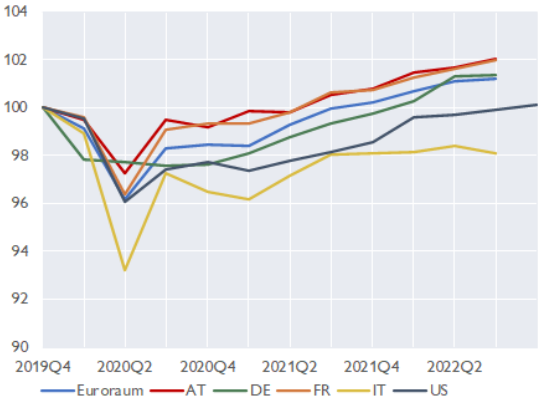
Aggregiertes Arbeitsangebot hat sich im Euroraum stärker als in den USA erholt

Woran liegt das Auseinanderklaffen von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage in den USA? Eine Defizienz beim aggregierten Arbeitsangebot dürfte nicht der Grund sein, denn dieses hat sich mittlerweile vom COVID-19-bedingten Rückgang wieder erholt.

Im Euroraum fällt diese Erholung deutlich stärker aus, insbesondere in Frankreich, Österreich und Deutschland. In Italien hingegen lag das Arbeitsangebot in 2022Q3 lediglich bei 98% des Vorkrisenniveaus.

[15] Einschränkend ist festzuhalten, dass die Zahl der offenen Stellen nur für die NACE-Sektoren B bis N verfügbar ist sowie für FR nur für Unternehmen ab 10 Beschäftigten. Für IT sind keine Daten verfügbar. Die Zahl der offenen Stellen wird somit unterschätzt, insbesondere für den Euroraum und FR.

Entwicklung des aggregierten Arbeitsangebots
2019Q4=100



Quelle: Eurostat (LFS), U.S. Bureau of Labor Statistics.

Zum relativ schwachen Wachstum des US-amerikanischen Arbeitsangebots dürfte die verhaltene Entwicklung der aggregierten Erwerbsquote beigetragen haben. Diese befindet sich schon seit der globalen Finanzkrise 2008 auf einem sinkenden Trend und hat sich noch immer nicht vom COVID-Schock erholt. Im Euroraum lag die Erwerbsquote der 15-64-Jährigen in 2022Q3 dagegen deutlich über dem Vorkrisenniveau (2019Q4), wobei die Zunahme vor allem in Deutschland, den Niederlanden und Frankreich am stärksten ausgefallen ist. Auch in Österreich ist die Erwerbsquote höher als vor der Krise, während sie in Spanien und Italien noch leicht darunter liegt.

„*Great Resignation*" und „*Quiet Quitting*" haben in den USA wohl zu einer Reduktion der Arbeitsstunden je Beschäftigten beigetragen

Vor allem in den USA werden seit der COVID-Krise zwei Phänomene diskutiert, die mit einer Veränderung des Erwerbsverhaltens einher gehen. Das erste, ältere, Schlagwort ist „*Great Resignation*". Damit wird vor allem das Phänomen beschrieben, dass viele US-Arbeitnehmer:innen nach den ersten COVID-Schocks eine berufliche Veränderung anstrebten, was sich in erhöhten (Selbst)kündigungsraten niederschlug. Häufig wurden dabei flexiblere Arbeitsbedingungen und – unter Umständen – ein geringeres Arbeitszeitausmaß angestrebt. „*Quiet Quitting*" ist das jüngere Schlagwort. Damit ist nicht gemeint, dass Arbeitskräfte tatsächlich ihre Jobs kündigen. Vielmehr wird eine ausgeglichenere „Work-Life-Balance" gesucht, Karriere wird als weniger wichtig erachtet. Auch dies kann sich in einem teilweisen Rückzug vom Arbeitsmarkt mit geringeren Wochenarbeitszeiten niederschlagen. Diese gesellschaftlichen Trends können also dazu führen, dass nicht nur die verhaltene Entwicklung der Erwerbstätigkeit, gemessen in Personen („*Extensive Margin*"), sondern auch eine Reduktion der Arbeitszeit je beschäftigter Person („*Intensive Margin*") zum Arbeitskräftemangel in den USA beigetragen hat.

Der eingangs erwähnte *Economist*-Artikel stellt fest, dass in den USA tatsächlich eine beträchtliche Verringerung des Arbeitsangebots am *Intensive Margin* stattgefunden hat und bezieht sich dabei auf ein rezentes NBER Working Paper von Lee et al. (2023).[16] Demnach sind zwischen 2019 und 2022 die Stunden je Beschäftigten gesunken, besonders bei Männern jüngeren Alters (25-39 Jahre) sowie solchen mit höherem Bildungsgrad (mindestens mit Bachelor-Abschluss). Diese Veränderungen sind mit den Folgen von „*Great Resignation*" und „*Quiet Quitting*" konsistent.

Im Euroraum keine Zunahme von Teilzeitarbeit, aber Länderheterogenität

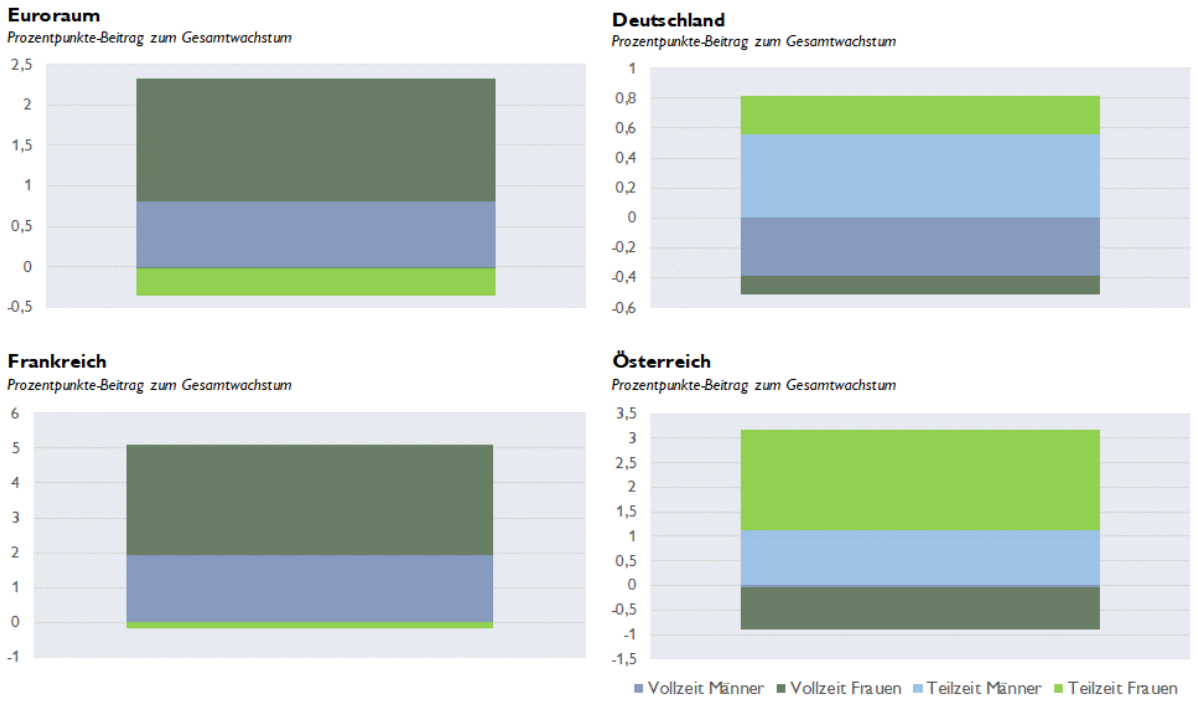
Da die Analysen von Lee et al. auf Mikrodaten basieren, könnten diese nur unter erheblichem Aufwand für den Euroraum sowie einzelne Euroraumländer wiederholt werden. Die durchschnittlichen Arbeitsstunden laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung weisen zwar in den meisten Euroraumländern (so auch in Österreich) einen sinkenden Trend auf, sind aber schwierig

[16] Lee, D., Park, J. and Y. Shin, „Where are the Workers? From Great Resignation to Quiet Quitting?", NBER Working Paper 30833, January 2023.

zu interpretieren, weil sie keine Betrachtung etwa nach Geschlecht ermöglichen. Der Rückgang der Arbeitsstunden je Beschäftigten ist dort aber vor allem auf die steigende Beschäftigung von Frauen zurückzuführen, welche zu einem wesentlichen Anteil in Teilzeitjobs sind, wie man aus dem *Labour Force Survey* weiß.

Die folgende Darstellung bezieht sich auf diese Daten, wobei das Wachstum seit dem Vor-COVID-Niveau in Beiträge von Vollzeit- und Teilzeit-Arbeit unterteilt wird, jeweils getrennt nach Männern und Frauen. Für den Euroraum insgesamt gilt, dass das Beschäftigungswachstum ausschließlich auf Vollzeitbeschäftigung bei Männern und Frauen zurückzuführen ist. Ähnliches gilt auch für Frankreich. In Deutschland hingegen ist die Teilzeitbeschäftigung von Männern und Frauen gestiegen, während die Vollzeitbeschäftigung abgenommen hat. Gleiches gilt – bei höherem Beschäftigungswachstum – für Österreich, wo das Beschäftigungswachstum ausschließlich auf mehr Teilzeit-Beschäftigungsverhältnisse zurückzuführen ist. Hier könnte diese Entwicklung den herrschenden Arbeitskräftemangel verstärkt haben.

Beiträge von Voll- und Teilzeitbeschäftigung zum Beschäftigungswachstum zwischen 2019Q3 und 2022Q3



Quelle: Eurostat (LFS).

Strong declines in trust in the financial system in Hungary and Poland[17]

Results from the OeNB Euro Survey wave 2022

Im Oktober 2022 wurden in zehn Ländern Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) die Feldarbeiten für die aktuellste Welle des OeNB Euro Survey durchgeführt. Der Schwerpunkt dieses Beitrags liegt auf einigen markanten Veränderungen, die sich gegenüber bisherigen Umfragewellen hinsichtlich der Einstellung der Befragten zum Thema Finanzmarktstabilität abzeichnen – einem Thema von hoher Zentralbankrelevanz.

So schätzten in der aktuellsten Umfragewelle zwischen 45 % der Befragten in Ungarn und 75 % der Befragten in Bulgarien das Finanzsystem im eigenen Land als stabil ein. Zwischen 40 % der Befragten in Ungarn und 75% der Befragten in Albanien hielten es für sehr sicher, Geld bei einer Bank einzuzahlen. Die Änderungen gegenüber vorangegangenen Umfragewellen fielen von Land zu Land unterschiedlich aus.

Am stärksten nahm das Vertrauen in das Finanzsystem gegenüber 2021 in Ungarn und Polen ab. In Ungarn ist eine Verschlechterung gegenüber 2021 nicht nur bei Einschätzungen hinsichtlich des Finanzsystems zu beobachten, sondern auch bei etlichen Fragen zur Bewertung der wirtschaftlichen Situation. In Polen blieben sonstige Indikatoren der wirtschaftlichen Einschätzung im Vergleich zu 2021 stabil, auch wenn sich seit 2019 eine schrittweise Verschlechterung abzeichnet. Das legt nahe, dass das abnehmende Vertrauen in die Finanzmarktstabilität im Jahr 2022 auf finanzsystemspezifische Faktoren zurückzuführen sein könnte.

Wiewohl sich Risiken für die Finanzmarktstabilität nicht aus Veränderungen in den Einstellungen von Einzelpersonen und Umfragen ableiten lassen, basieren Finanzsysteme generell auf Vertrauen; somit wiederum bergen die beobachteten Änderungen durchaus gewisse Risiken.

During October 2022 the most recent wave of the **OeNB Euro Survey** was in the field in 10 CESEE countries that had not yet adopted the euro.

In this note, we focus on two questions regarding financial stability asking the respondents to express their (dis-)agreement with the following two statements[18]:

1) "Currently, banks and the financial system are stable in [MY COUNTRY].", and

2) "Currently, depositing money at banks is very safe in [MY COUNTRY]."

These questions are core questions in the OeNB Euro Survey, having been included in the survey since 2007. Moreover, they are highly relevant for central banks, given the importance of trust in the financial system. The main reason for this note is that we observe strong changes in sentiment in the latest wave compared to previous waves.

[17] Autorin: Katharina Allinger (Referat Zentral-, Ost- und Südosteuropa)

[18] Answer options range from 1 "strongly agree" to 6 "strongly disagree". In the charts answers 1, 2, 3 (strongly agree, agree, somewhat agree) are combined as "agree" and answers 4, 5, 6 (strongly disagree, disagree, somewhat disagree) to "disagree".

Country comparison

The share of respondents agreeing with the two statements tends to vary widely across countries[19]. In the most recent wave 2022, the share of people who agreed with the statement "Currently, banks and the financial system are stable in [MY COUNTRY]" ranged from 45% in Hungary to 75% in Bulgaria. Regarding the statement "Currently, depositing money at banks is very safe in [MY COUNTRY]", the shares ranged from 40% in Hungary to 75% in Albania (see charts 1 and 2).

In 2022, changes in the shares compared to previous waves show very different dynamics across countries. In many countries, shares have been relatively stable since 2019. In some countries there was even an improvement in 2022 compared to 2021 (e.g., in Bulgaria and in Albania[20] for the statement regarding the stability of the financial system).

Yet, for several countries the most recent data show a marked drop in agreement, most noticeably in Hungary, Poland and to a lesser extent in Czechia and Serbia.

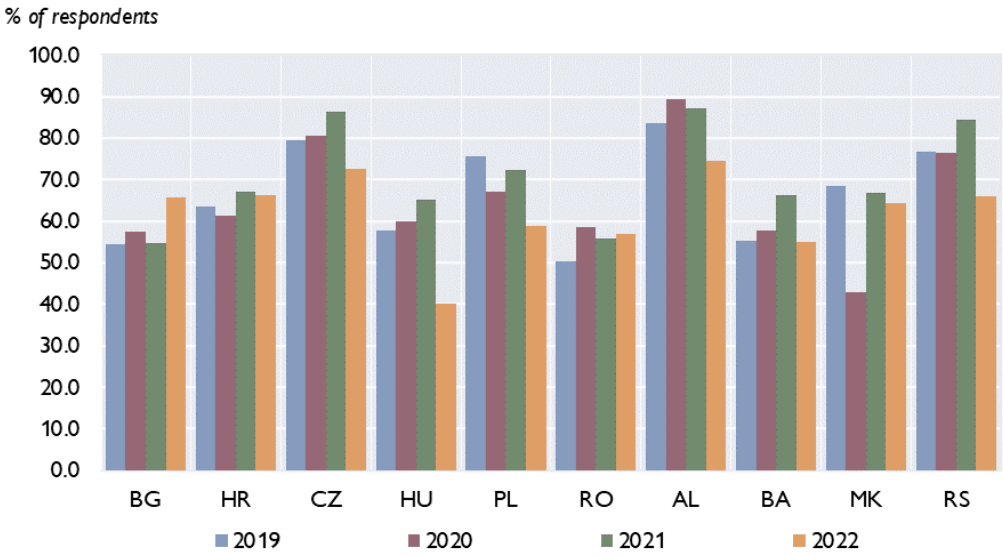
Chart 1. Share of respondents who think the financial system in their respective countries is stable

Source: OeNB Euro Survey waves 2019-2022. Notes: Data are weighted. Don't know/ no answer coded as missing. Share of respondents that answered strongly agree, agree or somewhat agree to the statement: "Currently, banks and the financial system are stable in [MY COUNTRY]."

[19] All statistics reported in this note are calculated using post-stratification survey weights used to improve the representativeness for the populations.

[20] In Albania a sharp drop occurred in 2021 with a mild recovery in 2022.

Chart 2. Share of respondents who think that depositing money at banks in their respective countries is very safe



Source: OeNB Euro Survey waves 2019-2022. Notes: Data are weighted. Don't know/ no answer coded as missing. Share of respondents that answered strongly agree, agree or somewhat agree to the statement: "Currently, depositing money at banks is very safe in [MY COUNTRY]".

For the perceived stability of the financial system the declines were 24 ppts to 45% (Hungary), 19 ppts to 50% (Poland), 15 ppts to 72% (Serbia) and 13 ppts to 72% (Czechia), respectively. Hungary and Poland thus dropped to the bottom of the ten countries in this wave (see chart 1).

For the perceived safety of depositing money at banks the decreases were 25 ppts to 40% (Hungary), 14 ppts to 59% (Poland), 18ppts to 66% (Serbia) and 14 ppts to 73% (Czechia), respectively. Hungary now has the lowest shares in the region, while Poland still had somewhat higher shares than Bosnia and Herzegovina and Romania (see chart 2).

Changes in Hungary and Poland

This section focuses on Hungary and Poland which exhibit the sharpest drops and now have some of the lowest values of trust in the financial system in our sample of ten countries. A closer inspection reveals differences between the two countries with respect to the development of other economic sentiment variables.

In Hungary, several economic sentiment questions in the survey reveal a pronounced worsening compared to 2021: the indicators for the expected economic situation of the country over the next 12 months and for the trustworthiness and stability of the Hungarian forint over the next 5 years deteriorated strongly compared to last year. Also, the share of Hungarian respondents who said they trust the government decreased strongly. Trust in domestic and foreign banks also decreased.

In Poland, these indicators remained relatively stable compared to 2021, but most have deteriorated markedly since 2019.[21]

[21] The indicator for the expected economic situation of the country as well the indicator for trust in the government have worsened every year since 2019 in Poland, with the percentage point change declining from year to year. Moreover, in 2021 we saw a large drop in the trustworthiness and stability of the Polish Zloty compared to previous waves, while trust in banks dropped sharply between 2019 and 2020.

Thus, it seems that in Hungary economic sentiment has overall worsened markedly since October 2021. This is in line with evidence from the consumer confidence index for Hungary published by the European Commission on a monthly basis. This index also deteriorated markedly between autumn 2021 and autumn 2022, reaching a trough in October 2022 and having recovered somewhat since.

It is difficult to determine what caused the deterioration in economic sentiment reflected in the consumer confidence survey or the OeNB Euro Survey in Hungary. However, it seems consistent with the most recent economic developments in Hungary[22]. Within the financial system, high inflation, depreciation pressure on the currency and rapid increases in interest rates coupled with strong – and partially controversial[23] – government interventions may have worsened confidence. Government interventions included, for instance, an extra profit tax (announced in May 2022) an increase in the bank levy and transaction levy, the extension of the interest rate cap and a fourth phase of the COVID-19 moratorium. All these factors together will weigh on banking sector profits in 2022 and 2023 – even though the effects might be partially offset by higher net interest income.

In Poland, the deterioration in perceived financial system stability and perceived safety of depositing money at banks seems to be more explicitly related to recent developments in the financial system itself rather than to general economic developments. Again, it is impossible to determine the precise causes, but there are several possible factors that might have played a role: Like in other countries, the size and timing of interest rate hikes has been widely debated. One aspect of this debate has been the vulnerability of borrowers to interest rate hikes, given the high share of borrowers with variable-rate mortgages in Poland[24]. On top of this, intense discussions have surrounded the timing and procedure of official communication by the Polish National Bank (Narodowy Bank Polski/ NBP) on monetary policy decisions[25]. In October 2022, a simmering internal dispute resulted in an open letter of a dozen former Polish central bankers. The letter expressed concerns regarding limiting the access of members of Poland's Monetary Policy Council (MPC) to NBP analyses and attempts to prevent MPC members from expressing dissenting views on monetary policy matters in public[26]. These and similar news have likely reached the broader public via the media and might have influenced individuals' opinions on financial stability. In addition, Getin Noble Bank, one of Poland's top ten banks (even though small by asset size with around 1.5% of total banking sector assets), was put into resolution shortly before the OeNB Euro

[22] For a broad overview see some recent OeNB publications regarding recent economic developments and the outlook for CESEE.

[23] In its November 2022 Financial Stability Report, the Hungarian national bank, Magyar Nemzeti Bank, noted, for instance, that: "The interest rate cap measure significantly reduces the repayment burden of the debtors concerned. On the other hand, it weakens the monetary transmission, has a negative effect on the domestic financial culture and increases the moral hazard." (see page 30).

[24] This led the Polish government to launch a payment holiday program. The payment holiday can be used to postpone repayments of (one) mortgage loans (taken out to finance a household's own housing) for a maximum of eight months between mid-2022 and end-2023.

[25] See, e.g.: https://www.bnnbloomberg.ca/governor-tightens-grip-over-polish-central-bank-s-narrative-1.1618328

[26] See, e.g.: https://www.bloomberg.com/news/articles/2022-10-18/former-polish-central-bankers-slam-governor-in-public-dispute; https://wyborcza.pl/7,75968,29038859,byli-prezesi-nbp-i-byli-czlonkowie-rpp-protestuja-i-krytykuja.html?disableRedirects=true

Survey fieldwork started. On 30 September 2022, the Polish national resolution authority (Bankowy Fundusz Gwarancyjny) formally declared the bank "failing or likely to fail". The bank had experienced problems since 2016 and recovery measures were insufficient to restore financial health. This news might also have negatively affected confidence of the population in the banking system.

Implications and caveats

The fact that we only have a year-on-year comparison prevents us from drawing more precise conclusions regarding the reasons for the deterioration in individuals' financial stability views. We cannot judge whether the deterioration in trust is, for instance, a short-term over-reaction to a salient piece of news on people's minds in October 2022 or a longer lasting and/or more gradual development.

Generally, it should be noted that the changes in individuals' views on financial stability which are discussed here should not be overrated and / or interpreted as true financial stability risks. Individuals are prone to overreact to economic and financial news, particularly in times of high uncertainty. For an assessment of actual financial stability risks, the analysis of banking-sector data and of local central banks' analyses are more reliable sources. Nonetheless, financial systems need trust to function and marked shifts in the population's trust are not without concern or risk, especially in the currently volatile and uncertain economic and geopolitical situation.

Regulierung von Kryptowerten: Internationale Dimension[27]

2022 kam es im Kryptosektor zu ausgeprägten Marktturbulenzen mit Kursverlusten von bis zu 70% und Insolvenzen von Kryptodiensten. Angesichts ausbleibender gesamtwirtschaftlich spürbarer Effekte dieser Turbulenzen hat sich gezeigt, dass der Kryptosektor aufgrund geringer Größe und Verflechtung bislang kein gesamtwirtschaftliches Systemrisiko darstellt. So wird beispielsweise der Anteil von Menschen in Österreich, die unter anderem Kryptowerte in ihrem Portolio haben, auf 1-2% der Bevölkerung geschätzt.[28] Es gibt bislang auch keine Hinweise auf ein nennenswertes Krypto-Exposure von Banken.[29] Die Krypto-Turbulenzen haben aber auch deutlich vor Augen geführt, dass behördliche Maßnahmen sinnvoll sein können, um sicherzustellen, dass das gesamtwirtschaftliche Risiko auch in Zukunft begrenzt bleibt.

Neun Kernelemente für den wirtschaftspolitischen Umgang mit Kryptowerten

Aufgrund der besonders geringen territorialen Bindung von Kryptowerten stellt eine erfolgreiche wirtschaftspolitische Adressierung ihrer Risiken hohe Anforderungen an zwischenstaatliche Koordination. Ein neues IWF-Papier schlägt neun Kernelemente für den wirtschaftspolitischen Umgang mit Kryptowerten vor:[30]

1. Erhalt monetärer Souveränität und Stabilität durch Stärkung des geldpolitischen Rahmens und Vermeidung der „Ernennung" von Kryptowerten zu gesetzlichen Zahlungsmitteln. Kryptowerte als zweite offizielle Währung zu verankern (wie z.B. in El Salvador) birgt das Risiko erhöhter Preisschwankungen, erhöht die Informationskosten für die Bevölkerung und reduziert die Berechenbarkeit der Steuereinnahmen. Weiters würden damit Risiken im heimischen Finanzsystem entstehen sowie internationale Reputationsprobleme.

2. Schutz gegen exzessive Volatilität von Kapitalflüssen und Aufrechterhaltung effektiver Maßnahmen zur Kapitalverkehrsadministration.

3. Analyse und Veröffentlichung von Budgetrisiken und Klärung der steuerlichen Behandlung von Kryptowerten.

4. Schaffung von Rechtssicherheit rund um Kryptowerte, und Adressierung rechtlicher Risiken.

5. Aufsichts-, Vorsichts- und Verhaltensbestimmungen für eine Teilnahme am Kryptomarkt.

6. Entwicklung eines gemeinsamen Rahmens zur Beobachtung des Kryptosektors durch zuständige nationale Behörden.

7. Internationale Zusammenarbeit zur Beaufsichtigung von Krypto und Regeldurchsetzung.

---

[27] Autor: Beat Weber (Abteilung für EU- und internationale Angelegenheiten)

[28] TripleA (2023): Global Cryptocurrency Ownership Data, https://triple-a.io/crypto-ownership-data/#:~:text=As%20of%202023%2C%20we%20estimated,420%20million%20crypto%20users%20worldwide

[29] Renzo Corrias (2022): Banks' exposures to cryptoassets – a novel dataset, BIS Basel III Monitoring Report September 2022, https://www.bis.org/bcbs/publ/d541_crypto.pdf

[30] IMF Staff Report (2023): Elements of Effective Policies for Crypto Assets, https://www.imf.org/-/media/Files/Publications/PP/2023/English/PPEA2023004.ashx

8. Beobachtung möglicher Auswirkungen von Kryptowerten auf die Stabilität des Weltwährungssystems.

9. Entwicklung international abgestimmter Verbesserungsvorschläge für grenzüberschreitende Überweisungen und Finanzierungen.

Noch keine einheitliche Definition von Krypto

Derzeit kursiert in der Öffentlichkeit eine Vielzahl von definitorischen Zuschreibungen („Kryptowährung", „digitales Gold", „Tauschmittel", „Spekulationsobjekt", etc.), aber es existiert noch keine international einheitliche rechtliche Definition. Der IWF schlägt folgende Definition vor: „Kryptowerte bilden aus den Kernelementen Internet, Kryptografie und verteilte Datenbanken (distributed ledger/DLT) eine Palette technischer Lösungen, die ein einheitliches, nach Reihenfolge gegliedertes, standardisiertes und kryptografisch gesichertes Verzeichnis von Aktivitäten (z.B. Transaktionen, Wertguthaben, Identitätsdaten) darstellen, das von einem Netzwerk von Teilnehmenden verteilt und aufrechterhalten wird (mit oder ohne Zugangskontrolle)".

Zwei Formen von Kryptowerten wegen ihrer Bedeutung im Fokus

Ungedeckte Wertmarken (Token, z.B. Bitcoin). Kern-Unterscheidungsmerkmale zu offiziellen Währungen: keine Deckung, dezentrale Emission, kein Rückflussmechanismus, keine Forderung gegenüber einem Emittenten. Resultat: volatile Wertentwicklung, keine Eignung für Geldzwecke (vorhersehbare Wertaufbewahrung, allgemein akzeptiertes Zahlungsmittel, Recheneinheit), Hoffnung auf Wertsteigerung als Hauptnutzungsmotiv.

Stable Coins (z.B. USDC): Zentral oder dezentral emittierte Kryptowerte, die einen stabilen Preis in offizieller Währung anstreben, entweder mit Hilfe von Reserven oder Algorithmen, die auf Angebot und Nachfrage reagieren. Häufig Orientierung an offizieller Währung, oftmals kein bzw. eingeschränkter Rechtsanspruch auf Einlösung, häufig eingeschränkte Reservequalität, mitunter volatil.

Behauptete Vorteile von Krypto in der Praxis häufig nicht feststellbar

Entgegen der häufigen Behauptung, Krypto ermögliche günstigere Zahlungen durch den Wegfall von Intermediären, entstanden de facto neue Intermediäre (Validatoren zur Freigabe von Zahlungen auf Blockchain, Bereitsteller elektronischer Brieftaschen zur Aufbewahrung, Börsen für den Handel mit Krypto, etc.) und Transaktionskosten. Der bisherige Medianwert der Überweisungsgebühr für Bitcoin-Transaktionen liegt laut Berechnungen des IWF bei rund 3% der Überweisungssumme, was in der Regel teurer als traditionelle Inlandszahlungen ist. Der Vergleich zu Auslandsüberweisungen auf traditionellen Wegen ist von den jeweiligen Kosten für den Umtausch von und zu jeweiliger Nationalwährung abhängig.

Unregulierte Plattformen bergen die Risiken mangelnder Resilienz, Rechtssicherheit und Konsumentenschutz. Viele Risiken von Krypto resultieren aus deren Design und können durch Regulierung nicht reduziert werden, z.B. fragliche Fundamentalwerte, Finalität und Skalierbarkeit.

Weitere Probleme bestehen darin, dass es auf einzelnen DLT-Plattformen zu Überlastung kommen kann (Wartezeiten, steigende Kosten), Verbindungen zwischen Plattformen oft Schwachpunkte sind und von Großfirmen betriebene Plattformen zu mangelnder Offenheit und Wettbewerbsbeschränkungen neigen. Weiters gibt es wiederholtes Auftreten von Betrug und

Schwächen bei Marktintegrität, und die Zahlungsfinalität und ökologische Nachhaltigkeit sind oft fraglich.

Der IWF nennt Intransparenz, Verbindungen zwischen Krypto-Akteuren, Mehrfachaufgaben einzelner Firmen, und inkonsistente Berichtslegung bei einer Mehrfach-Registrierung an mehreren Standorten als wichtigste bislang unterbelichtete Problemfelder, die bei den Marktturbulenzen 2022 zutage traten.

Spektrum bestehender offizieller Ansätze zum Umgang mit dem Kryptosektor

Die schärfste mögliche Maßnahme stellt ein Verbot von Krypto-Aktivitäten dar. Der IWF hält jedoch umfassende Regulierungen (z.B. „*EU Markets in Crypto Asset Regulation*/MiCAR) für die bessere Alternative. International am verbreitetsten (z.B. in den meisten EU-Mitgliedstaaten) war bislang der Ansatz behördlicher Beobachtung und Veröffentlichung von Warnungen. Unter den Ansätzen, wirtschaftspolitisch auf die möglichen Chancen durch Krypto zu fokussieren, stellt die offizielle Unterstützung durch eine rechtliche Verankerung als zusätzliche offizielle Währung (z.B. wie in El Salvador) die weitreichendste Form dar. Der IWF rät davon ab.

Die Überlegung, dass die „internationale Positionierung als Standort für Kryptoaktivitäten" ein häufiger offizieller Ansatz ist, der sowohl Regulierungsinitiativen als auch die Anerkennung zu einem gesetzlichen Zahlungsmittel leiten kann, verdient in diesem Zusammenhang Beachtung: Als Hauptzweck aufsehenerregender Maßnahmen, wie der Verankerung von Krypto als Zusatzwährung in Kleinstaaten, ist weniger der (eher wenig aussichtsreiche) Wunsch nach einer gesteigerten Nutzung durch die heimische Bevölkerung im Alltag zu vermuten, sondern die Anlockung von Kryptovermögen aus dem Ausland, z.B. für den Verkauf von Staatsanleihen, die auf Krypto lauten.

Internationale Institutionen und Gremien: Arbeiten zu Krypto

Von den G20 global koordiniert arbeiten zahlreiche internationale Institutionen zu Fragen des Umgangs mit dem Kryptosektor. Globale Koordination ist auch laut IWF notwendig, um Arbitrage zu verhindern und die Stabilität des Weltwährungssystems zu erhalten.

Was die Arbeitsteilung zwischen den internationalen Institutionen betrifft, befürworten viele Mitgliedstaaten eine Führungsrolle des Financial Stability Board (FSB), während der IWF eine komplementäre Rolle bei makrofinanziellen Aspekten hat.

Auch die breite globale Mitgliedschaft insbesondere unter Ländern des globalen Südens ist ein Alleinstellungsmerkmal des IWF, die ihn als Beratungs- und Koordinationsorgan insbesondere in Bezug auf Länder mit geringeren Ressourcen nützlich machen sollte. In einer ersten IWF-internen Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass 18 von jenen 20 Staaten, die die höchste Verbreitung von Kryptowerten im Inland aufweisen, Entwicklungs- und Schwellenländer sind.

In Folge werden weitere Aktivitäten internationaler Organisationen dargestellt:

EU: Die Veröffentlichung der finalen Fassung der „*EU Markets in Crypto Assets Regulation*" (MiCAR) wird noch dieses Quartal erwartet. Mit dem Inkrafttreten der Verordnung wäre dann Mitte 2024 zu rechnen. Für die zwei wichtigsten Typen von Kryptowerten „*E-Money Token*" (z.B. auf Euro lautende Stablecoins) und „*Asset-referenced token*" (z.B. an einem Korb verschiedener

Währungen orientierte Projekte wie die erste Version des mittlerweile aufgegebenen Projekts „Libra“ von Facebook und Partnerfirmen) ist eine Gültigkeit bereits Anfang 2024 vorgesehen.[31]

Wäre die EU vor einem Skandal am Kryptomarkt wie der FTX-Pleite 2022 geschützt gewesen, wenn MiCAR schon gegolten hätte? Die MiCAR enthält einige Bestimmungen zu Marktintegrität und Investorenschutz, die einige 2022 zu Tage getretene Risikobereiche adressiert hätten, gilt jedoch als ausbaufähig, was die Bestimmungen zur Überprüfung und Veröffentlichung von Informationen im Kryptosektor betrifft.

Basel Committee on Banking Supervision (BCBS): Risikogewichte und strenge Kapitalunterlegungspflichten für Kryptowerte in Bankbilanzen wurden beschlossen und sollen ab 2025 gelten.[32] Die EU-interne Umsetzung könnte noch im Rahmen des in Verhandlung befindlichen Basel III Umsetzungspakets erfolgen.

OECD: Die OECD hat 2022 ein *Crypto-Asset Reporting Framework* (CARF) ausgearbeitet, um den geltenden automatischen Austausch von Steuerinformationen zwischen Mitgliedstaaten auf Krypto auszuweiten. Es soll in der EU ab 2026 gelten.[33]

Financial Action Task Force (FATF): Vorschriften der FATF zur Bekämpfung von Geldwäsche mittels Kryptowerten wurden seit 2018 wiederholt ausgeweitet. In der EU hat jüngst die EU Geldtransfer-Verordnung die Pflichten von Krypto-Dienstleistenden festgelegt, Informationen über Krypto-Zahlungen zu erfassen.[34]

Committee on Payments and Market Infrastructures (CPMI): Richtlinien für Stable Coins wurden in die "*Principles for Financial Market Infrastructures*" aufgenommen (betrifft u.a. Governance, Finalität, Settlement, Risikomanagement).

Financial Stability Board (FSB): Das FSB hat im Herbst 2022 Empfehlungen zu Kryptowerten und Finanzstabilität mit zwei Kernpunkten erstellt: internationale Abstimmung und Zusammenarbeit der Aufsicht, Regulierung und Informationen über Krypto-Aktivitäten, sowie Empfehlungen zur Behandlung globaler Stablecoins. Bis Ende 2022 lief dazu eine öffentliche Konsultation.[35]

International Organization of Securities Commissions (IOSCO): Nach einem Bericht über Krypto-Handelsplattformen folgte 2022 ein Bericht über die Risiken von „*Decentralized finance*“.

---

[31] Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council on Markets in Crypto-assets, and amending Directive (EU) 2019/1937, COM/2020/593 final, https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52020PC0593

[32] Basel Committee on Banking Supervision (2022): Prudential treatment of cryptoasset exposures, https://www.bis.org/bcbs/publ/d545.htm

[33] European Commission (2022): Taxation: New transparency rules require service providers to report crypto-asset transactions, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_7513

[34] European Parliament (2023): Proposal for a regulation on information accompanying transfers of funds and certain crypto-assets (recast), https://www.europarl.europa.eu/legislative-train/theme-an-economy-that-works-for-people/file-revision-of-the-regulation-on-transfers-of-funds

[35] Financial Stability Board (FSB) (2022): Framework for the international regulation of crypto-asset activities, https://www.fsb.org/2022/10/fsb-proposes-framework-for-the-international-regulation-of-crypto-asset-activities/

Ausblick

Die durch jüngste Skandale und Marktturbulenzen etwas in die Defensive gedrängte Kryptoindustrie und die gestiegene öffentliche Problemwahrnehmung verbessern aktuell die Ausgangslage für die Durchsetzung nachhaltig risikomindernder behördlicher Maßnahmen. Zahlreiche Industriestaaten haben in den letzten Monaten Aufsehen erregende Maßnahmen in Bezug auf Kryptointermediäre getroffen (Strafen für Fehlverhalten, Lizenzüberprüfungen).

Die Krise 2022 hat u.a. gezeigt, dass es auch Reputationsrisiken birgt, ein schwach regulierender Krypto-Standort zu sein, sofern es zu Aufsehen erregenden Skandalen bei ansässigen Kryptofirmen kommt. Hingegen kann eine Reputation als Standort mit strenger Regulierung sogar auf Seiten der potenziell Regulierten als Qualitätssiegel gefragt sein (vgl. medial kolportierte Anfragen von offshore Krypto-Dienstleistern auf eine Ansiedlung in der Schweiz und diversen EU-Staaten). Bislang als Krypto-freundlich geltende Kleinstaaten wie Singapur und Estland haben 2022 verschärfte Kontrollen gegen verdächtige Krypto-Aktivitäten vorgenommen und zum Teil bestehende Lizenzen wieder entzogen. Strafverfolgungsbehörden in den USA, teilweise in konzertiertem Vorgehen mit EU-Staaten, sind insbesondere gegen Kryptofirmen vorgegangen, die im Verdacht der Sanktionen-Umgehung standen.

Gegen die Versuchung einzelner Staaten, die durch die Krise 2022 erneut verstärkte Mobilität der Krypto-Industrie zu nutzen, sich als Standort und Trittbrettfahrer international abgestimmter Regulierungsbemühungen in Stellung zu bringen, ist die Betonung international abgestimmter behördlicher Antworten ein wichtiger Punkt, den der IWF zu Recht hervorhebt.

Für Länder des globalen Südens sind die Beratungsaktivitäten des IWF eine sinnvolle Stärkung und Unterstützung in diesem Bereich, auch weil dort Kryptoprodukten zum Teil eine größere Bedeutung und andere Nutzungsweise zukommt als in Industriestaaten.

Mit seiner Empfehlung einer umfassenden Regulierung des Sektors und internationaler Abstimmung kann die Haltung des IWF als Bestätigung des EU-Ansatzes gesehen werden, mit der MiCAR auch einen international wirksamen Standard zu setzen, an dem sich andere Jurisdiktionen orientieren.

Transparenz und die Informationsverifizierung einzelner Komponenten des Krypto-Universums werden vom IWF zu Recht eingemahnt (z.B. verlässliche Audits von Intermediärsbeständen). Ein spezielles Problem stellt die Kommunikation des Kryptosektors mit der allgemeinen Öffentlichkeit dar. Häufig werden hier in formeller und informeller Werbeabsicht Zweifel an den Leistungen des öffentlichen und des finanziellen Sektors gesät, und Hoffnungen auf Krypto als Lösung geweckt. Bislang unterliegt Krypto-Werbung aber wenig Anreizen oder Zwängen, die Behauptungen nachvollziehbar zu untermauern und faktennah zu halten. In Ländern wie dem Vereinigten Königreich hat deshalb die *Financial Conduct Authority* das Problem irreführender Krypto-Werbung besonders in den Fokus genommen.[36]

[36] Financial Conduct Authority (2022): Strengthening our financial promotion rules for high risk investments, including cryptoassets, https://www.fca.org.uk/publication/consultation/cp22-2.pdf Siehe auch Bains/Ismail/Melo/Sugimoto (2022): Regulating the Crypto Ecosystem. The Case of Unbacked Crypto Assets, IMF Fintech Note 2022/007, https://www.elibrary.imf.org/view/journals/063/2022/007/063.2022.issue-007-en.xml

EU-Industrieplan und Staatsbeihilfen für den Grünen Deal[37]

Mitteilung der Europäischen Kommission vom 1. Februar 2023[38]

Am 1. Februar 2023 veröffentlichte die Europäische Kommission (EK) vor dem Hintergrund des Inflation Reduction Act (IRA) der USA ihre Vorschläge für einen Industrieplan für den Grünen Deal sowie einen geänderten Staatsbeihilfen-Rahmen mit dem Ziel, die europäische CO2-neutrale Industrie zu stärken und die Wende zur Klimaneutralität zu fördern.

Mit dem EU-Industrieplan für den Grünen Deal soll die Ausweitung der Produktionskapazitäten für Net-Zero-Technologien und -Produkte besser ermöglicht werden, um die Klimaziele der EU bis 2030/2050 zu erreichen. Der Plan basiert auf vier Säulen: einem berechenbareren und vereinfachten Regelungsumfeld, einem rascheren Zugang zu Finanzmitteln, einer Verbesserung der Kompetenzen und einem offenen Handel für resiliente Lieferketten.

Begleitend soll ein befristeter Staatsbeihilfenrahmen zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels im Sinne der zweiten Säule des Industrieplans den in der EU tätigen Unternehmen den Zugang zu Finanzmitteln erleichtern, um so den Ausbau erneuerbarer Energiequellen zu fördern und die Dekarbonisierung der Industrie zu unterstützen.

I Kontext

Bereits am 11. Dezember 2019 hatte die EK den europäischen Grünen Deal vorgestellt, der Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent machen soll. Im Europäischen Klimagesetz sind sowohl die Verpflichtung der EU zu Klimaneutralität als auch das Zwischenziel, die Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55% gegenüber 1990 zu senken, gesetzlich verankert. Beim Übergang zu einer CO2-neutralen Wirtschaft wird die Wettbewerbsfähigkeit Europas stark von seiner Fähigkeit abhängen, saubere Technologien zu entwickeln und herzustellen bzw. einzusetzen.

Der Industrieplan für den Grünen Deal soll dabei die Rahmenbedingungen für Investitionen verbessern, um die Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit der EU zu gewährleisten. Die Diskussion um die konkrete Ausgestaltung des Plans erfolgt vor dem Hintergrund des amerikanischen *Inflation Reduction Act*, der bereits im Sommer 2022 beschlossen wurde und mit 1. März 2023 in Kraft getreten ist.

II US Inflation Reduction Act (IRA)

Der *United States Inflation Reduction Act* von 2022 ist ein Gesetzespaket, das groß angelegte grüne Subventionen mit Einsparungen im Gesundheitswesen und neuen Einnahmenmaßnahmen kombiniert. Allerdings enthält der IRA protektionistische Elemente. Dazu gehören Zuschüsse unter der Bedingung von „Local-Content"-Anforderungen, die nach den Regeln der Welthandelsorganisation verboten sind, und Produktionssubventionen in großem Maßstab, die

[37] Autorin: Doris Rijnbeek (Repräsentanz Brüssel)

[38] Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Ein Industrieplan des Grünen Deal für das Netto-Null-Zeitalter 1. Februar 2023.

wahrscheinlich markt- und handelsverzerrend sind. Der IRA hat in der Europäischen Union Befürchtungen ausgelöst, dass Clean-Tech-Hersteller und -Anwender ihre Produktion in die Vereinigten Staaten auf der Suche nach einer attraktiven Mischung aus Subventionen und niedrigen Energiekosten verlagern.

Die IRA besteht aus drei Maßnahmenpaketen: einer Steuerreform, einer Gesundheitsreform sowie einer Energie- und Klimagesetzgebung, einschließlich klimabezogener Ausgaben in der Größenordnung von 400 Mrd US-Dollar über 10 Jahre.

Die für die internationale Wirkung des IRA relevantesten Maßnahmen sind Energie- und Klimasubventionen. Diese fallen in drei Kategorien, und einige Subventionen können kumuliert werden:

- Subventionen für Fahrzeugkäufe, einschließlich einer Verbrauchersteuergutschrift in Höhe von USD 7.500 für Elektroautos, und einer Steuergutschrift für Unternehmen, einschließlich Leasinggesellschaften, die saubere Fahrzeuge kaufen.
- Produktions- und Investitionszuschüsse für Hersteller von Clean-Tech-Produkten, einschließlich Batterien und Komponenten, die in der erneuerbaren Stromerzeugung verwendet werden.
- Subventionen für Produzenten von CO2-neutralem Strom sowie Wasserstoff und anderen „sauberen" Kraftstoffen.

Einige dieser Subventionen setzen bestimmte Produktionsschritte in den USA/Nordamerika voraus (*Local-Content-Requirements*, LCRs).

III EU-Industrieplan für den Grünen Deal

Der durch die Europäische Kommission (EK) am 1. Februar 2023 vorgestellte EU-Industrieplan für den Grünen Deal zielt darauf ab, ein verbessertes Umfeld für die Ausweitung der Produktionskapazitäten der EU für die Net-Zero-Technologien und -Produkte zu schaffen, die erforderlich sind, um die Klimaziele Europas zu erreichen. Dabei baut er auf früheren Initiativen auf, stützt sich auf die Stärken des EU-Binnenmarkts und ergänzt die laufenden Bemühungen im Rahmen des European Green Deal und REPowerEU. Der Plan basiert auf vier Säulen:

- Ein berechenbares und vereinfachtes Regelungsumfeld
- Schnellerer Zugang zu Finanzmitteln
- Verbesserung der Kompetenzen
- Offener Handel für resiliente Lieferketten

Ein berechenbares und vereinfachtes Regelungsumfeld

Bei der ersten Säule des Plans geht es um einen einfacheren Rechtsrahmen. Die Kommission wird ein „Netto-Null-Industrie-Gesetz" vorschlagen. Dieses Gesetz über eine CO2-neutrale Industrie zielt auf vereinfachte und beschleunigte Genehmigungsverfahren, die Förderung europäischer strategischer Projekte und die Entwicklung von Normen zur Unterstützung des Ausbaus von Technologien im gesamten EU-Binnenmarkt ab.

Der Rahmen wird zum einen ergänzt durch das Gesetz zu kritischen Rohstoffen[39], um einen ausreichenden Zugang zu Materialien wie Seltenen Erden sicherzustellen, die für die Herstellung von Schlüsseltechnologien von entscheidender Bedeutung sind, und zum anderen durch die Reform der Strommarktgestaltung[40], damit die Verbraucher:innen von den geringeren Kosten erneuerbarer Energien profitieren können.

Schnellerer Zugang zu Finanzmitteln

Die zweite Säule des Plans zielt auf die Beschleunigung von Investitionen sowie die Finanzierung der Produktion sauberer Technologien in Europa ab. Fortschritte bei der europäischen Kapitalmarktunion sollen die Mobilisierung der Finanzmittel für den grünen Wandel unterstützen. Im Rahmen der Wettbewerbspolitik will die Kommission gleiche Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt gewährleisten und es den Mitgliedstaaten zugleich erleichtern, die notwendigen staatlichen Beihilfen zur Beschleunigung des grünen Wandels zu gewähren.

Zur Finanzierung von Innovationen sowie der Herstellung und Einführung sauberer Technologien will die Kommission auf bestehende EU-Mittel zurückgreifen und deren Verwendung erleichtern. Eine Überbrückungslösung für eine schnelle und gezielte Unterstützung soll hauptsächlich auf den Initiativen REPowerEU, InvestEU und dem Innovationsfonds basieren. Der Zugang der Mitgliedsstaaten zu den REPowerEU-Mitteln erfolgt über die Änderung bestehender Pläne im Rahmen der *Recovery- and Resilience Facility* (RRF). Insgesamt werden den Mitgliedstaaten knapp 270 Mrd EUR aus der RRF zur Verfügung stehen:

- 20 Mrd EUR an neuen Finanzhilfen zur Finanzierung von Maßnahmen, die die Mitgliedstaaten in die REPowerEU-Kapitel aufnehmen können. Die Mittel für diese Finanzhilfen werden aus dem Verkauf von Emissionshandelszertifikaten stammen.
- 5,4 Mrd EUR an Mitteln aus der Reserve für die Anpassung an den Brexit, die die Mitgliedstaaten auf die RRF übertragen können, um REPowerEU-Maßnahmen zu finanzieren. Dies kommt zu den bestehenden Übertragungsmöglichkeiten für 5% der kohäsionspolitischen Mittel (bis zu 17 Mrd EUR) hinzu.
- 225 Mrd EUR an RRF-Darlehen, die die Mitgliedstaaten für REPowerEU-Zwecke nutzen können.

Mittelfristig beabsichtigt die Kommission, im Zusammenhang mit der Überprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens der EU vor dem Sommer 2023 einen Europäischen Souveränitätsfonds vorzuschlagen.

Verbesserung der Kompetenzen

Zwischen 35% und 40% aller Arbeitsplätze werden vom Übergang zu einer grünen Wirtschaft betroffen sein. Die Kommission schlägt die Einrichtung von „*Net-Zero Industry Academies*“, also Akademien für eine CO2-neutrale Industrie vor, um Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme in strategischen Branchen einzuführen. Unter anderem wird die Kommission auch prüfen, wie der Zugang von Drittstaatsangehörigen zu den EU-Arbeitsmärkten in vorrangigen Sektoren erleichtert werden kann. Weiters erwägt die Kommission Maßnahmen

[39] Die EK kündigte am 14. September 2022 die Vorlage des Gesetzes für kritische Rohstoffe an, die nach einer Konsultation im dritten und vierten Quartal 2022 nun am 14. März 2023 vorgelegt werden soll.

[40] Die EK leitete am 23. Januar 2023 eine öffentliche Konsultation zur Reform der Strommarktgestaltung in der EU ein.

zur Förderung und Angleichung der öffentlichen und privaten Finanzierung für die Kompetenzentwicklung.

Offener Handel für resiliente Lieferketten

Bei der vierten Säule geht es um die globale Zusammenarbeit und die Förderung des Handels für den grünen Wandel nach den Grundsätzen des fairen Wettbewerbs und des offenen Handels, wobei auf den Verpflichtungen mit den EU-Partnern und der Arbeit der Welthandelsorganisation aufgebaut wird. Zu diesem Zweck wird die Kommission das EU-Netz von Freihandelsabkommen und anderen Formen der Zusammenarbeit mit Partnern weiter ausbauen, um den grünen Wandel zu unterstützen. Sie wird auch die Gründung eines Clubs für kritische Rohstoffe prüfen, der Rohstoffverbraucher und rohstoffreiche Länder zusammenbringen soll, um die globale Versorgungssicherheit durch eine wettbewerbsfähige und diversifizierte industrielle Basis zu gewährleisten, und die Gründung von Industriepartnerschaften für saubere und CO2-neutrale Technologien in Erwägung ziehen.

IV Staatsbeihilfen: Befristeter Rahmen zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels[41]

Die Europäische Kommission hat den Mitgliedstaaten den Entwurf eines Vorschlags zur Konsultation übermittelt, mit dem der befristete Rahmen zur Krisenbewältigung[42] zu einem „befristeten Rahmen zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels“ werden soll, um den ökologischen Wandel in Europa zu erleichtern und zu beschleunigen. Dieser Vorschlag trägt insbesondere zur zweiten Säule des Industrieplans bei, die darauf abzielt, einen beschleunigten Zugang von in der EU tätigen Unternehmen zu Finanzmitteln zu gewährleisten.

Der vorgelegte Vorschlag hat das Ziel, Investitionen für einen schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien zu fördern sowie die Dekarbonisierung der Industrie und die Herstellung der für den Übergang zur CO2-Neutralität erforderlichen Ausrüstung zu unterstützen. Gleichzeitig sollen die Integrität des EU-Binnenmarkts und gleiche Wettbewerbsbedingungen gewahrt werden.

Vorgeschlagene Änderungen

Die möglichen Änderungen, zu denen die Kommission die Mitgliedstaaten konsultiert, würden bis zum 31. Dezember 2025 gelten. Sie betreffen folgende Punkte:

- Weitere Erleichterung des Ausbaus erneuerbarer Energien und der Dekarbonisierung der Industrie durch Einführung der Möglichkeit,
  - den Ausbau aller erneuerbaren Energiequellen zu unterstützen,
  - Beihilfen für weniger ausgereifte Technologien wie erneuerbaren Wasserstoff ohne Ausschreibung zu gewähren, sofern bestimmte Vorkehrungen zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit der öffentlichen Förderung getroffen werden, und
  - durch die Anhebung der Beihilfeobergrenzen und die Vereinfachung der Beihilfeberechnung Anreize für grüne Investitionen zu schaffen, (z. B. würde die Höhe der Beihilfe ganz einfach als Anteil der Investitionskosten berechnet).
- Unterstützung von Investitionen in die Herstellung strategischer Ausrüstung, die für den Übergang zur CO2-Neutralität erforderlich ist, insbesondere von produktiven

[41] Pressemitteilung der Europäischen Kommission zum Temporary Crisis and Transition Framework (TCTF)

[42] Temporary Crisis Framework (TCF)

Investitionen in Sektoren, die für den ökologischen Wandel von strategischer Bedeutung sind. Dies geschieht vor dem Hintergrund globaler Herausforderungen, die die Gefahr bergen, dass neue Investitionen in diese Sektoren in Drittländer außerhalb Europas umgelenkt werden.

- Im Speziellen schlägt die Kommission vor, eine Unterstützung der Mitgliedstaaten für die Herstellung von Batterien, Solarpaneelen, Windturbinen, Wärmepumpen, Elektrolyseuren, für die Abscheidung, Nutzung und Speicherung von CO2 sowie für die kritischen Rohstoffe, die für die Herstellung solcher Ausrüstung benötigt werden, zuzulassen.
- Für bestimmte Vorhaben wären weitere verhältnismäßige Beihilfen bis zu der Höhe zulässig, die der in einem Drittland angebotenen Unterstützung entsprechen, um sicherzustellen, dass die Investitionen in Europa getätigt werden. Dies betrifft Vorhaben, die in benachteiligten Regionen in der EU durchgeführt werden (in denen das Pro-Kopf-BIP unter 75% des EU-Durchschnitts liegt) oder die eine Investition in mehreren Mitgliedstaaten umfassen und für die eine Förderung in Drittländern zur Verfügung steht.

Subventionswettlauf als Antwort auf den US IRA?

Ein Beihilfenwettlauf als Antwort auf den *US Inflation Reduction Act* (IRA) würde einerseits einen Handelskonflikt mit den USA herausfordern und könnte andererseits auch den Zusammenhalt innerhalb Europas belasten. Tatsächlich hat die EU in den letzten Jahren schon hohe Summen an öffentlichem Geld in ihre grünen Sektoren investiert, und dabei haben die Mitgliedsstaaten mit dem größeren fiskalischen Spielraum auch die höchsten Beihilfen ausgeschüttet. Ein zu starkes Aufweichen der Beihilferegeln droht die Ungleichgewichte in der EU zu verstärken. Um mithalten zu können, versuchen höher verschuldete EU-Länder daher, die Schuldenregeln aufzuweichen bzw. Schulden zu vergemeinschaften.

Viele Detailregelungen sind derzeit noch nicht bekannt und sollen erst im Laufe des Jahres 2023 veröffentlicht werden. Vorläufig finden sich aber in dem Kommissionsentwurf keine Vorschläge, die ausländische Unternehmen offen benachteiligen. So enthält der Entwurf auch keine dem IRA ähnlichen „Local-Content"-Anforderungen. Das „Matching" von Beihilfen in Drittstaaten soll nur unter eingeschränkten Voraussetzungen möglich sein.

Insgesamt ist es für die grüne Transformation als positiv zu bewerten, dass Europa in Net-Zero-Technologien investiert und sich auch die USA mit dem IRA der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien öffnen. Zudem könnten diese globalen Investitionen zu einer Innovationsdynamik führen und schließlich zu technologischen Verbesserungen und signifikanten Kostendegressionen.

Annex

Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats der Jahre 2022 und 2023[43]

Datum der Bekanntgabe	Geldpolitische Maßnahmen und relevante Ereignisse[44]
7. Februar 2023	Ab 1. Mai 2023 bildet der €STR abzüglich 20 Basispunkten die Obergrenze für die Verzinsung von Einlagen öffentlicher Haushalte sowie von Einlagen, die im Rahmen der Währungsreservenverwaltung des Eurosystems (ERMS) gehalten werden. Mit dieser stufenweisen Verringerung des Zinssatzes im Vergleich zum Beschluss vom 8. September 2022 sollen Anreize für einen schrittweisen und geordneten Abbau dieser Bestände geschaffen werden. Diese Einlagen sollen nämlich sukzessive in den Markt zurückfließen, um die Risiken negativer Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit der Märkte und auf die reibungslose Transmission der Geldpolitik zu minimieren.
2. Februar 2023	Der EZB-Rat hebt die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 50 Basispunkte an. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 8. Februar 2023 auf 3,00%, 3,25% bzw. 2,50% erhöht. Angesichts des Drucks im Zusammenhang mit der zugrunde liegenden Inflation beabsichtigt der EZB-Rat, die Zinssätze bei seiner nächsten geldpolitischen Sitzung im März 2023 erneut um 50 Basispunkte anzuheben. Dann wird er eine Bewertung des weiteren geldpolitischen Pfads vornehmen. In jedem Fall werden die Leitzinsbeschlüsse des EZB-Rats auch in Zukunft von der Datenlage abhängen und von Sitzung zu Sitzung festgelegt. Weiters hat der EZB-Rat die Modalitäten für die Verringerung der Wertpapierbestände des Eurosystems im Zusammenhang mit dem Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) beschlossen. Bei der Reinvestition des verbleibenden Teils der Tilgungsbeträge soll die bisherige Praxis weitgehend beibehalten werden: Dabei wird in den Teilprogrammen des APP proportional, gemäß ihrem Verhältnis an den gesamten Tilgungen, wiederveranlagt. In den Teilprogrammen ABSPP, CBPP3 und CSPP werden die Käufe auf den Primärmärkten auslaufen. Die Marktpräsenz des Eurosystems wird sich daher auf die Sekundärmärkte konzentrieren. Bei den Eurosystem-Ankäufen von Unternehmensanleihen wird die Wiederveranlagung stärker auf Emittenten mit einer besseren Klimaleistung ausgerichtet.
1. Jänner 2023	Am 1. Jänner 2023 wird der Euro in Kroatien in Umlauf gebracht. Somit verwenden jetzt 20 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) die gemeinsame europäische Währung. Mit dem Beitritt Kroatiens zum Euroraum wird seine nationale Zentralbank, die Hrvatska narodna banka, Mitglied des Eurosystems.

[43] Autorin: Claudia Kwapil (Referat Geldpolitik)

[44] Die hier in gekürzter Form zusammengefassten geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats sind auch als Pressemitteilungen sowohl in englischer als auch in deutscher Sprache im Internet verfügbar: Press releases by date (europa.eu)

15. Dezember 2022	Der EZB-Rat hebt die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 50 Basispunkte an. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 21. Dezember 2022 auf 2,50%, 2,75% bzw. 2,00% erhöht. Zudem ist der EZB-Rat der Auffassung, dass die Zinsen in Zukunft noch deutlich und in einem gleichmäßigen Tempo steigen müssen, um ein ausreichend restriktives Niveau zu erreichen, das eine zeitnahe Rückkehr der Inflation zum mittelfristigen 2%-Ziel gewährleistet. Ab Anfang März 2023 werden die Bestände aus dem Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) in einem maßvollen und vorhersehbaren Tempo reduziert, da das Eurosystem die Tilgungsbeträge von Wertpapieren bei Fälligkeit nicht mehr vollumfänglich wieder anlegen wird. Bis zum Ende des zweiten Quartals 2023 werden die Bestände monatlich im Durchschnitt um 15 Mrd EUR reduziert. Das Tempo danach wird im Zeitverlauf festgelegt. Die im Rahmen des PEPP erworbenen Wertpapiere werden weiterhin mindestens bis Ende 2024 bei Fälligkeit reinvestiert. Im Zusammenhang mit der andauernden Unsicherheit aufgrund des anhaltenden Krieges, den Russland gegen die Ukraine führt, und den damit verbundenen wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und die internationalen Finanzmärkte hat der EZB-Rat beschlossen, die befristete Swap-Linie mit Polen sowie die befristeten Repo-Linien mit den Zentralbanken von Albanien, Andorra, Ungarn, Nordmazedonien, Rumänien und San Marino bis 15. Jänner 2024 zu verlängern. Der Umfang und die operationellen Parameter der einzelnen Vereinbarungen werden unverändert beibehalten.
27. Oktober 2022	Der EZB-Rat hebt die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 75 Basispunkte an. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 2. November 2022 auf 2,00%, 2,25% bzw. 1,50% erhöht. Der EZB-Rat geht davon aus, dass er die Zinsen weiter anheben wird, um eine zeitnahe Rückkehr der Inflation auf das mittelfristige 2%-Ziel zu gewährleisten. Dabei wird er den künftigen Leitzinspfad an der Entwicklung der Inflations- und Wirtschafts-aussichten ausrichten und von Sitzung zu Sitzung entscheiden. Außerdem ändert der EZB-Rat die Bedingungen für die dritte Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO III). In Anbetracht des unerwarteten und außerordentlichen Anstiegs der Inflation muss eine Rekalibrierung vorgenommen werden, um Konsistenz mit dem allgemeinen geldpolitischen Normalisierungsprozess sicherzustellen und die Transmission der Leitzinserhöhungen auf die Kreditbedingungen der Banken zu verstärken. Deshalb werden die Zinssätze für die TLTROs III mit Wirkung zum 23. November 2022 angepasst und den Banken zusätzliche Termine für eine freiwillige vorzeitige Rückzahlung angeboten. Um die Verzinsung der von Kreditinstituten beim Eurosystem gehaltenen Mindestreserven besser auf die Bedingungen am Geldmarkt abzustimmen, hat der EZB-Rat ferner beschlossen, dass die Mindestreserven ab 21. Dezember 2022 zum Zinssatz der EZB für die Einlagefazilität verzinst werden.
10. Oktober 2022	Am 8. Oktober 2013 hatten die EZB und die PBC die erste für drei Jahre geltende bilaterale Währungsswap-Vereinbarung im Umfang von maximal 350 Mrd CNY und 45 Mrd EUR geschlossen. Sie wurde 2016, 2019 und nun 2022 um jeweils drei weitere Jahre verlängert. Dem Eurosystem dient die Vereinbarung als vorsorgliche Kreditlinie zur Behebung plötzlicher und vorübergehender Renminbi-Liquiditäts-engpässe, die infolge von Störungen am Renminbi-Markt auftreten können.

19. September 2022	Die EZB will im Einklang mit den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens ihre Bestände an Unternehmensanleihen in den geldpolitischen Portfolios schrittweise dekarbonisieren. Das Ziel ist die Minderung klimabedingter finanzieller Risiken in der Bilanz des Eurosystems. Dementsprechend wird ab 1. Oktober 2022 bei Reinvestitionen in Unternehmensanleihen (im CSPP bzw. PEPP) ein Klimascore herangezogen – berechnet aus rückblickenden Emissions-Scorewerten, vorausschauenden Ziel-Scorewerten sowie Klimaoffenlegungs-Scorewerten – der verstärkt Reinvestitionen in Anleihen von Unternehmen mit einem guten Beitrag zum Klimaschutz vorsieht. Zudem wird das Eurosystem den Klima-Score zur Anpassung seiner Gebote am Primärmarkt nutzen, um Emittenten mit einem besseren Klimaschutz-Beitrag zu bevorzugen und die Laufzeit von Anleihen zu begrenzen, deren Emittenten einen niedrigeren Score aufweisen.
8. September 2022	Der EZB-Rat hat beschlossen, die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 75 Basispunkte anzuheben. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungs- und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 14. September 2022 auf 1,25 %, 1,50 % bzw. 0,75 % erhöht. Dieser große Schritt sorgt für einen früheren Übergang von dem derzeitigen, stark akkommodierenden Leitzinsniveau auf ein Niveau, das eine zeitnahe Rückkehr der Inflation auf das mittelfristige 2%-Ziel der EZB gewährleistet. Der EZB-Rat geht auf Grundlage seiner aktuellen Einschätzung davon aus, dass er die Zinsen in den nächsten Sitzungen weiter erhöht, um die Nachfrage zu dämpfen und dem Risiko einer andauernden Aufwärtsverschiebung der Inflationserwartungen vorzubeugen. Nach der Anhebung des Zinssatzes für die Einlagefazilität auf einen Wert über null ist das zweistufige System für die Verzinsung von Überschussreserven nicht mehr erforderlich. Der EZB-Rat hat daher beschlossen, das zweistufige System auszusetzen, indem der Multiplikator auf null gesetzt wird. Um die Wirksamkeit der geldpolitischen Transmission zu gewährleisten und das ordnungsgemäße Funktionieren der Märkte sicherzustellen, hat der EZB-Rat beschlossen, die Obergrenze von 0% für die Verzinsung von Einlagen öffentlicher Haushalte vorübergehend aufzuheben. Stattdessen wird entweder der Zinssatz für die Einlagefazilität oder der €STR für eine befristete Zeit die Obergrenze bilden – je nachdem, welcher der beiden Zinssätze niedriger ist. Die geänderte Verzinsung gilt ab dem Beginn der sechsten Mindestreserve-Erfüllungsperiode, d. h. dem 14. September 2022, und bleibt bis zum 30. April 2023 in Kraft.
21. Juli 2022	Der EZB-Rat hat beschlossen, die drei Leitzinssätze der EZB um jeweils 50 Basispunkte anzuheben. Dementsprechend werden der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung zum 27. Juli 2022 auf 0,50%, 0,75% bzw. 0,00% erhöht. Bei den kommenden Sitzungen des EZB-Rats wird eine weitere Normalisierung der Zinssätze angemessen sein. Durch den raschen Ausstieg aus den Negativzinsen kann der EZB-Rat zu einem Ansatz übergehen, bei dem Zinsbeschlüsse von Sitzung zu Sitzung gefasst werden. Der künftige Leitzinspfad des EZB-Rats wird von der jeweiligen Datenlage abhängen und dazu beitragen, dass das Inflationsziel von 2% auf mittlere Sicht erreicht wird. Zudem wurde das Instrument zur Absicherung der Transmission (Transmission Protection Instrument – TPI) genehmigt. Das TPI wird ungerechtfertigten und ungeordneten Marktdynamiken entgegenwirken, die eine ernsthafte Bedrohung für die Transmission der Geldpolitik im Euroraum darstellen, und somit sicherstellen, dass die Weitergabe des geldpolitischen Kurses in allen Ländern des Euroraums reibungslos erfolgt, während die Normalisierung der Geldpolitik fortgesetzt wird. Die Einheitlichkeit der Geldpolitik ist nämlich eine Voraussetzung dafür, dass die EZB ihr Preisstabilitätsmandat erfüllen kann.

21. Juli 2022 (Fortsetzung)	Im Rahmen des TPI werden Wertpapiere von Ländern gekauft, in denen eine Verschlechterung der Finanzierungs-bedingungen zu beobachten ist, die nicht durch länderspezifische Fundamentalfaktoren begründet ist. Die Ankäufe sind nicht beschränkt. Die Flexibilität bei der Wiederanlage im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) bleibt die erste Verteidigungslinie, um pandemiebedingten Risiken für den geldpolitischen Transmissions-mechanismus entgegenzuwirken.
12. Juli 2022	Der Rat der Europäischen Union hat formal beschlossen, dass Kroatien mit 1. Jänner 2023 dem Euroraum beitritt. Der Umrechnungskurs der kroatischen Kuna (HRK) gegenüber dem Euro wurde auf 7,53450 HRK je Euro (=Leitkurs der Kuna im Wechselkursmechanismus WKM II) festgelegt. Kroatische Banken werden von der EZB bereits seit 2020 beaufsichtigt.
4. Juli 2022	Der EZB-Rat hat beschlossen, weitere Schritte zu unternehmen, um Klimaaspekte in den geldpolitischen Handlungsrahmen des Eurosystems einzubeziehen. Er kam überein, die Bestände an Unternehmensanleihen in den zu geldpolitischen Zwecken gehaltenen Portfolios des Eurosystems und den Sicherheitenrahmen anzupassen, klimabezogene Offenlegungspflichten einzuführen und das Risikomanagementverfahren auszubauen. Mit den Maßnahmen sollen Finanzrisiken im Zusammenhang mit dem Klimawandel in der Bilanz des Eurosystems verringert, die Transparenz erhöht und der grüne Wandel der Wirtschaft unterstützt werden.
27. Juni 2022	Die EZB ändert den Zeitpunkt zukünftiger Veröffentlichungen ihrer geldpolitischen Beschlüsse sowie der Pressekonferenzen, auf der die Beschlüsse erläutert werden. Ab dem 21. Juli 2022 werden die geldpolitischen Beschlüsse um 14:15 Uhr MEZ veröffentlicht (statt wie bisher um 13:45 Uhr). Die Pressekonferenz beginnt um 14:45 Uhr MEZ (statt wie bisher um 14:30 Uhr). Die Veröffentlichung der damit verbundenen Dokumente wie etwa der Erklärung zur Geldpolitik verschiebt sich entsprechend auf 15:00 Uhr.
15. Juni 2022	Die Pandemie hat zu anhaltenden Verwundbarkeiten in der Wirtschaft des Euroraums geführt. Diese tragen zur uneinheitlichen Transmission der Normalisierung der Geldpolitik in den einzelnen Ländern bei. Dementsprechend hat der EZB-Rat beschlossen, dass er bei der Wiederveranlagung der Tilgungsbeträge fällig werdender Wertpapiere im PEPP-Portfolio flexibel agieren wird, um die Funktionsfähigkeit des geldpolitischen Transmissionsmechanismus aufrechtzuerhalten. Diese ist eine Voraussetzung dafür, dass die EZB ihr Preisstabilitätsmandat erfüllen kann. Darüber hinaus beschloss der EZB-Rat, die zuständigen Ausschüsse des Eurosystems zusammen mit den EZB-Dienststellen damit zu beauftragen, die Gestaltung eines neuen Instruments zur Bekämpfung der Fragmentierung, das der EZB-Rat prüfen wird, zügiger abzuschließen.
9. Juni 2022	Der EZB-Rat hat weitere Schritte zur Normalisierung seiner Geldpolitik beschlossen: Zum einen wird der Nettoerwerb von Vermögenswerten im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) zum 1. Juli 2022 eingestellt. Die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere werden für längere Zeit nach der ersten Zinserhöhung vollumfänglich wieder angelegt und in jedem Fall so lange wie erforderlich, um reichliche Liquidität zu gewährleisten und einen angemessenen geldpolitischen Kurs aufrechtzuerhalten. Zum anderen betrachtet der EZB-Rat die Bedingungen der bisher geltenden Forward Guidance als erfüllt, und kündigt den Beginn eines Zinsanhebungszyklus an: Auf seiner geldpolitischen Sitzung im Juli wird er die Leitzinsen um 25 Bp. anheben, im September soll eine weitere Erhöhung folgen, deren Ausmaß von den mittelfristigen Inflationsaussichten abhängen wird. Aus derzeitiger Sicht geht der EZB-Rat davon aus, dass es auch nach September angemessen sein wird, die Leitzinsen schrittweise, aber nachhaltig anzuheben.

1. Juni 2022	Alle zwei Jahre veröffentlicht die EZB einen Konvergenzbericht, der untersucht, inwieweit die sieben EU-Länder, die der gemeinsamen Währung noch nicht beigetreten sind, Fortschritte bei der Einführung des Euro gemacht haben. Kroatien wird im aktuellen Bericht einer eingehenderen Prüfung unterzogen, da das Land am 1. Jänner 2023 den Euro einführen möchte. Sowohl Bulgarien als auch Kroatien sind am 10. Juli 2020 dem Wechselkurs-mechanismus II und der Bankenunion beigetreten. Die EZB kommt nach ihrer Bewertung zu dem Ergebnis, dass Kroatien die Referenzwerte der Konvergenzkriterien einhält.
27. April 2022	Die EZB und die Banca Naţională a României (BNR) haben eine Fortführung der Repo-Linie zur Bereitstellung von Euro-Liquidität an die BNR vereinbart. Die Vereinbarung läuft bis 15. Jänner 2023. Die Verlängerung trägt der gestiegenen Unsicherheit und des Risikos regionaler Übertragungseffekte im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine Rechnung.
14. April 2022	Der EZB-Rat kommt zum Schluss, dass die seit seiner letzten Sitzung neu verfügbaren Daten seine Erwartung stärken, dass die Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen seines Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) im dritten Quartal 2022 eingestellt werden sollten. Darüber hinaus bestätigt er all seine Entscheidungen von März 2022.
28. März 2022	Die EZB und die Narodowy Bank Polski haben eine vorsorgliche Swap-Vereinbarung getroffen. Zudem hat die EZB beschlossen, die befristeten bilateralen Repo-Linien mit den Zentralbanken Ungarns, Albaniens, der Republik Nordmazedonien und der Republik San Marino zu verlängern. Alle genannten Vereinbarungen gelten bis 15. Jänner 2023. Euro-Liquiditätslinien dienen dazu, möglichen Liquiditätsbedarf in Drittstaaten zu decken, der angesichts der Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine und wegen des Risikos regionaler Übertragungseffekte entstehen könnte; Sanktionen der EU werden dabei vollumfänglich berücksichtigt.
24. März 2022	Der EZB-Rat hat beschlossen, die im April 2020 aufgrund der Corona-Pandemie befristet eingeführten Maßnahmen zur Lockerung der Kriterien für Sicherheiten in drei Schritten auslaufen zu lassen. Der erste Schritt tritt am 8. Juli 2022 in Kraft, weitere Schritte werden im Juni 2023 bzw. im März 2024 folgen. Durch den schrittweisen Ansatz wird die Risikotoleranz des Eurosystems allmählich wieder auf das Vorpandemieniveau verringert, und Klippeneffekte bei der Verfügbarkeit von Sicherheiten werden vermieden. Vorerst ist es den NZBen weiterhin gestattet, griechische Staatsanleihen, die nicht die Mindestbonitätsanforderungen des Eurosystems erfüllen, als Sicherheiten zu akzeptieren. Der EZB-Rat behält sich auch weiterhin das Recht vor, von den Bonitätsbewertungen der Ratingagenturen abzuweichen, um eine automatische Abhängigkeit von diesen Bewertungen zu vermeiden.
10. März 2022	Der EZB-Rat hat seine Planung für die Ankäufe im Rahmen des APP geändert: Die monatlichen APP-Nettoankäufe werden im April 40 Mrd EUR, im Mai 30 Mrd EUR und im Juni 20 Mrd EUR betragen. Die Kalibrierung der Nettoankäufe für das Q3/2022 wird datenabhängig vorgenommen werden. Sollten die Daten darauf hindeuten, dass sich die mittelfristigen Inflationsaussichten auch nach dem Ende der APP-Nettoankäufe nicht verschlechtern, wird der EZB-Rat die Nettoankäufe im Q3/2022 einstellen. Falls sich die mittelfristigen Aussichten ändern und die Finanzierungsbedingungen nicht mehr mit einer weiteren Entwicklung in Richtung des 2%-Ziels im Einklang stehen, ist der EZB-Rat bereit, seine Planung für die APP-Nettoankäufe zu ändern.

10. März 2022 (Fortsetzung)	Die EZB-Leitzinsen werden einige Zeit nach dem Ende der APP-Nettoankäufe angehoben. Dabei wird graduell vorgegangen werden. Die Entwicklung der EZB-Leitzinsen richtet sich weiterhin nach der (unveränderten) Forward Guidance des EZB-Rats. Der Hinweis, dass die Leitzinsen auch gesenkt werden können, wird jedoch gestrichen. Dementsprechend hält der EZB-Rat fest, dass die EZB-Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden, bis er feststellt, dass die Inflationsrate deutlich vor dem Ende seines Projektionszeitraums 2% erreicht und sie diesen Wert im weiteren Verlauf des Projektionszeitraums dauerhaft hält, und er der Auffassung ist, dass die Entwicklung der zugrunde liegenden Inflation hinreichend fortgeschritten ist, um mit einer sich mittelfristig bei 2 % stabilisierenden Inflation vereinbar zu sein. Schließlich wird vor dem Hintergrund der hohen Unsicherheit durch den Einmarsch Russlands in die Ukraine die Repo-Fazilität des Eurosystems für Zentralbanken (EUREP) bis 15. Jänner 2023 verlängert. Damit soll das Risiko regionaler Übertragungseffekte, die sich negativ auf die Finanzmärkte des Euroraums auswirken könnten, verringert werden. EUREP bietet vorsorgliche Liquiditätslinien, um einem etwaigen Euro-Liquiditätsbedarf zu begegnen, falls es zu Marktstörungen außerhalb des Euroraums kommt, die sich negativ auf die reibungslose Transmission der Geldpolitik der EZB auswirken könnten. Darüber hinaus bestätigt der EZB-Rat all seine Entscheidungen von Februar 2022.
3. Februar 2022	Der EZB-Rat bestätigt all seine Entscheidungen von Dezember 2021. Darüber hinaus betont er seine Bereitschaft, gegebenenfalls alle seine Instrumente anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Inflation mittelfristig beim Zielwert von 2% stabilisiert.

Quelle: EZB.

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 11. Jänner bis 28. Februar 2023[45]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
21. Februar 2023	EK	2 Jahre Next Generation EU Die Europäische Kommission veröffentlichte eine Mitteilung zum zweijährigen Bestehen der *Recovery and Resilience Facility* (RRF). Die RRF steht als wichtigstes Instrument im Zentrum von NextGenerationEU, dem 800 Mrd EUR schweren Aufbauplan für Europa, und unterstützt insbesondere grüne und digitale Reformen und Investitionen.
21. Februar 2023	ER	ER nimmt den „REPowerEU"-Plan an Der Rat nahm eine Änderungsverordnung an, um „REPpowerEU" in die RRF aufzunehmen. Ziel ist es, die strategische Autonomie der EU zu stärken, indem ihre Energieversorgung diversifiziert und ihre Abhängigkeit von russischen Importen fossiler Brennstoffe beendet wird.
17. Februar 2023	EZB	EZB ernennt Myriam Moufakkir zur Chief Services Officer Das Direktorium der EZB hat Frau Myriam Moufakkir zur *Chief Services Officer* (CSO) ernannt. Sie folgt Michael Diemer nach und wird das Amt im Sommer 2023 übernehmen. Die CSO ist für die Förderung von Innovationen, den operativen Geschäftsbetrieb, die Personalplanung und die IT-Modernisierung zuständig.
9. Februar 2023	ER	Außerordentlicher Europäischer Rat Das außerordentliche EU-Gipfeltreffen fand in Brüssel statt und widmete sich in Anwesenheit des ukrainischen Präsidenten Selenskyj der EU-Unterstützung für die Ukraine. Der Europäische Rat verurteilte in seinen Schlussfolgerungen erneut entschieden den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und bekräftigte die starke politische, wirtschaftliche, militärische, finanzielle und humanitäre Hilfe an die Ukraine, solange dies nötig sei. Weitere Themen waren Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und strategischen Souveränität der europäischen Wirtschaft sowie Migrationsfragen.
2.-3. Februar 2023	EK	Kommissionsbesuch und 24. EU-Ukraine Gipfel in Kiew EK-Präsidentin von der Leyen reiste mit 15 weiteren Mitgliedern des

[45] Autorin: Christiane Kment (Abteilung für EU- und internationale Angelegenheiten)

		Kollegiums der Kommissionsmitglieder nach Kiew. In einer gemeinsamen Erklärung von Ratspräsident Michel, EK-Präsidentin Von der Leyen und Präsident Zelensky nach dem Gipfel bekräftigte die EU unter anderem ihre Absicht, eine führende Rolle bei der Einrichtung einer Geber-Koordinierungsplattform *(„multi-agency Donor Coordination Platform")* zwischen der EU, den G7, internationalen Finanzorganisationen und anderen wichtigen Partnern zu übernehmen, welche den Wiederaufbau koordinieren soll.
2. Februar 2023	EK	Analyseberichte der EK zur Angleichung der Ukraine, Republik Moldaus und Georgiens an den EU-Besitzstand Die Analyseberichte bewerten die Fähigkeit der Länder zur Erfüllung der aus einer EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen. Die Berichte ergänzen die Stellungsnahmen zu den Anträgen der drei Länder auf EU-Mitgliedschaft, wobei der Ukraine und der Republik Moldau der EU-Kandidatenstatus im Juni 2022 zuerkannt wurde. Die Berichte geben Orientierungshilfen für weitere Arbeiten zur Angleichung an EU-Standards und EU-Normen.
17. Jänner 2023	EK	Auszahlung der ersten Tranche des MFA Plus an die Ukraine Die erste Tranche von 3 Mrd Euro der Makrofinanzhilfe Plus in der Höhe von bis zu 18 Mrd. Euro wurde am 17. Jänner 2023 ausbezahlt. Das Paket sieht Darlehen mit günstigen Bedingungen vor, die an Reformen geknüpft sind. Es soll damit ein erheblicher Teil des kurzfristigen Finanzierungsbedarfs der Ukraine 2023 gedeckt werden. Ab März werden 1,5 Mrd Euro pro Monat ausbezahlt, sofern die Auflagen erfüllt sind.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

17. Februar 2023	IWF	*Staff Level Agreement* zwischen IWF und Ukraine zur Review des PMB (*Program Monitoring with Board Involvement*) Zwischen dem IWF-Stab unter der Leitung von Gavin Gray und den ukrainischen Behörden konnte ein *Staff Level Agreement* erreicht werden. Die Genehmigung durch das IWF-Management ist noch erforderlich. Damit kann die Diskussion in Bezug auf ein vollwertiges IWF-Programm für die Ukraine beginnen.
30. Jänner 2023	IWF	Veröffentlichung des *World Economic Outlook January Update* Nach einem Wachstum der Weltwirtschaft um 3,4% im Jahr 2022 prognostiziert der IWF für 2023 eine Verlangsamung auf 2,9% (das entspricht einer Aufwärtsrevision um 0,2 Prozentpunkte gegenüber Oktober 2022) sowie einen geringfügigen Anstieg auf 3,1% für 2024. Der IWF nennt die Anhebung der Leitzinsen durch verschiedene Notenbanken sowie den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine als Hauptfaktoren für die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und sieht in der Öffnung der chinesischen Wirtschaft nach der Pandemie den Grund für die raschere Erholung der Weltwirtschaft. Die globale

		Inflation wird nach Schätzung des IWF von 8,8% im Jahr 2022 auf 6,6% 2023 fallen; für 2024 prognostiziert der IWF einen Rückgang auf 4,3%. Als mögliche Aufwärtsrisiken dieser Prognose sieht der IWF einen stärkeren Nachfrageanstieg in mehreren Volkswirtschaften und einen rascheren Rückgang der Inflation, als Abwärtsrisiken werden negative Pandemie-Entwicklungen in China genannt, weiters eine mögliche Eskalation des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und die globale Verschuldungsproblematik infolge verschärfter Finanzierungskosten.

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 8. März 2023

Inhaltsverzeichnis

Seite

Weltwirtschaft

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen 1
Makroökonomische Indikatoren 2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise 3

Euroraum

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 4
Aktuelle Entwicklung 5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität 6
Zinserwartungen 7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen 8
Renditen und Kreditzinsen 9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation 10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt 11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren 12
Inflation und Arbeitskosten 13
Makroökonomische Ungleichgewichte 14

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren 15

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts 16
Entwicklung der Verbraucherpreise 17
Arbeitslosenquoten 18
Leistungsbilanzsalden 19
Fiskaldaten 20

Österreich

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 21
Aktuelle Entwicklung 22
Außenhandel mit Waren 24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren 25
Tourismus und Reiseverkehr 26
Öffentliche Haushalte 27
Bundeshaushalt 28
Aggregierte Vermögenslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute 29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 32
Aggregierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute 33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE 34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung
Geldvermögensbildung und Geldvermögen 35
Finanzierung und Verbindlichkeiten 36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt
A = Anstieg
R = Rückgang

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen

	Reales BIP			Inflation[1]			Arbeitslose			Budgetsaldo			Staatsschuld			Leistungsbilanzsaldo		
	2022	2023	2024	2022	2023	2024	2022	2023	2024	2022	2023	2024	2022	2023	2024	2022	2023	2024
	Veränderung zum Vorjahr in %			*in %*			*in % des Arbeitskräfteangebotes*			*in % des BIP*								
Vereinigtes Königreich	4,2	−0,9	0,9	7,9	7,5	2,9	3,8	4,4	4,8	−6,4	−4,4	−3,7	103,0	101,1	101,8	−5,6	−6,0	−5,8
USA	1,8	0,7	1,7	7,9	3,4	2,3	3,7	4,1	4,4	−5,9	−6,7	−7,1	122,8	124,7	127,0	−3,8	−3,2	−2,8
Japan	1,7	1,6	1,2	2,5	3,1	1,8	2,7	2,5	2,5	−11,8	−10,3	−9,3	263,9	258,8	255,0	0,7	1,2	1,7
China	3,4	4,5	4,7	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	2,5	2,1	1,7
Euroraum	**3,5**	**0,9**	**1,5**	**8,4**	**5,6**	**2,5**	6,8	7,2	7,0	−3,5	−3,7	−3,3	93,7	92,5	91,6	1,5	1,9	2,4
EU	**3,5**	**0,8**	**1,6**	**9,2**	**6,4**	**2,8**	6,2	6,5	6,4	−3,4	−3,6	−3,2	86,0	84,9	84,1	1,1	1,4	1,9
Österreich	**4,8**	**0,5**	**1,4**	**8,6**	**6,6**	**3,6**	5,0	5,2	5,3	−3,4	−2,8	−1,9	78,5	76,6	74,9	0,2	−0,0	−0,1
Deutschland	**1,8**	**0,2**	**1,3**	**8,7**	**6,3**	**2,4**	3,1	3,5	3,5	−2,3	−3,1	−2,6	67,4	66,3	65,4	3,7	4,7	5,0
Polen	**4,9**	**0,4**	**2,5**	**13,2**	**11,7**	**4,4**	2,7	3,0	3,1	−4,8	−5,5	−5,2	51,3	52,9	54,2	−2,9	−2,5	−1,6
Ungarn	**4,9**	**0,6**	**2,6**	**15,3**	**16,4**	**4,0**	3,6	4,2	4,2	−6,2	−4,4	−5,2	76,4	75,2	75,1	−7,6	−6,3	−4,3
Tschechische Republik	**2,5**	**0,1**	**1,9**	**14,8**	**9,3**	**3,5**	2,7	3,3	3,6	−4,3	−4,1	−3,0	42,9	44,2	44,5	−5,8	−6,9	−5,9

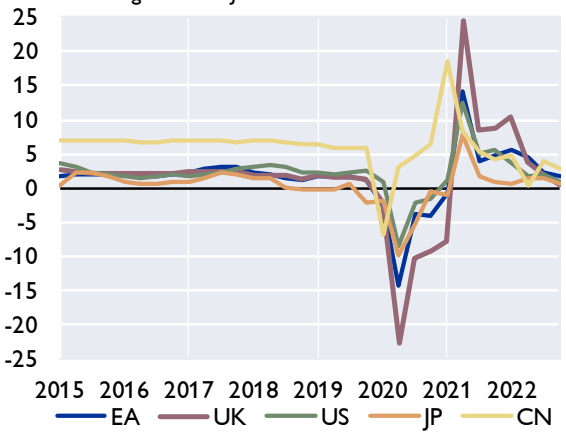
Quelle: fett unterlegte Werte Winterprognose Februar 2023; restliche Daten Herbstprognose November 2022.

[1] HVPI-Inflation; USA, Japan: VPI.

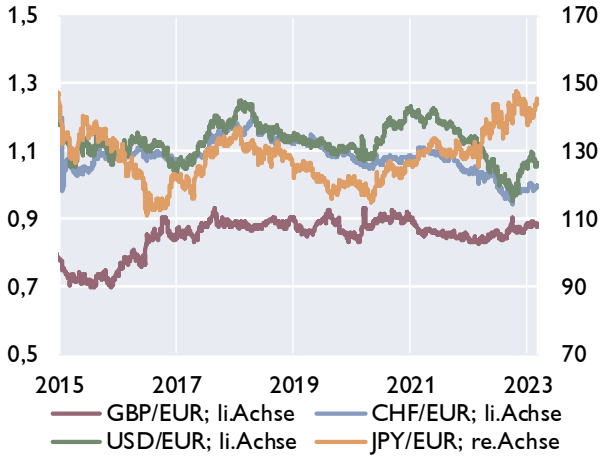
Makroökonomische Indikatoren

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

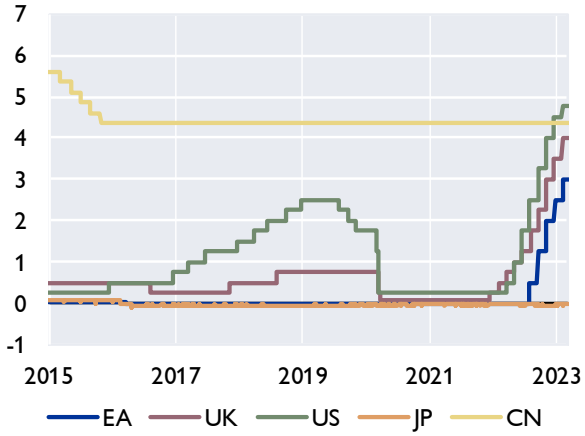


Wechselkurse zum Euro



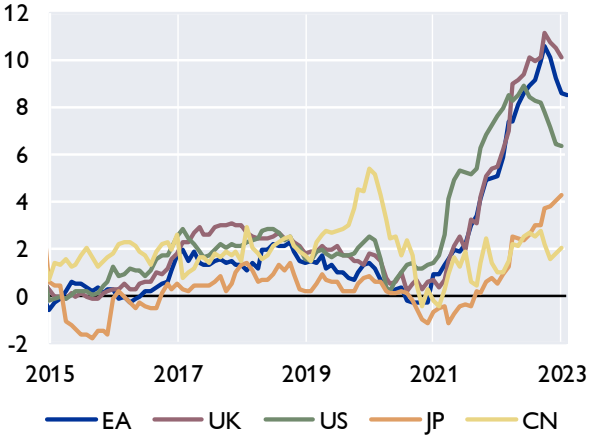
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



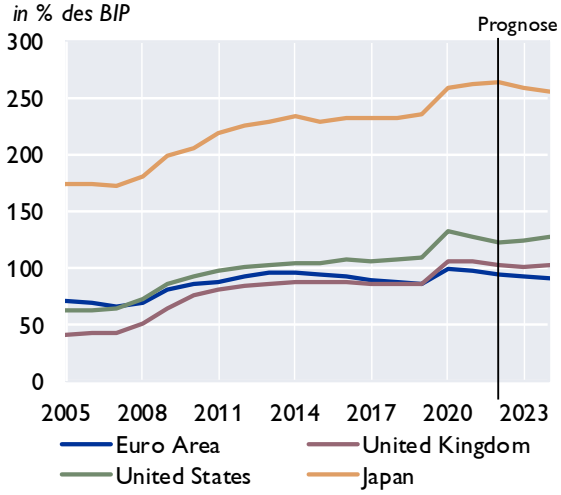
Verbraucherpreisindizes

in %



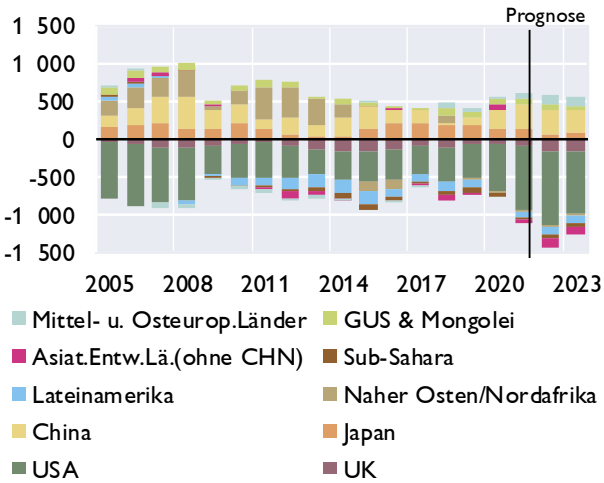
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD

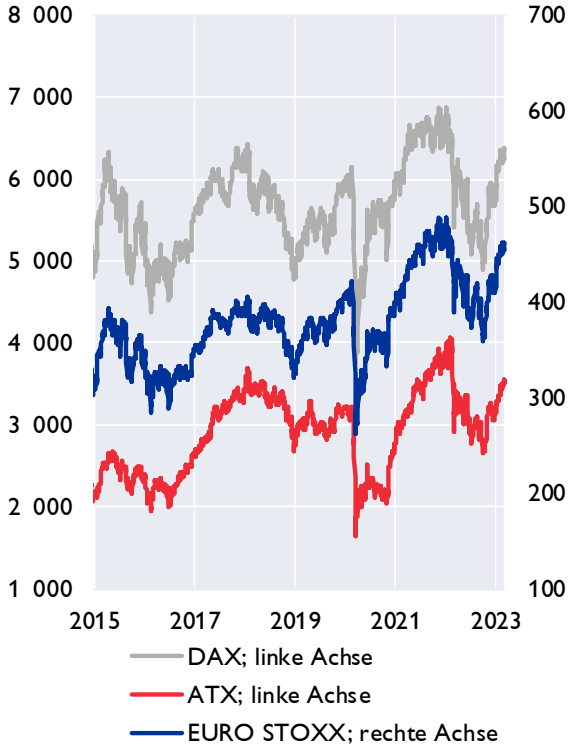


Quelle: Eurostat, EK, IWF, Macrobond, nationale Quellen. Prognosen: EK Nov. 2022 und IWF WEO Okt. 2022.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

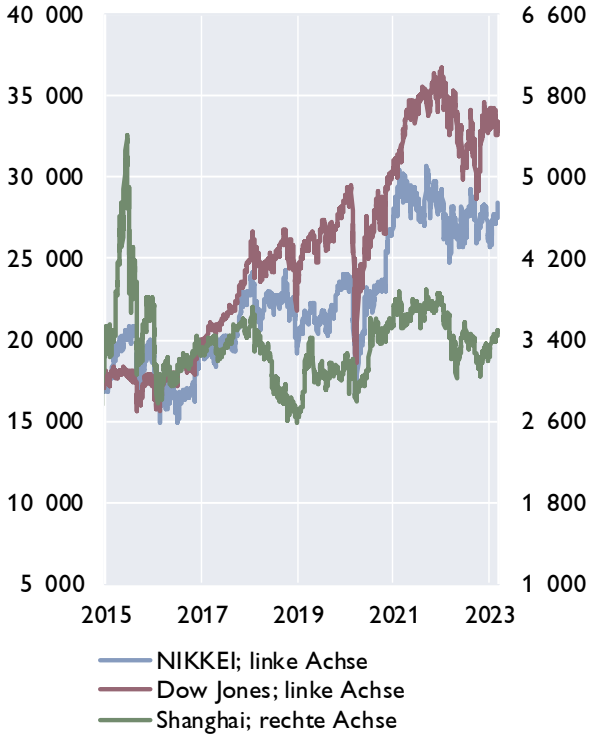
Aktienkurse - Europa

in Punkten



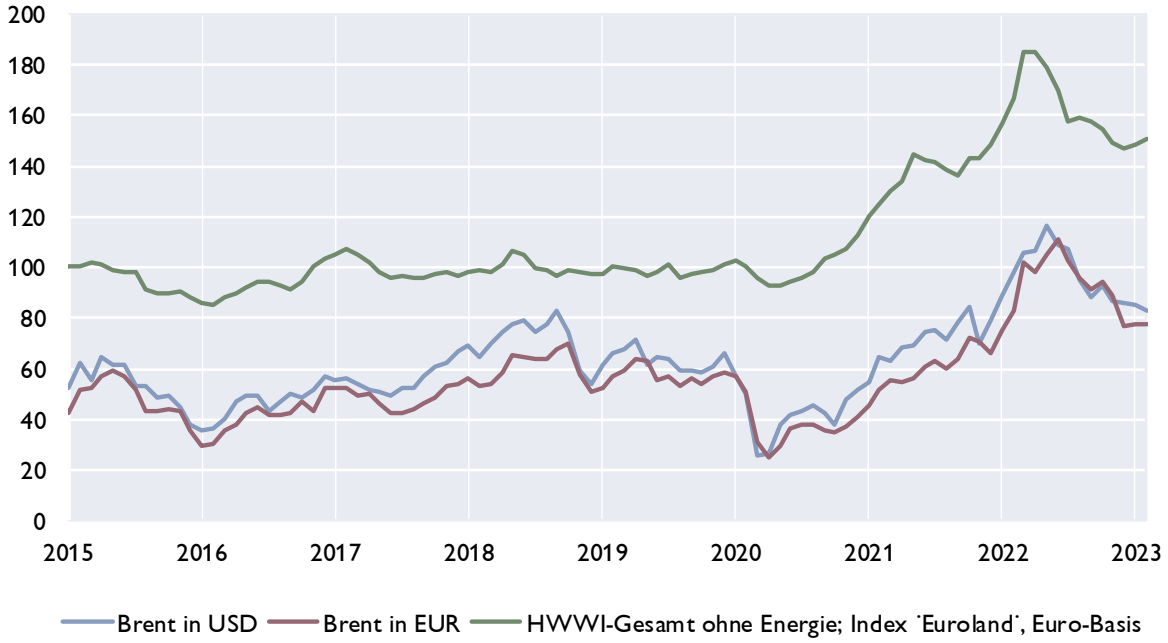
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2015=100



Quelle: Macrobond.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem				OECD			IWF			EU-Kommission*)		
	Dezember 2022				November 2022			Update Jänner 2023/Oktober 2022			Februar 2023/November 2022		
	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2022	2023	2024	2022	2023	2024
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real	3,4	0,5	1,9	1,8	3,3	0,5	1,4	3,5	0,7	1,6	**3,5**	**0,9**	**1,5**
Privater Konsum, real	4,0	0,7	1,5	1,5	3,7	0,3	1,0	3,8	0,8	×	3,7	0,1	1,5
Öffentlicher Konsum, real	1,0	−1,0	1,1	1,3	1,7	0,3	0,6	1,8	0,2	×	1,4	0,3	0,8
Bruttoanlageinvestitionen, real	3,1	0,7	2,2	2,8	2,6	1,1	2,0	3,4	1,6	×	2,8	0,5	2,3
Exporte, real	7,5	2,9	3,8	3,4	×	×	×	×	×	×	6,6	2,0	3,4
Importe, real	7,9	3,1	3,3	3,4	×	×	×	×	×	×	6,8	1,9	3,5
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP Deflator	×	×	×	×	4,5	5,5	3,1	4,3	4,4	×	4,6	5,3	3,4
HVPI	8,4	6,3	3,4	2,3	8,3	6,8	3,4	8,3	5,7	3,3	**8,4**	**5,6**	**2,5**
Lohnstückkosten	3,2	5,0	3,1	2,6	×	×	×	2,9	2,9	×	3,0	4,8	2,7
	Veränderung zum Vorjahr in %												
Beschäftigte	2,1	0,4	0,5	0,5	×	×	×	1,9	0,1	×	1,8	0,1	0,5
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition												
Arbeitslosenquote	6,7	6,9	6,8	6,6	6,8	7,1	7,1	6,8	7,0	×	6,8	7,2	7,0
	in % des nominellen BIP												
Leistungsbilanz	−1,0	−1,4	−1,0	−0,8	1,4	1,4	1,7	1,0	1,4	×	1,5	1,9	2,4
Öffentliches Defizit	−3,5	−3,7	−2,7	−2,6	−3,7	−3,8	−3,1	−3,8	−3,3	×	−3,5	−3,7	−3,3
	Prognoseannahmen												
Erdölpreis in USD/Barrel	104,6	86,4	79,7	76,0	102,6	95,0	95,0	98,2	81,1	75,4	**100,7**	**84,8**	**79,9**
Kurzfristiger Zinssatz in %	0,4	2,9	2,7	2,5	0,5	3,8	3,9	−0,2	0,8	×	**0,3**	**3,1**	**2,8**
USD/EUR	1,05	1,03	1,03	1,03	1,04	0,98	0,98	1,06	1,03	×	**1,04**	**1,08**	**1,09**
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real USA	×	×	×	×	1,8	0,5	1,0	2,0	1,4	1,0	**1,8**	**0,7**	**1,7**
BIP, real Welt[1]	3,3	2,6	3,1	3,3	3,1	2,2	2,7	3,4	2,9	3,1	3,1	3,0	3,3
Welthandel[1]	5,6	1,9	3,3	3,3	5,4	2,9	3,8	5,4	2,4	3,4	**4,4**	**2,4**	**3,6**

[1] *EZB und EK: BIP real Welt (ohne EA), Welthandel (ohne EA, Weltimporte).*

**) EK: fett unterlegte Werte Winterprognose Feb.2023; restliche Daten vom Nov.2022.*

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2021	2022	2022 Q1	2022 Q2	2022 Q3	2022 Q4	2023 Q1	2022 Nov	2022 Dez	2023 Jän	2023 Feb
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	2,6	8,4	6,1	8,0	9,3	10,0	..	10,1	9,2	8,6	8,5*)
Kerninflation	1,5	3,9	2,7	3,7	4,4	5,1	..	5,0	5,2	5,3	5,6*)
BIP-Deflator des privaten Konsums	2,3	6,9	4,9	6,4	7,5	8,8	..	×	×	×	×
Lohnstückkosten (nominell)	-0,2	3,3	1,9	2,8	3,2	5,1	..	×	×	×	×
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	3,8	4,5	4,4	4,5	3,9	5,2	..	×	×	×	×
Arbeitsproduktivität (nominell)	3,9	1,2	2,5	1,6	0,7	0,1	..	×	×	×	×
Produzentenpreis (Industrie)	12,3	34,3	33,1	36,5	41,2	27,3	..	27,0	24,6	15,0	..
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	137,6	164,0	170,1	177,5	158,3	150,3	..	149,5	147,0	148,8	150,8
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	59,9	93,8	86,7	104,7	96,8	86,9	..	89,1	77,0	77,9	77,9
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	70,8	98,7	97,6	111,5	97,4	88,5	..	90,9	81,6	84,1	83,4
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	5,3	3,5	0,6	0,9	0,4	0,0	..	×	×	×	×
Privater Konsum	3,7	4,3	0,1	1,1	0,9	-0,9	..	×	×	×	×
Öffentlicher Konsum	4,3	1,1	0,1	-0,1	-0,2	0,7	..	×	×	×	×
Bruttoanlageinvestitionen	3,8	3,7	-0,7	0,9	3,9	-3,6	..	×	×	×	×
	Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)										
Binnennachfrage (ohne Lager)	3,7	3,3	-0,1	0,7	1,3	-1,1	..	×	×	×	×
Nettoexporte	1,3	-0,1	0,9	0,0	-1,1	1,0	..	×	×	×	×
Veränderung der Lagerhaltung	0,3	0,3	-0,2	0,2	0,2	0,1	..	×	×	×	×
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)										
Handelsbilanz	116,4	-314,7	-55,4	-89,3	-122,2	-47,9	..	-11,6	-8,8	..	..
Leistungsbilanz	281,8	-105,9	11,2	-39,2	-105,9	28,0	..	12,8	15,9	..	..
Leistungsbilanz in % des BIP	2,3	-0,8	0,3	-1,2	-3,2	0,8	..	×	×	×	×
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	110,7	101,8	111,2	103,8	96,9	95,3	..	95,1	97,1	99,8	99,7
Industrievertrauen (Saldo)	9,4	4,8	11,9	6,5	1,5	-0,8	..	-1,3	-0,6	1,2	0,5
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	60,2	52,1	57,8	54,1	49,3	47,1	..	47,1	47,8	48,8	48,5
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	97,3	90,4	95,1	92,5	87,5	86,5	..	86,4	88,6	90,1	91,1
Ind. Produktion o. Bau (Ver. z. VJP in %)	8,0	0,7	-0,1	0,4	1,6	1,0	..	2,3	-1,9	..	..
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-7,5	-21,9	-13,7	-22,6	-27,0	-24,4	..	-23,7	-22,0	-20,7	-19,0
Einzelhandelsumsätze (Ver. z. VJP in %)	5,1	0,8	5,9	1,1	-0,7	-2,7	..	-2,6	-2,8	-2,4	..
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	81,4	82,2	82,4	82,5	82,3	81,4	80,9	×	×	×	×
	Arbeitsmarktentwicklung										
Arbeitslose in % der Beschäftigten[1]	7,7	6,7	6,8	6,7	6,7	6,7	..	6,7	6,7	6,6	..
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	1,4	2,2	0,5	0,4	0,3	0,3	..	×	×	×	×
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3	6,9	4,1	6,3	5,8	6,3	4,1	..	4,8	4,1	3,5	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	×	×	×	×	×	×	×	4,7	4,1	..	..
Buchkredite an den privaten Sektor	4,3	3,8	4,4	4,5	4,3	3,8	..	3,9	3,8	3,4	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,00	2,50	0,00	0,00	1,25	2,50	..	2,00	2,50	2,50	3,00
3-Monats Zinssatz (%)	-0,55	0,35	-0,53	-0,35	0,49	1,77	..	1,83	2,06	2,34	2,64
10-Jahres Zinssatz (%)	0,20	2,04	0,84	1,96	2,32	3,04	..	2,93	3,00	3,04	3,22
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	0,75	1,69	1,37	2,31	1,84	1,27	..	1,11	0,94	0,70	0,6
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[2]	87,1	150,7	114,3	144,7	168,2	174,9	..	181,3	148,7	138,7	121,0
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	448,0	414,7	447,7	413,8	394,0	404,0	..	414,2	418,0	439,8	455,8
Wechselkurs USD je EUR	1,18	1,05	1,12	1,07	1,01	1,02	..	1,02	1,06	1,08	1,07
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[3]	99,6	95,5	96,4	95,6	94,0	95,9	..	95,9	97,0	..	..
real effektiver Wechselkurs des EUR[3]	93,4	..	91,4	90,3	89,2	..	..	92,4	..	..	..
	Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP										
Budgetsalden	-5,1	-3,5	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Staatsschuldenquoten	97,2	93,7	×	×	×	×	×	×	×	×	×

Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Macrobond, HWWI, Markit, ifo. **) Schnellschätzung.*

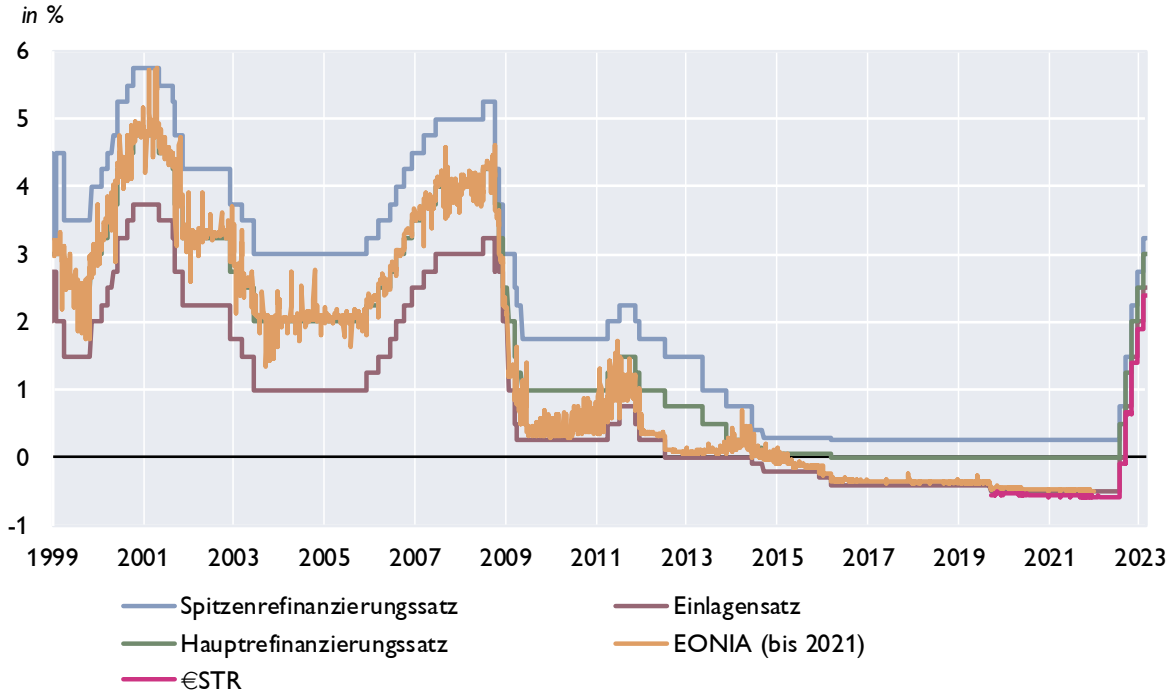
[1] *ILO-Definition.*

[2] *Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch).*

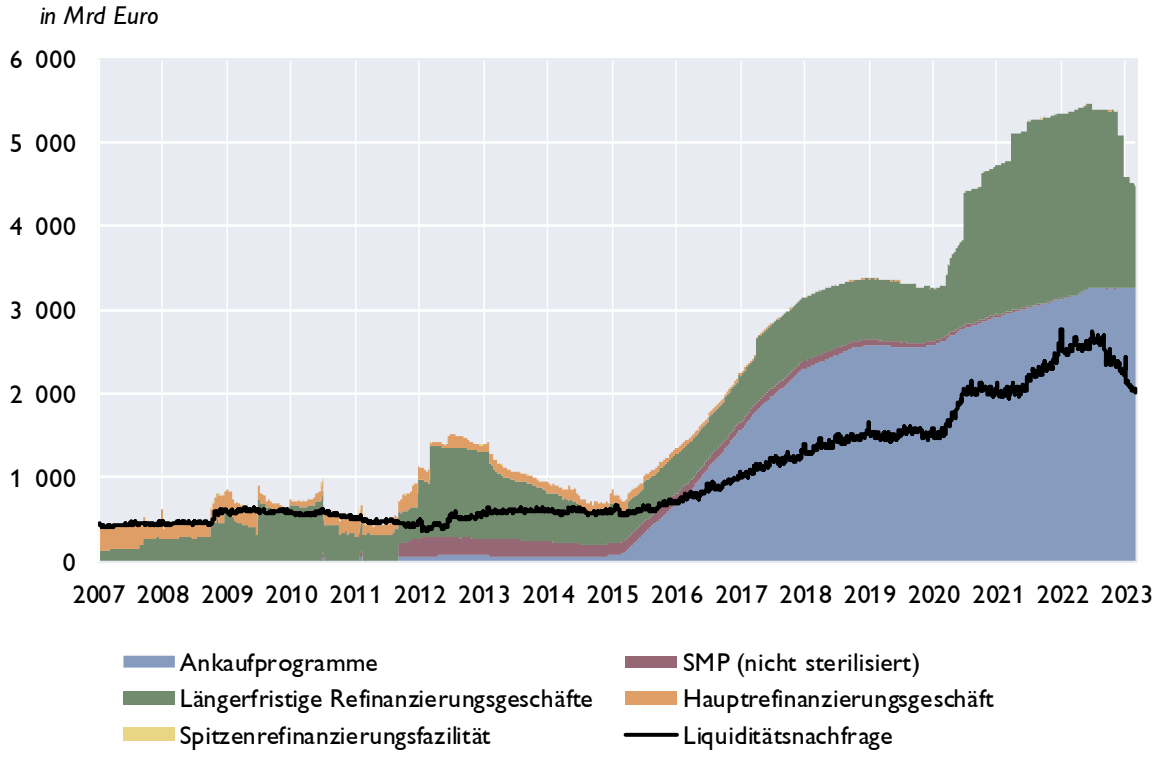
[3] *Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100).*

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

EZB-Leitzinssätze und Euro-Tagesgeldzinsen



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

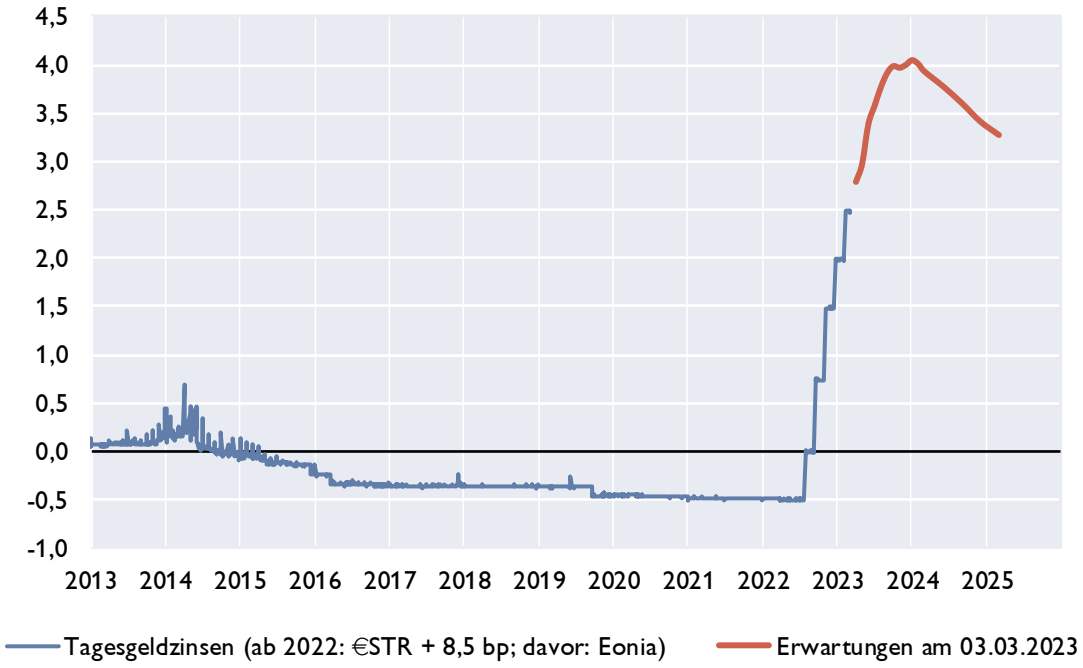


Quelle: EZB, OeNB, Macrobond.

Euroraum: Zinserwartungen

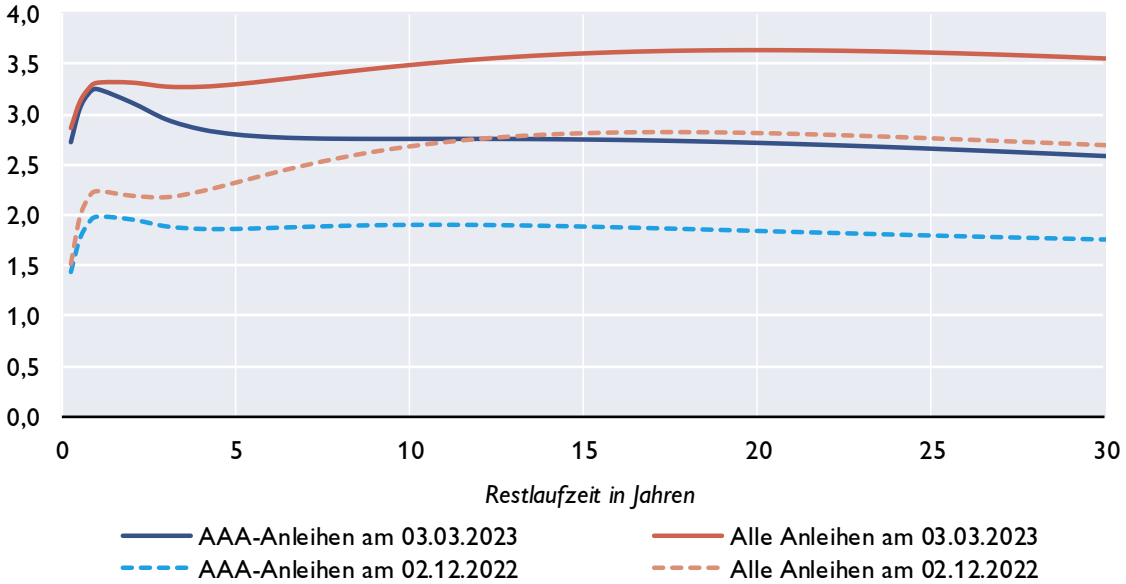
Markterwartungen über den Verlauf der Euro-Tagesgeldzinsen

berechnet aus Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für Staatsanleihen im Euroraum

in %

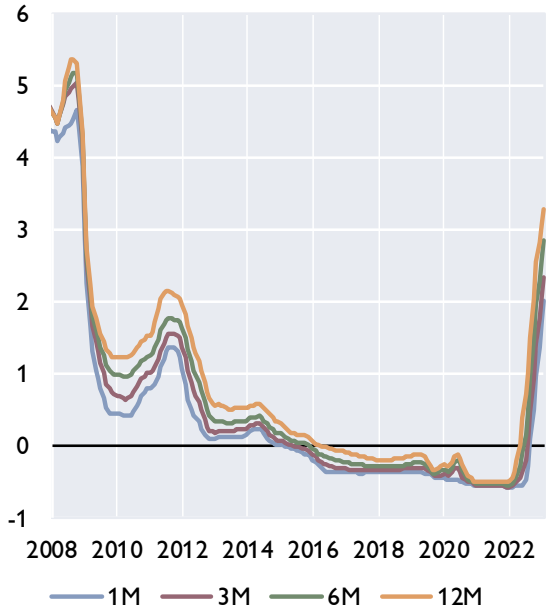


Quelle: EZB, Macrobond, eigene Berechnungen.

Euroraum: Geldmarktzinsen und Renditen von Staatsanleihen

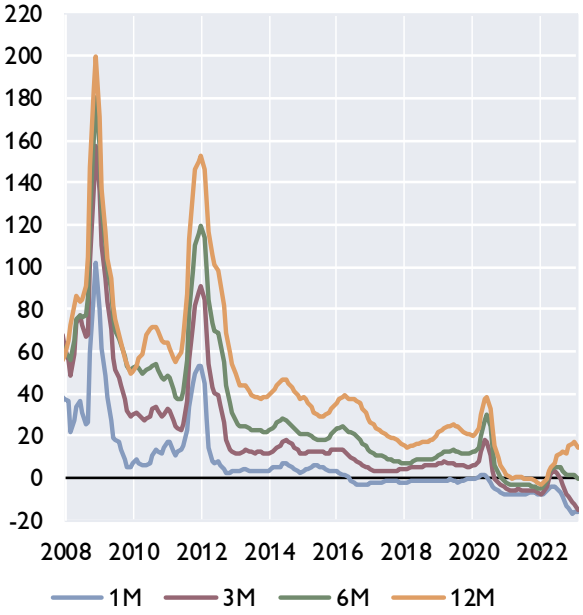
Euribor-Sätze

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



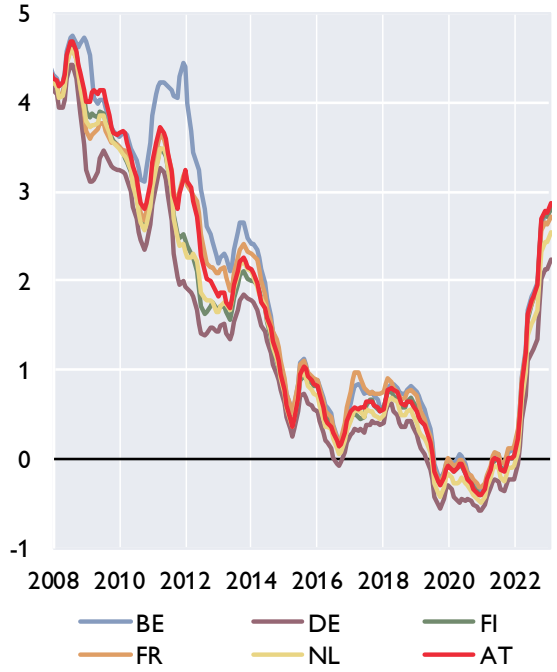
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus Overnight Index Swap in Basispunkten, Durchschnitt der letzten drei Monate



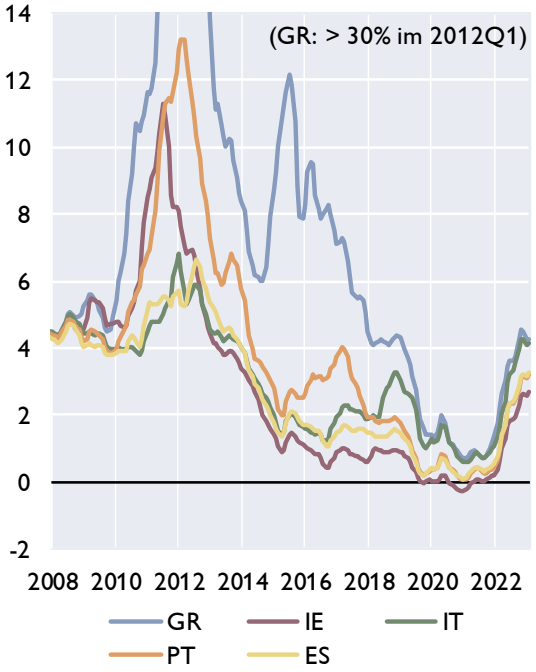
Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, Niedrigzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, (ehemalige) Hochzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate

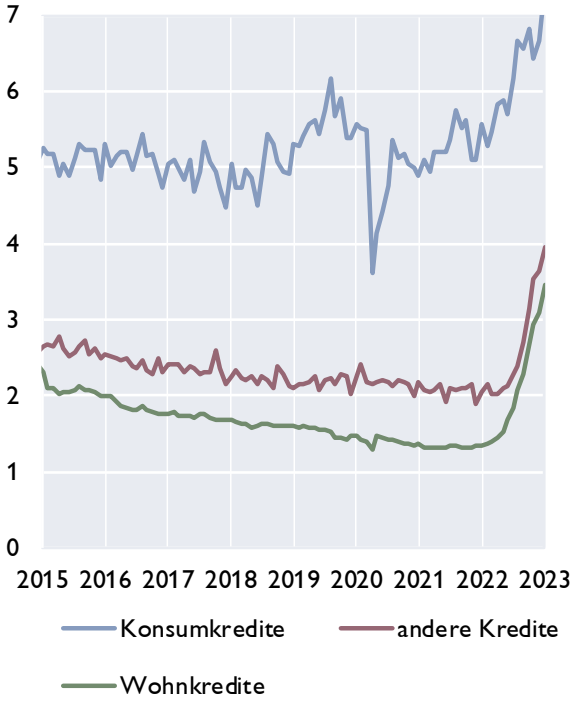


Quelle: EZB, Macrobond.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

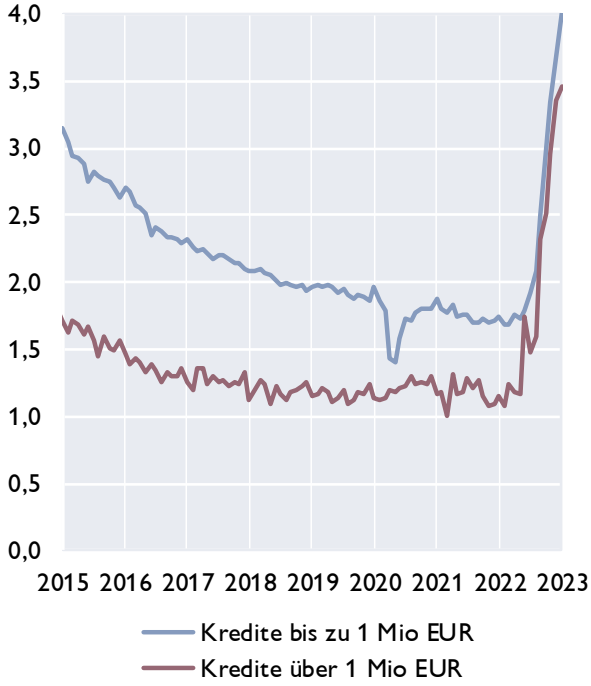
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



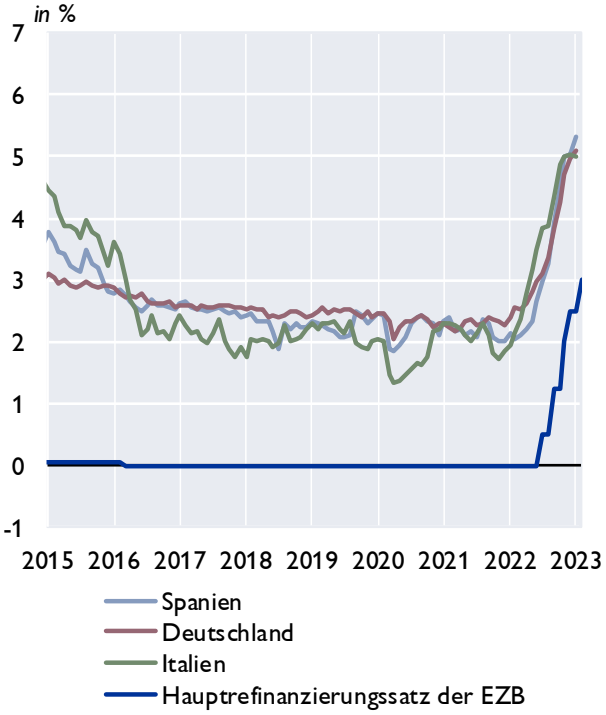
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



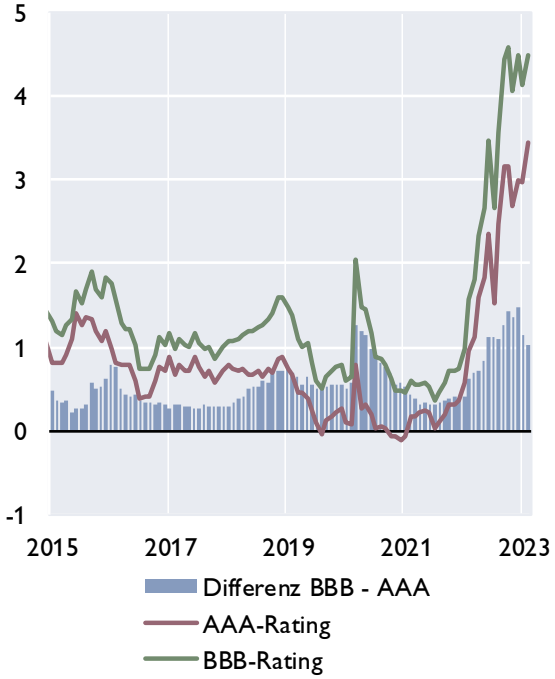
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Anleihen nicht-finanzieller Unternehmen

in %

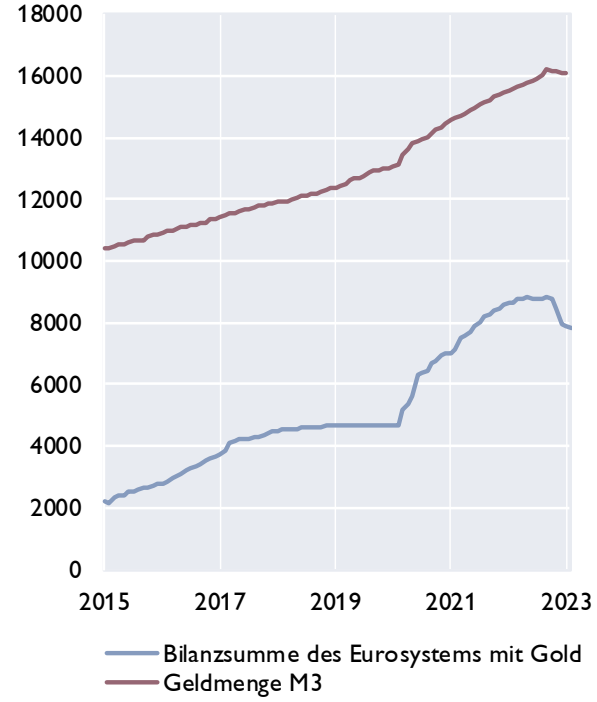


Quelle: Macrobond, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

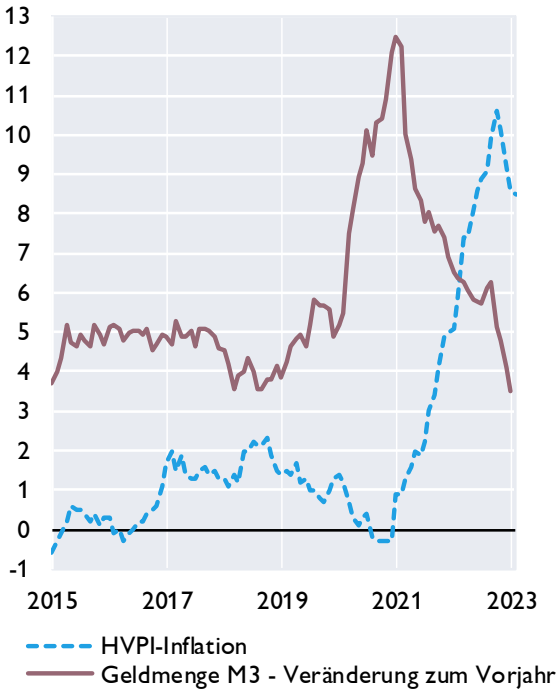
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3

in Mrd EUR



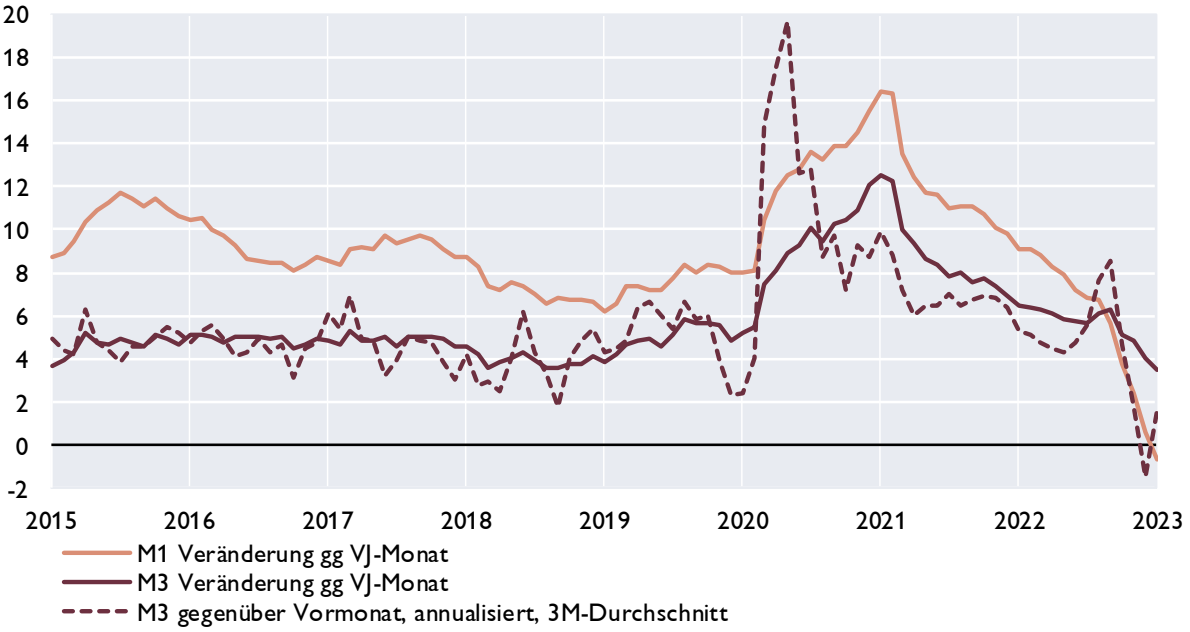
Geldmenge M3 und Inflation

in %



Geldmenge M1 und M3

in %



Quelle: EZB, Eurostat, Macrobond.

Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

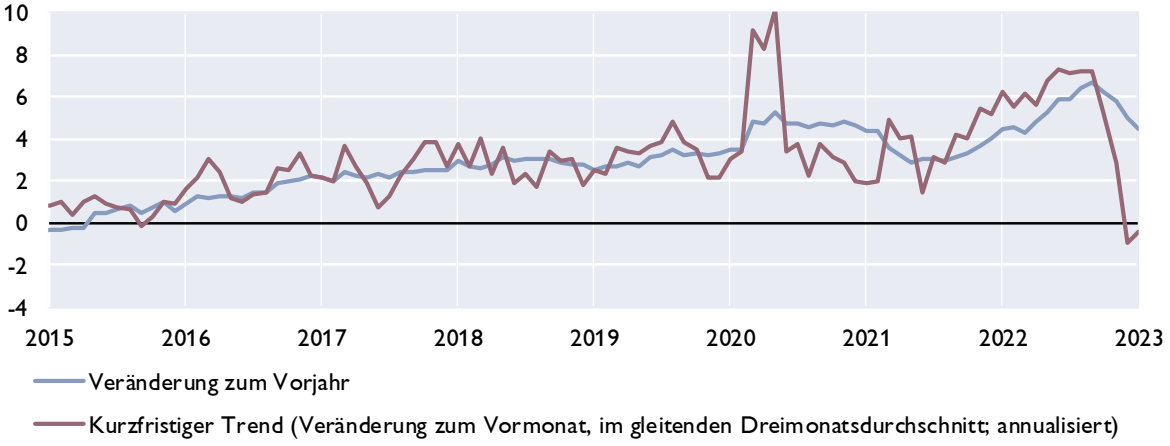
Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2021	2022	Aug.22	Sep.22	Okt.22	Nov.22	Dez.22	Jän.23
Aktiva	Kredite	6,1	3,8	5,6	5,5	5,0	4,7	3,8	3,1
	Kredite an öffentliche Haushalte	11,3	2,8	5,6	5,0	4,6	3,7	2,8	1,4
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	3,9	4,3	5,6	5,7	5,2	5,1	4,3	3,8
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor [1)]	*4,0*	*5,0*	*6,4*	*6,7*	*6,2*	*5,8*	*5,0*	*4,5*
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	6,5	−0,9	3,0	1,2	0,5	−0,3	−0,9	−1,1
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	10,7	0,1	7,0	4,8	3,8	2,0	0,1	−0,1
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	−0,5	0,7	−0,1	−0,1	−0,4	0,2	0,7	1,5

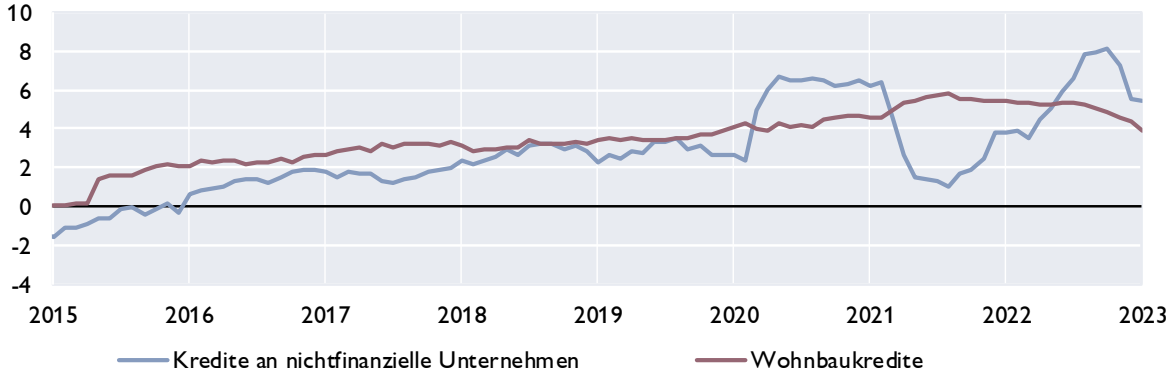
Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1]

in %



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



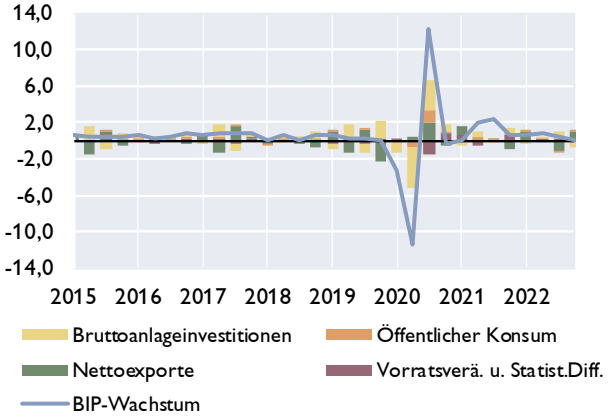
Quelle: EZB.

[1] *Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.*

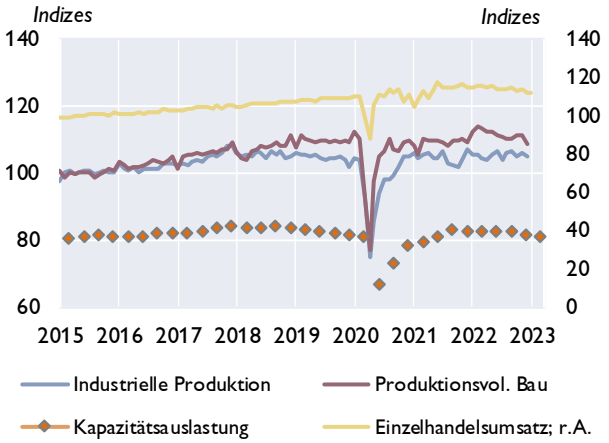
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

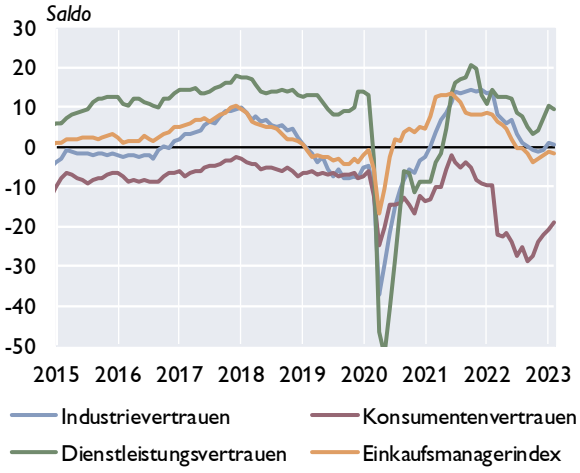
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



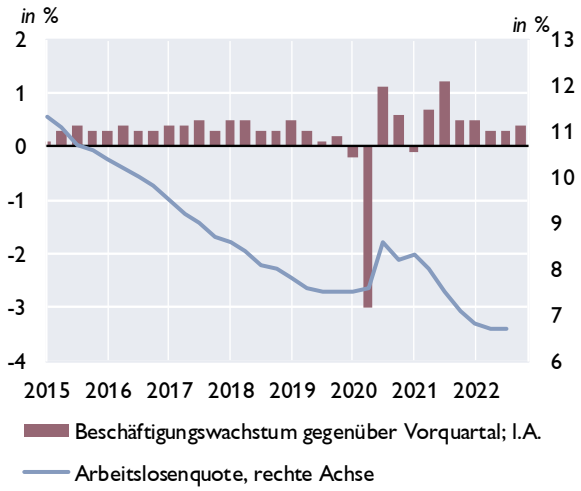
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2020	2021	2022	4Q21	1Q22	2Q22	3Q22	4Q22
Leistungsbilanz	188,7	288,7	−93,1	42,2	−4,7	−50,9	−74,4	36,9
Güter	342,0	290,3	−56,1	37,8	−2,1	−22,6	−50,8	19,3
Dienstleistungen	−15,6	91,8	116,4	18,3	28,1	43,0	15,6	29,7
Einkommen	20,1	65,8	7,8	26,3	12,3	−34,8	3,0	27,3
Laufende Transfers	−157,8	−159,2	−161,3	−40,2	−43,1	−36,6	−42,2	−39,4
Vermögensübertragungen	3,4	45,8	128,0	13,4	7,8	104,1	3,2	12,9
Kapitalbilanz	182,7	313,9	22,0	26,5	−6,5	24,7	−50,2	53,9
Direktinvestitionen	−197,5	294,7	141,6	59,0	14,2	112,3	−18,0	33,0
Portfolioinvestitionen	530,1	317,2	−242,0	82,6	−48,3	−41,3	−178,4	26,0
Finanzderivate	18,9	68,6	69,5	40,2	−1,6	28,9	44,1	−2,0
Sonstige Investiitionen	−181,9	−496,6	35,2	−158,3	30,1	−77,6	94,7	−12,0
Währungsreserven	13,2	130,1	17,7	2,9	−0,9	2,3	7,4	8,9
Statistische Differenz	−9,4	−20,6	−12,8	−29,1	−9,5	−28,4	21,1	4,1
Leistungsbilanz in % des BIP[1]	1,6	2,3	..	1,0	0,3	−1,2	−3,2	0,8

[1] *Quartale: Saisonbereinigte Daten.*

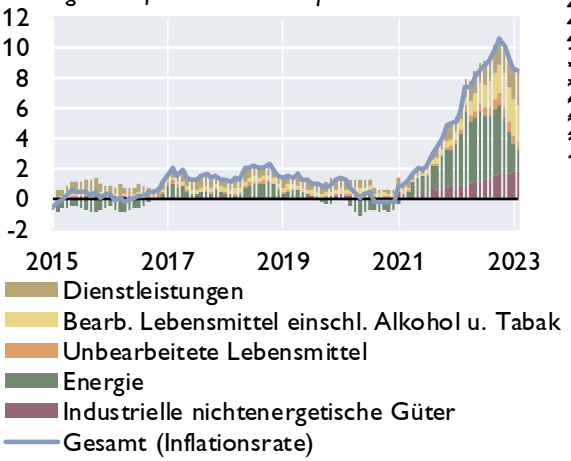
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2023	2021	2022	Nov.22	Dez.22	Jän.23	Feb.23
COICOP[1]-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	Veränderung zum Vorjahr in %					
Gesamt-HVPI	100,0	2,6	8,4	10,1	9,2	8,6	8,5 *)
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	16,1	1,3	10,5	16,0	16,0	16,3	..
Alkoholische Getränke und Tabak	3,8	2,5	3,4	4,6	5,2	5,6	..
Bekleidung und Schuhe	5,2	0,9	2,1	3,4	3,7	4,9	..
Wohnung, Wasser, Energie	15,2	4,6	17,6	20,6	16,3	11,9	..
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,8	1,5	6,4	8,6	9,1	9,1	..
Gesundheitspflege	4,9	0,4	1,3	1,7	1,8	2,5	..
Verkehr	15,0	6,3	11,2	8,7	6,9	7,2	..
Nachrichtenübermittlung	2,7	−0,4	−0,6	−1,0	−0,9	−0,2	..
Freizeit und Kultur	8,9	1,3	4,1	4,7	5,5	4,2	..
Bildungswesen	1,0	−0,3	0,7	4,1	4,1	4,2	..
Hotels, Cafes und Restaurants	10,5	1,6	7,0	8,1	8,3	8,2	..
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	9,9	1,9	3,0	4,1	4,2	5,1	..

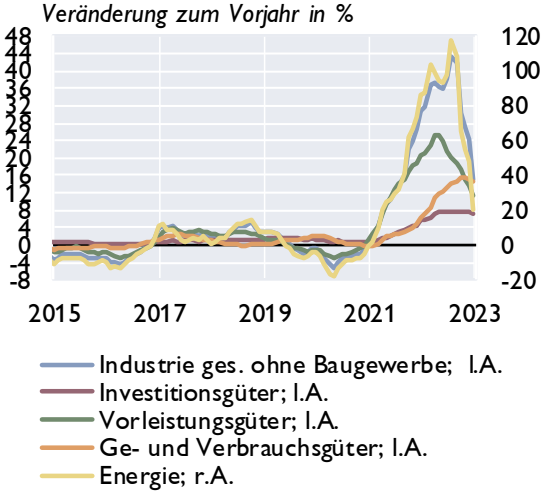
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



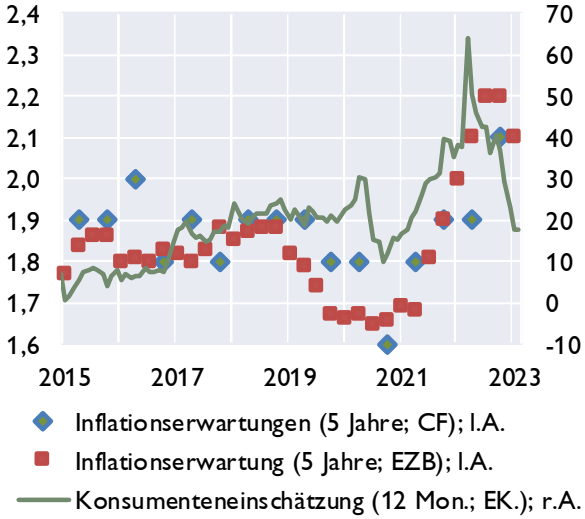
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



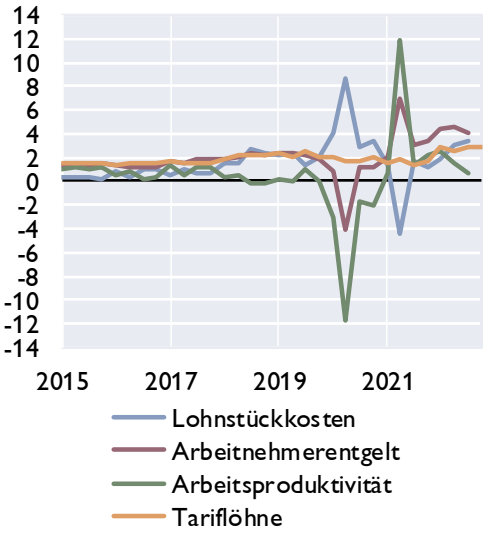
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % *Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %



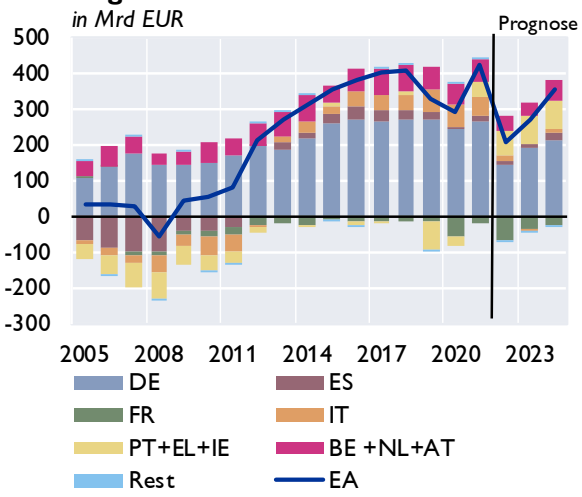
Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

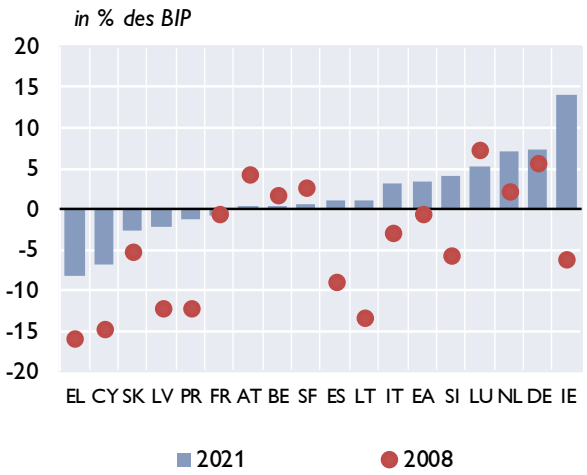
[1] *Classification of Individual Consumption by Purpose*

*) *Schnellschätzung.*

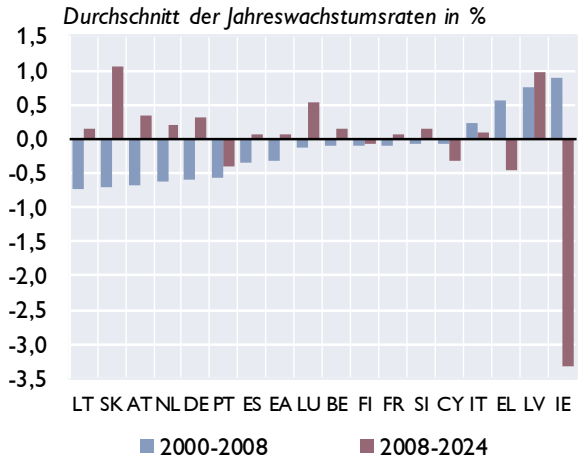
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden[1]

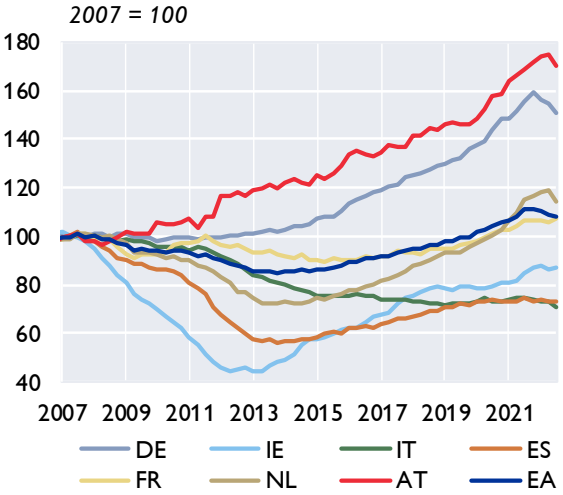




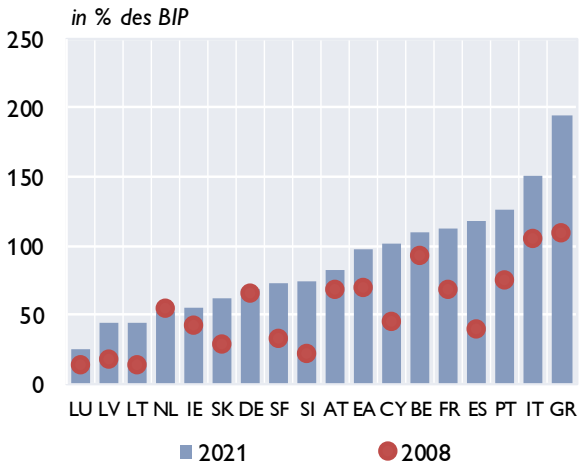
Lohnstückkosten[1]



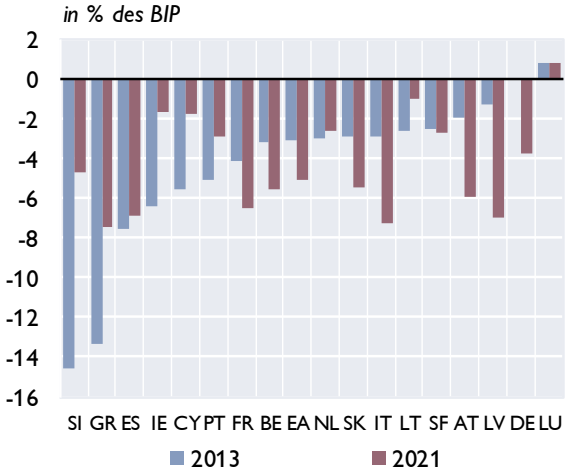
Immobilienpreisindizes



Verschuldung des Gesamtstaates



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates



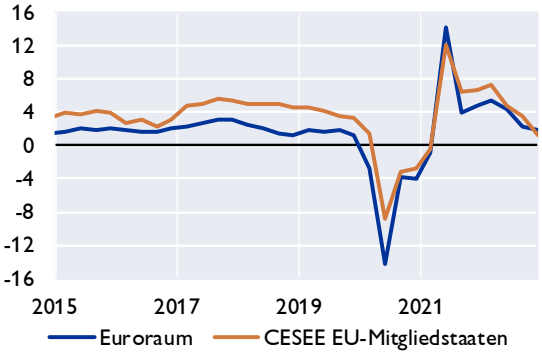
Quelle: Europäische Kommission, Macrobond. - [1] Prognose: EK-Prognose November 2022.

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

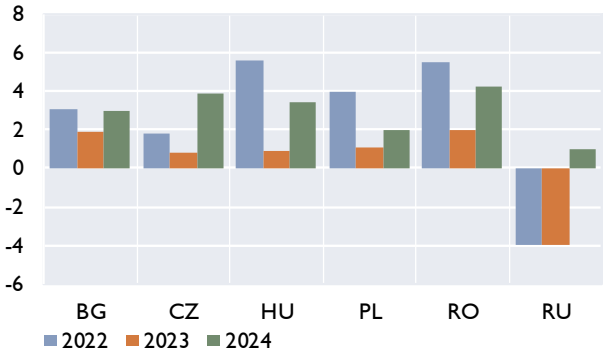
Reales BIP-Wachstum

in % gegenüber der Vorjahresperiode



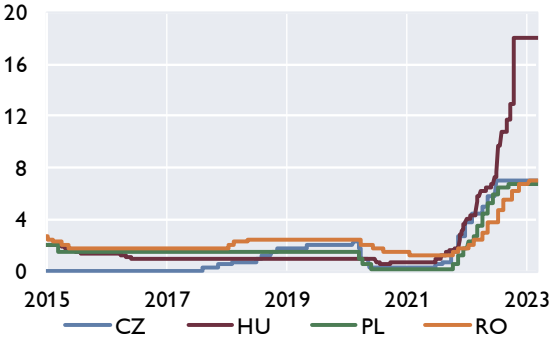
OeNB-BOFIT[1] Prognose Oktober 2022

reales BIP-Wachstum in %



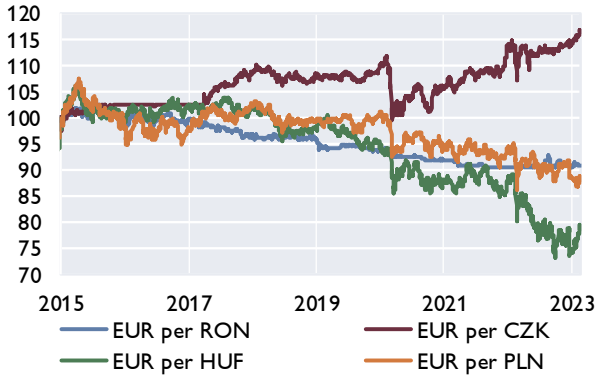
Leitzinsen

in %



Wechselkursentwicklung

Jan. 2015=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT		EU-Kommission		IWF		wiiw	
	Oktober 2022		Februar 2023		Oktober 2022		Oktober 2022	
	2023	2024	2023	2024	2023	2024	2023	2024
Bulgarien	1,9	3,0	1,4	2,5	3,0	4,1	1,5	3,0
Estland	×	×	0,1	2,8	1,8	3,8	1,4	3,1
Kroatien	×	×	1,2	1,9	3,5	3,0	2,5	3,1
Lettland	×	×	0,1	2,7	1,6	3,4	0,6	2,3
Litauen	×	×	0,3	2,5	1,1	2,8	0,9	2,6
Polen	1,1	2,0	0,4	2,5	0,5	3,1	1,7	2,4
Rumänien	2,0	4,2	2,5	3,0	3,1	3,8	2,2	3,5
Russland	−4,0	1,0	×	×	−2,3	1,5	−3,0	1,0
Slowakei	×	×	1,5	2,0	1,5	3,4	0,6	2,4
Slowenien	×	×	1,0	2,0	1,7	3,0	1,9	2,7
Tschechische Republik	0,8	3,9	0,1	1,9	1,5	3,9	1,0	2,8
Ungarn	0,9	3,4	0,6	2,6	1,8	2,8	−1,2	1,7

[1] *Bank of Finland Institute for Economies in Transition.*

Quelle: Eurostat, OeNB, Macrobond, Europäische Kommission, IWF, wiiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

	2022	2023	2024	4Q21	1Q22	2Q22	3Q22	4Q22
		Prognose[1]						
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	3,1	0,8	1,6	6,1	5,3	4,1	1,9	1,4
Deutschland	1,8	0,2	1,3	1,2	3,5	1,7	1,4	0,9
Estland	−1,3	0,1	2,8	6,7	3,3	−0,6	−2,4	−4,4
Irland	12,0	4,9	4,1	14,0	11,9	12,3	11,3	13,1
Griechenland	5,9	1,2	2,2	8,6	7,5	7,3	4,4	5,2
Spanien	5,5	1,4	2,0	6,6	6,9	7,8	4,8	2,7
Frankreich	2,6	0,6	1,4	5,1	4,8	4,2	1,0	0,5
Kroatien	6,3	1,2	1,9	12,5	7,5	8,4	5,4	4,2
Italien	3,7	0,8	1,0	6,9	6,5	5,1	2,5	1,4
Zypern	5,6	1,6	2,1	6,6	6,7	6,1	5,3	4,5
Lettland	2,0	0,1	2,7	2,4	5,0	2,4	0,3	0,5
Litauen	1,9	0,3	2,5	6,2	4,5	2,2	1,4	−0,4
Luxemburg	..	1,7	2,4	4,1	2,8	1,7	3,0	..
Malta	6,9	3,1	3,7	13,4	8,2	9,4	5,3	4,7
Niederlande	4,5	0,9	1,3	6,2	6,5	5,2	3,2	3,3
Österreich	5,0	0,5	1,4	6,4	8,6	6,5	2,2	3,0
Portugal	6,7	1,0	1,8	6,6	11,9	7,4	4,8	3,2
Slowenien	5,4	1,0	2,0	10,3	9,6	8,3	3,9	1,3
Slowakische Republik	1,7	1,5	2,0	1,1	2,9	1,3	1,3	1,2
Finnland	2,0	0,2	1,4	3,2	3,5	2,7	1,6	0,1
Euroraum	3,5	0,3	1,5	4,8	5,5	4,4	2,4	1,8
Bulgarien	..	1,4	2,5	7,6	5,2	4,6	3,3	..
Tschechische Republik	2,4	0,1	1,9	3,5	4,7	3,5	1,5	0,2
Dänemark	3,6	0,1	1,6	6,6	5,1	4,4	3,7	1,5
Ungarn	4,6	0,6	2,6	7,5	7,9	6,1	3,7	0,8
Polen	4,9	0,4	2,5	8,7	10,5	5,6	4,5	0,4
Rumänien	..	2,5	3,0	4,6	4,3	3,8	4,4	5,0
Schweden	2,6	−0,8	1,2	6,4	4,6	4,0	2,5	−0,1
EU	3,5	0,8	1,6	5,1	5,7	4,4	2,6	1,7
Türkei	..	3,5	3,0	9,2	7,0	6,9	4,0	..
Vereinigtes Königreich	4,0	−0,9	0,9	8,9	10,5	3,9	1,9	0,4
USA	2,1	0,7	1,7	5,7	3,7	1,8	1,9	0,9
Japan	1,0	1,6	1,2	0,9	0,6	1,4	1,5	0,6
Schweiz	2,1	1,2	2,0	3,8	4,3	2,5	1,0	0,8
Russland	..	−3,2	0,9	5,0	3,5	−4,1	−3,7	..
Brasilien	2,9	0,8	1,0	2,1	2,4	3,7	3,6	1,9
China	3,0	4,5	4,7	4,3	4,8	0,4	3,9	2,9
Indien	6,7	6,0	6,3	5,2	4,0	13,2	6,3	4,4

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, EK, Macrobond.

[1] EK-Prognose: Februar 2023 und November 2022.

Entwicklung der Verbraucherpreise[1]

	2022	Prognose[2] 2023	2024	Okt.22	Nov.22	Dez.22	Jän.23	Feb.23
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	10,3	4,3	2,7	13,1	10,5	10,2	7,4	5,5
Deutschland	8,7	6,3	2,4	11,6	11,3	9,6	9,2	9,3
Estland	19,4	6,2	2,2	22,5	21,4	17,5	18,6	17,8
Irland	8,1	4,4	2,1	9,4	9,0	8,2	7,5	8,0
Griechenland	9,3	4,5	2,4	9,5	8,8	7,6	7,3	6,5
Spanien	8,3	4,4	2,3	7,3	6,7	5,5	5,9	6,1
Frankreich	5,9	5,2	2,5	7,1	7,1	6,7	7,0	7,2
Kroatien	10,7	6,5	1,6	12,7	13,0	12,7	12,5	11,7
Italien	8,7	6,1	2,6	12,6	12,6	12,3	10,7	9,9
Zypern	8,1	4,0	2,5	8,6	8,1	7,6	6,8	6,7
Lettland	17,2	7,9	1,5	21,7	21,7	20,7	21,4	20,1
Litauen	18,9	8,7	2,1	22,1	21,4	20,0	18,5	17,2
Luxemburg	8,2	3,1	2,7	8,8	7,3	6,2	5,8	4,8
Malta	6,1	4,3	2,4	7,4	7,2	7,3	6,8	7,0
Niederlande	11,6	4,5	2,7	16,8	11,3	11,0	8,4	8,9
Österreich	8,6	6,6	3,6	11,6	11,2	10,5	11,5	11,0
Portugal	8,1	5,4	2,6	10,6	10,2	9,8	8,6	8,6
Slowenien	9,3	6,1	3,5	10,3	10,8	10,8	9,9	9,4
Slowakische Republik	12,1	9,7	5,3	14,5	15,1	15,0	15,1	15,5
Finnland	7,2	4,2	2,0	8,4	9,1	8,8	7,9	7,9
Euroraum	8,4	6,1	2,7	10,6	10,1	9,2	8,6	8,5 *)
Bulgarien	13,0	7,8	4,0	14,8	14,3	14,3	14,1	..
Tschechische Republik	14,8	9,3	3,5	15,5	17,2	16,8	19,1	..
Dänemark	8,5	4,4	2,5	11,4	9,7	9,6	8,4	..
Ungarn	15,3	16,4	4,0	21,9	23,1	25,0	26,2	..
Polen	13,2	11,7	4,4	16,4	16,1	15,3	15,9	..
Rumänien	12,0	9,7	5,5	13,5	14,6	14,1	13,4	..
Schweden	8,1	6,3	1,8	9,8	10,1	10,8	9,6	..
EU	9,2	6,4	2,8	11,5	11,1	10,4	10,0	..
Türkei	72,3	54,1	40,4	85,4	84,4	64,3	57,7	..
Vereinigtes Königreich	9,1	7,5	2,9	11,1	10,7	10,5	10,1	..
USA	8,0	3,4	2,3	7,8	7,1	6,4	6,3	..
Japan	2,5	3,1	1,8	3,7	3,8	4,0	4,3	..
Schweiz	2,7	2,5	2,0	2,9	2,9	2,7	3,2	..
Russland	13,8	7,1	4,7	2,7	4,3	9,8	10,9	..
Brasilien	9,3	4,7	3,9	6,5	5,9	5,8	5,8	..
China[3]	2,0	2,5	3,0	2,1	1,6	1,8	2,1	..
Indien	5,9	5,1	4,4	6,1	5,4	5,5	6,2	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter.

[1] *EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.*

[2] *EK-Prognose: Februar 2023 und November 2022; Brasilien u. Indien: IWF WEO Update Oktober 2022.*

[3] *China Prognose: GDP-Deflator.*

Arbeitslosenquoten[1]

	2022	Prognose[2] 2023	2024	Sep.22	Okt.22	Nov.22	Dez.22	Jän.23
	in %							
Belgien	5,6	6,4	6,3	5,4	5,6	5,7	5,8	5,8
Deutschland	3,1	3,5	3,5	3,1	3,1	3,0	3,0	3,0
Estland	5,6	6,6	6,2	5,2	5,4	5,6	5,5	5,2
Irland	4,5	4,8	5,0	4,4	4,5	4,5	4,4	4,4
Griechenland	12,4	12,6	12,1	11,9	11,5	11,4	12,4	10,8
Spanien	12,9	12,7	12,6	12,9	12,9	13,0	13,0	13,0
Frankreich	7,3	8,1	7,7	7,1	7,2	7,1	7,2	7,1
Kroatien	6,8	6,3	5,9	6,8	6,8	6,8	6,7	6,5
Italien	8,1	8,7	8,5	7,9	7,9	7,8	7,8	7,9
Zypern	6,8	7,2	6,9	6,8	6,9	7,3	7,4	7,4
Lettland	6,8	8,1	7,9	7,0	6,9	6,9	6,8	6,8
Litauen	6,0	7,1	7,0	6,1	6,1	6,1	6,1	6,4
Luxemburg	4,5	5,1	4,9	4,6	4,7	4,7	4,7	4,8
Malta	3,0	3,1	3,0	2,9	2,9	2,9	2,9	3,0
Niederlande	3,5	4,3	4,3	3,8	3,7	3,6	3,5	3,6
Österreich	4,8	5,2	5,3	5,2	4,6	5,5	4,9	5,1
Portugal	6,0	5,9	5,7	6,0	6,0	6,5	6,8	7,1
Slowenien	4,0	4,3	4,1	3,8	3,7	3,6	3,4	3,2
Slowakische Republik	6,2	6,4	6,4	6,0	6,0	6,1	6,1	6,0
Finnland	6,8	7,2	6,9	7,3	6,4	6,7	7,3	7,1
Euroraum	6,7	7,2	7,0	6,7	6,6	6,7	6,7	6,6
Bulgarien	4,3	5,2	5,3	4,0	4,0	3,9	4,0	3,8
Tschechische Republik	2,4	3,3	3,6	2,3	2,2	2,7	2,3	2,5
Dänemark	4,5	5,5	5,6	4,6	4,5	4,7	4,7	4,4
Ungarn	3,6	4,2	4,2	3,7	3,7	3,7	3,7	3,8
Polen	2,9	3,0	3,1	3,0	3,0	2,9	2,9	2,8
Rumänien	5,6	5,8	5,4	5,5	5,7	5,7	5,6	5,6
Schweden	7,5	7,6	7,8	7,1	7,7	7,2	7,4	7,3
EU	6,1	6,5	6,4	6,1	6,1	6,1	6,1	6,1
Türkei	10,5	10,6	10,6	10,1	10,2	10,2	10,3	..
Vereinigtes Königreich	..	4,4	4,8	3,7	3,7	3,7	..	..
USA	3,6	4,1	4,4	3,5	3,7	3,6	3,5	3,4
Japan	2,6	2,5	2,5	2,6	2,6	2,5	2,5	2,4
Schweiz	2,2	4,8	4,5	2,1	2,1	2,0	1,9	1,9
Russland	3,9	4,5	4,6	3,9	3,9	3,7	3,7	3,6
Brasilien	9,5	9,5	9,5	8,7	8,3	8,1	7,9	..
China	5,6	4,1	3,9	5,5	5,5	5,7	5,5	5,5
Indien	7,6	x	x	6,4	7,9	8,0	8,3	7,1

Quelle: Eurostat, Macrobond, EK, IWF.

[1] *EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.*

[2] *EK-Prognose November 2022; BR, CN: IWF-Prognose Oktober 2022.*

Seite 19

Leistungsbilanzsalden

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Prognose[1] 2023	Prognose[1] 2024
	in % des BIP									
Belgien	1,4	0,6	0,7	−0,9	0,1	1,1	0,4	−2,7	−2,9	−2,6
Deutschland	8,7	8,7	8,0	8,1	7,7	7,1	7,4	3,7	4,7	5,0
Estland	1,8	1,2	2,3	0,9	2,4	−1,0	−1,8	0,4	0,7	1,1
Irland	4,4	−4,2	0,5	4,9	−19,8	−2,7	14,2	18,1	18,2	17,8
Griechenland	−1,4	−2,3	−2,1	−3,5	−2,3	−8,0	−8,2	−8,6	−8,6	−8,1
Spanien	2,0	3,2	2,8	1,9	2,1	0,6	1,0	0,9	0,8	1,2
Frankreich	−0,5	−0,6	−0,7	−0,7	−0,7	−2,5	−0,8	−2,5	−1,3	−0,8
Kroatien	2,9	2,2	3,3	1,6	2,9	−0,4	3,2	0,2	−0,6	−0,8
Italien	1,4	2,6	2,6	2,6	3,3	3,9	3,1	0,8	−0,2	0,5
Zypern	−0,3	−3,9	−5,0	−3,9	−5,5	−10,0	−6,8	−9,6	−7,3	−6,2
Lettland	−0,6	1,6	1,3	−0,2	−0,7	2,8	−2,2	−6,4	−6,8	−4,0
Litauen	−2,5	−1,1	0,5	0,3	3,5	7,3	1,1	−3,9	−2,8	−2,6
Luxemburg	−1,0	1,8	3,0	3,9	−1,4	3,1	5,3	3,5	3,0	3,9
Malta	2,7	3,7	10,9	10,7	7,6	1,4	4,9	5,1	5,5	6,0
Niederlande	5,2	7,1	8,9	9,3	6,9	5,1	7,2	5,7	5,3	6,9
Österreich	1,9	2,9	1,5	1,0	2,5	3,0	0,4	0,2	−0,0	−0,1
Portugal	−0,0	0,6	1,0	0,3	0,1	−1,2	−1,2	−1,5	−0,9	−0,8
Slowenien	3,9	4,8	6,4	6,1	6,1	7,7	4,0	−0,6	−0,5	−0,3
Slowakische Republik	−0,7	−2,1	−1,0	−0,7	−2,9	−0,2	−2,6	−6,5	−5,6	−5,3
Finnland	−0,8	−2,0	−0,8	−1,8	−0,3	0,7	0,6	−0,2	−0,3	0,1
Euroraum	3,3	3,5	3,6	3,5	2,7	2,6	3,5	1,5	1,9	2,4
Bulgarien	0,6	5,3	6,1	5,4	1,9	0,0	−0,5	−1,2	−3,0	−3,2
Tschechische Republik	−1,7	−0,3	0,8	−0,6	−0,9	0,7	−2,6	−5,8	−6,9	−5,9
Dänemark	8,2	7,8	8,0	7,3	8,5	7,9	9,0	6,7	7,4	7,8
Ungarn	1,8	4,2	1,6	−0,0	−0,9	−0,9	−4,0	−7,6	−6,3	−4,3
Polen	−0,1	−0,3	−0,3	−1,0	0,8	3,3	−0,1	−2,9	−2,5	−1,6
Rumänien	−0,3	−1,2	−3,2	−4,4	−5,2	−5,5	−6,8	−9,1	−8,8	−8,4
Schweden	3,1	2,4	2,8	2,6	5,2	5,9	5,3	3,3	3,3	4,2
EU	3,2	3,4	3,4	3,2	2,7	2,6	3,1	1,1	1,4	1,9
Türkei	−3,0	−3,1	−4,7	−4,7	−4,7	−4,7	−1,7	−5,9	−3,3	−2,6
Vereinigtes Königreich	−5,1	−5,5	−3,6	−4,1	−2,8	−3,2	−2,0	−5,6	−6,0	−5,8
USA	−2,3	−2,2	−1,9	−2,1	−2,1	−2,8	−3,7	−3,8	−3,2	−2,8
Japan	3,1	3,9	4,1	3,5	3,4	3,0	2,8	0,7	1,2	1,7
Schweiz	10,0	8,2	6,5	5,7	5,4	2,2	7,8	8,3	8,6	8,6
Russland	4,9	2,0	2,1	7,0	3,9	2,2	6,9	11,5	9,1	8,9
Brasilien	−3,0	−1,4	−1,1	−2,7	−3,5	−1,7	−1,7	−1,5	−1,6	..
China	2,8	1,8	1,5	0,2	0,7	1,7	1,8	2,5	2,1	1,7
Indien	−1,1	−0,6	−1,8	−2,1	−0,9	0,9	−1,2	−3,5	−2,9	..

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

[1] *EK-Prognose November 2022; BR, IN: IWF-Prognose Oktober 2022.*

Fiskaldaten

	Budgetsalden						Staatsschulden					
				Prognose[1]						Prognose[1]		
	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	in % des BIP											
Belgien	−1,9	−9,0	−5,6	−5,2	−5,8	−5,1	97,6	112,0	109,2	106,2	107,9	108,6
Deutschland	1,5	−4,3	−3,7	−2,3	−3,1	−2,6	58,9	68,0	68,6	67,4	66,3	65,4
Estland	0,1	−5,5	−2,4	−2,3	−3,7	−3,3	8,5	18,5	17,6	18,7	19,3	21,9
Irland	0,5	−5,0	−1,7	0,2	0,8	1,2	57,0	58,4	55,4	44,7	41,2	39,3
Griechenland	1,1	−9,9	−7,5	−4,1	−1,8	−0,8	180,6	206,3	194,5	171,1	161,9	156,9
Spanien	−3,1	−10,1	−6,9	−4,6	−4,3	−3,6	98,2	120,4	118,3	114,0	112,5	112,1
Frankreich	−3,1	−9,0	−6,5	−5,0	−5,3	−5,1	97,4	115,0	112,8	111,7	110,8	110,2
Kroatien	0,2	−7,3	−2,6	−1,6	−2,4	−2,7	71,0	87,0	78,4	70,0	67,2	68,0
Italien	−1,5	−9,5	−7,2	−5,1	−3,6	−4,2	134,1	154,9	150,3	144,6	143,6	142,6
Zypern	1,3	−5,8	−1,7	1,1	1,1	1,6	90,4	113,5	101,0	89,6	84,0	77,7
Lettland	−0,6	−4,3	−7,0	−7,1	−3,4	−1,3	36,5	42,0	43,6	42,4	44,0	43,6
Litauen	0,5	−7,0	−1,0	−1,9	−4,4	−1,8	35,8	46,3	43,7	38,0	41,0	39,9
Luxemburg	2,2	−3,4	0,8	−0,1	−1,7	−0,5	22,4	24,5	24,5	24,3	26,0	26,3
Malta	0,6	−9,4	−7,8	−6,0	−5,7	−4,4	40,7	53,3	56,3	57,4	59,9	60,6
Niederlande	1,8	−3,7	−2,6	−1,1	−4,0	−3,1	48,5	54,7	52,4	50,3	52,4	53,2
Österreich	0,6	−8,0	−5,9	−3,4	−2,8	−1,9	70,6	82,9	82,3	78,5	76,6	74,9
Portugal	0,1	−5,8	−2,9	−1,9	−1,1	−0,8	116,6	134,9	125,5	115,9	109,1	105,3
Slowenien	0,6	−7,7	−4,7	−3,6	−5,2	−2,7	65,4	79,6	74,5	69,9	69,6	68,8
Slowakische Republik	−1,2	−5,4	−5,5	−4,2	−5,8	−4,7	48,0	58,9	62,2	59,6	57,4	57,4
Finnland	−0,9	−5,5	−2,7	−1,4	−2,3	−2,3	64,9	74,8	72,4	70,7	72,0	73,3
Euroraum	−0,6	−7,0	−5,1	−3,5	−3,7	−3,3	85,8	99,0	97,2	93,7	92,5	91,6
Bulgarien	2,1	−3,8	−3,9	−3,4	−2,8	−2,5	20,0	24,5	23,9	22,5	23,6	25,6
Tschechische Republik	0,3	−5,8	−5,1	−4,3	−4,1	−3,0	30,0	37,7	42,0	42,9	44,2	44,5
Dänemark	4,1	0,2	3,6	1,8	0,5	0,4	33,7	42,2	36,6	33,7	32,8	32,1
Ungarn	−2,0	−7,5	−7,1	−6,2	−4,4	−5,2	65,3	79,3	76,8	76,4	75,2	75,1
Polen	−0,7	−6,9	−1,8	−4,8	−5,5	−5,2	45,7	57,2	53,8	51,3	52,9	54,2
Rumänien	−4,3	−9,2	−7,1	−6,5	−5,0	−4,8	35,1	46,9	48,9	47,9	47,3	47,6
Schweden	0,6	−2,8	−0,1	0,2	0,2	−0,0	35,2	39,5	36,3	32,1	29,4	28,5
EU	−0,5	−6,7	−4,6	−3,4	−3,6	−3,2	79,2	91,5	89,4	86,0	84,9	84,1
Türkei	−4,5	..	..	..	..	..	32,7	..	..	..	..	..
Vereinigtes Königreich	−2,2	−12,8	−8,0	−6,4	−4,4	−3,7	85,5	105,6	105,6	103,0	101,1	101,8
USA	−6,4	−15,2	−11,9	−5,9	−6,7	−7,1	108,5	131,8	127,0	122,8	124,7	127,0
Japan	−3,0	−9,0	−11,6	−11,8	−10,3	−9,3	236,3	259,4	262,5	263,9	258,8	255,0
Schweiz	1,3	−3,0	−0,5	−0,3	0,2	0,7	25,9	27,9	27,5	26,3	25,1	23,5
Russland	3,7	−3,8	0,8	−2,5	−3,2	−2,7	13,7	19,2	17,0	17,0	18,9	20,6
Brasilien	−5,9	−13,3	−4,4	−5,8	−7,5	..	87,9	98,7	93,0	88,2	88,9	..
China	−6,1	−9,7	−6,1	−8,9	−7,2	..	57,2	68,1	71,5	76,9	84,1	..
Indien	−7,5	−12,8	−10,0	−9,9	−9,0	..	75,1	89,2	84,2	83,4	83,8	..

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

[1] *EK-Prognose November 2022; BR, CN, IN: IWF-Prognose Oktober 2022.*

Prognosen und Konjunktureinschätzungen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

	OeNB				WIFO			IHS			OECD			IWF		EU-Kommission		
Aktuelle Prognose	Dezember 2022				Dezember 2022			Dezember 2022			November 2022			Oktober 2022		Nov. 2022 / Feb. 2023		
	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2022	2023	2024	2022	2023	2024	2022	2023	2022	2023	2024
	Veränderung zum Vorjahr in %																	
BIP, real[4]	4,9	0,6	1,7	1,6	4,7	0,3	1,8	4,8	0,4	1,2	4,5	0,1	1,2	4,7	1,0	4,8	0,5	1,4
Privater Konsum, real	4,6	0,1	2,1	1,4	3,8	1,3	1,7	4,4	0,6	1,8	3,8	0,7	1,9	×	×	4,2	−0,5	1,2
Öffentlicher Konsum, real	1,1	−0,5	0,4	0,7	2,0	1,0	0,6	2,3	−1,3	−0,7	−1,3	−3,5	−0,3	×	×	2,4	0,6	1,0
Bruttoanlageinvestitionen, real	−2,2	−1,4	1,7	2,0	−1,0	0,2	2,2	−2,5	0,7	2,0	−0,5	1,0	1,4	×	×	−0,6	1,2	1,6
Exporte, real	8,6	1,7	3,3	3,7	8,8	0,3	3,3	9,0	1,8	2,9	13,6	2,3	4,8	13,3	2,0	10,5	1,4	1,0
Importe, real	2,2	0,5	3,1	3,6	5,1	0,9	3,2	3,9	1,7	3,6	7,5	1,4	3,8	10,3	3,7	6,7	1,2	1,1
Arbeitsproduktivität[1]	2,4	0,4	0,7	0,6	0,8	−0,9	0,9	1,8	0,1	0,4	1,0	1,0	1,0	×	×	1,2	−0,2	0,3
BIP Deflator	6,7	5,8	4,0	3,6	5,0	5,2	3,9	4,7	5,6	3,0	4,3	6,0	3,0	4,9	3,1	6,1	5,8	3,7
VPI	×	×	×	×	8,5	6,5	3,2	8,5	6,7	3,5	×	×	×	×	×	×	×	×
HVPI[4]	8,6	6,5	3,6	2,9	8,6	6,6	3,0	8,5	6,7	3,5	8,5	6,7	3,6	7,7	5,1	8,6	6,6	3,6
Lohnstückkosten	1,8	6,8	5,3	2,9	2,1	8,3	6,2	2,7	7,4	3,8	1,2	1,3	1,3	×	×	2,1	6,9	4,4
Beschäftigte[2]	2,4	0,2	1,0	0,9	2,9	0,7	1,3	2,9	0,3	0,8	2,4	0,8	1,0	2,4	0,4	2,5	0,6	0,6
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition																	
Arbeitslosenquote	4,8	4,9	4,7	4,6	4,6	4,7	4,5	4,8	4,9	4,9	4,9	5,1	5,2	4,5	4,6	5,0	5,2	5,3
	in % des nominellen BIP																	
Leistungsbilanz	0,5	0,9	1,7	2,6	0,0	−0,4	0,2	×	×	×	0,7	1,0	1,8	−2,6	−2,1	0,2	−0,0	−0,1
Finanzierungssaldo des Staates	−2,9	−2,0	−2,2	−2,2	−3,3	−2,0	−1,6	−3,3	−2,7	−2,1	−3,5	−2,7	−2,0	−2,7	−1,6	−3,4	−2,8	−1,9
	Prognoseannahmen																	
Erdölpreis in USD/Barrel	104,6	86,4	79,7	76,0	99,0	83,0	79,0	101,0	84,0	79,0	102,6	95,0	95,0	98,2	85,5	101,8	85,0	78,0
Kurzfristiger Zinssatz in %	0,4	2,9	2,7	2,5	0,4	4,0	4,7	0,3	3,2	3,4	0,5	3,8	3,9	−0,2	0,8	0,2	3,1	3,0
USD/EUR-Wechselkurs	1,10	1,00	1,00	1,00	1,04	1,01	1,12	1,05	1,05	1,05	1,04	0,98	0,98	1,06	1,03	1,04	0,98	0,98
	Veränderung zum Vorjahr in %																	
BIP, real Euroraum[4]	3,4	0,5	1,9	1,8	3,4	0,6	1,7	3,3	0,5	1,4	3,3	0,5	1,4	3,1	0,5	3,5	0,9	1,5
BIP, real USA	1,9	0,6	0,9	1,8	1,9	0,9	1,5	1,8	0,7	1,3	1,8	0,5	1,0	1,6	1,0	1,8	0,7	1,7
BIP, real Welt	3,3	2,3	2,9	3,1	×	×	×	3,1	2,2	2,8	3,1	2,2	2,7	3,2	2,7	3,1	2,5	3,1
Welthandel[3]	6,1	2,0	3,3	3,3	×	×	×	4,0	1,7	4,0	5,4	2,9	3,8	4,3	2,5	5,4	2,3	3,6

[1] OeNB, WIFO: Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde. IHS, OECD, EU-Kommission: Produktivität je Beschäftigtem. - [2] WIFO und IHS: Unselbstständig aktiv Beschäftigte.
[3] IHS: Waren laut CPB, EK: Weltimporte. - [4] EU Kommission: Winterprognose 2023

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

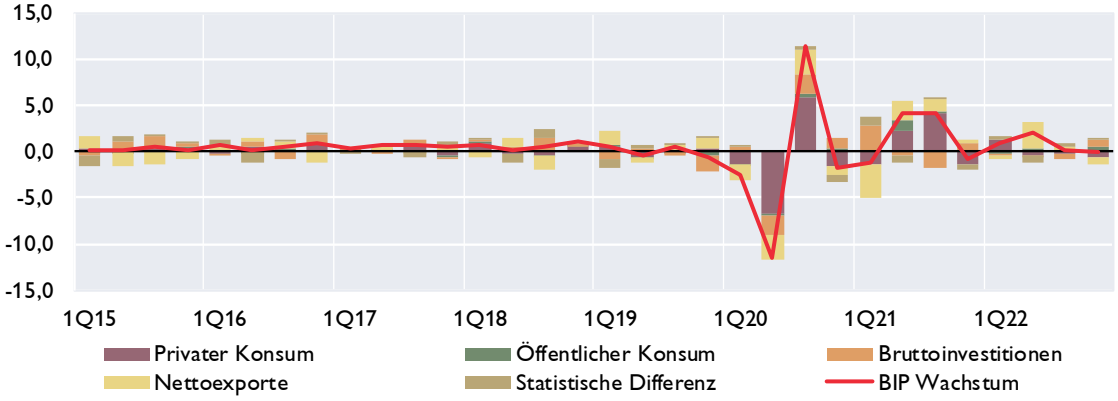
	2021	2022	2022 Q1	2022 Q2	2022 Q3	2022 Q4	2023 Q1	2022 Nov.	2022 Dez.	2023 Jän.	2023 Feb.
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	2,8	8,6	5,5	7,9	9,9	11,1	..	11,2	10,5	11,5	11*)
Kerninflation (o.Energie u.unb.Lebensmittel)	2,1	5,7	3,5	5,0	6,3	7,9	..	7,8	8,6	8,8	..
Nationaler VPI	2,8	8,5	5,8	7,9	9,8	10,6	..	10,6	10,2	11,2	11*)
Deflator des privaten Konsums	2,3	7,6	4,9	6,8	8,8	9,8	..	×	×	×	×
BIP Deflator	1,9	5,0	3,5	4,5	5,5	6,4	..	×	×	×	×
Erzeugerpreisindex	7,9	19,3	19,5	21,1	21,4	15,7	..	15,4	13,2	14,2	..
Großhandelspreisindex	10,4	20,9	19,2	25,9	21,6	17,3	..	16,5	14,4	13,2	10,2
Tariflohnindex	1,7	3,1	2,6	2,9	3,2	3,4	..	3,6	3,6	5,8	..
BIP je Erwerbstätigen	4,1	6,8	7,6	7,4	5,7	6,9	..	×	×	×	×
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	0,3	2,5	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	−5,4	..	×	×	×	×	×	×	×	×	×
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	4,7	5,0	0,8	2,1	0,1	−0,0	..	×	×	×	×
Privater Konsum	3,4	4,3	2,5	−0,8	−0,4	−1,2	..	×	×	×	×
Öffentlicher Konsum	7,9	3,0	−1,0	1,2	0,2	2,4	..	×	×	×	×
Bruttoanlageinvestitionen	8,8	−0,7	2,0	−1,8	−1,5	0,7	..	×	×	×	×
Exporte	10,1	11,5	0,8	3,6	2,4	−0,7	..	×	×	×	×
Importe	13,6	6,0	1,6	−1,3	1,8	0,5	..	×	×	×	×
	Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)										
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	4,6	5,0	9,4	6,4	2,1	2,6	..	×	×	×	×
Binnennachfrage (ohne Lager)	4,7	2,3	7,3	2,4	−0,7	0,6	..	×	×	×	×
Nettoexporte	−1,8	3,2	3,8	4,2	2,8	2,1	..	×	×	×	×
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	1,7	−0,5	−1,7	−0,2	0,0	−0,1	..	×	×	×	×
	Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)										
Exporte	16,1	..	20,1	19,3	16,7	..	..	14,7	..	..	..
Importe	23,6	..	25,7	19,0	20,7	..	..	17,8	..	..	..
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz										
Güter- und Dienstleistungen	2,1	..	2,2	1,4	2,0	..	..	×	×	×	×
Reiseverkehr	2,1	..	3,8	0,7	1,3	..	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz	1,4	..	1,4	−0,6	1,4	..	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz in % des BIP	0,4	..	1,3	−0,5	1,3	..	..	×	×	×	×
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	111,9	96,6	108,7	101,0	90,2	86,6	..	87,0	86,8	92,1	94,9
Industrievertrauen (%-Saldo)	10,3	2,3	11,3	6,5	−1,5	−7,3	..	−7,1	−8,4	−4,9	−1,4
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	10,2	7,1	10,7	9,6	6,5	2,2	..	3,2	−2,7	..	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	87,1	87,7	88,4	88,9	87,9	85,6	87,1	×	×	×	×
Bauvertrauen (%-Saldo)	19,0	9,1	19,3	9,9	5,3	1,7	..	−1,5	2,1	1,7	−2,0
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	16,4	10,2	16,5	14,7	6,9	2,7	..	1,6	6,7	10,2	12,8
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	−4,9	−24,5	−12,5	−23,9	−32,0	−29,5	..	−29,0	−29,2	−24,5	−23,9
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	−4,8	−11,0	−6,7	−5,1	−17,2	−14,9	..	−15,8	−9,4	−13,8	−12,8
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	2,8	−0,6	1,7	−1,4	−1,3	−1,2	..	0,6	−0,2	−4,7	..
	Arbeitsmarktentwicklung										
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	2,4	2,9	5,0	2,7	1,8	1,9	..	2,1	2,0	1,9	1,6
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	−19,0	−20,7	−30,2	−24,9	−13,9	−8,8	..	−11,0	−7,9	−4,8	−2,8
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	8,0	6,3	7,2	5,8	5,7	6,5	..	6,1	7,4	7,5	7,0
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	6,2	4,8	4,6	4,4	5,1	5,0	..	5,5	4,9	5,1	..
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	4,9	3,1	5,0	4,2	5,5	5,0	..	5,6	3,1	3,3	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	×	×	×	×	×	×	×	6,1	5,0	4,0	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	9,4	1,7	7,9	6,9	4,9	1,7	..	3,3	1,7	2,0	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	−0,5	0,3	−0,5	−0,4	0,5	1,8	..	1,8	2,1	2,3	2,6
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	−0,1	1,7	0,5	1,6	1,9	2,8	..	2,7	2,7	2,8	3,0
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	3 436	3 196	3 654	3 190	2 921	3 034	..	3 168	3 139	3 290	3 450,2
	Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP										
Finanzierungssaldo des Bundessektors	−5,4	−3,8	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Finanzierungssaldo des Staates	−5,9	−3,5	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Schulden des Staates	82,3	78,3	×	×	×	×	×	×	×	×	×

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Macrobond, OeKB, EU-Kommission, EZB. **) Schnellschätzung*

Österreich: Wirtschaftsindikatoren – aktuelle Entwicklung (II)

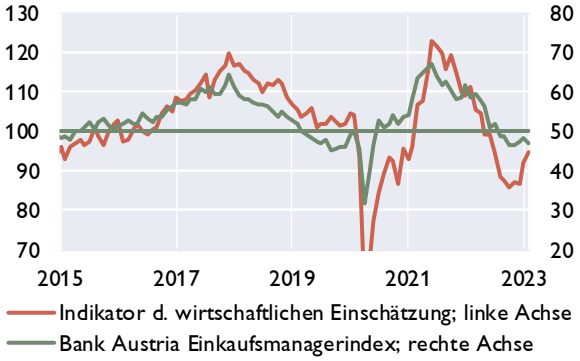
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



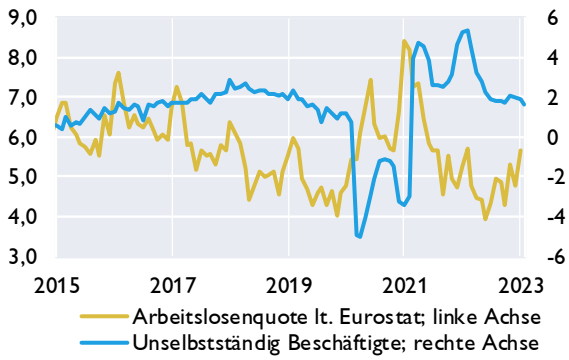
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50*[1]



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2]

Salden	2019	2020	2021	3Q21	4Q21	1Q22	2Q22	3Q22
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	9,5	11,3	1,4	1,9	0,9	1,4	−0,6	1,4
Güter	4,4	3,4	−0,3	0,2	−1,2	−1,3	0,5	1,3
Dienstleistungen	9,7	8,0	2,4	1,4	1,2	3,5	0,9	0,6
Primäreinkommen	−1,1	3,4	1,8	0,4	1,3	−0,3	−1,3	−0,3
Sekundäreinkommen	−3,4	−3,5	−2,5	−0,2	−0,3	−0,5	−0,7	−0,2
Vermögensübertragungen	−0,1	−0,4	0,1	0,0	0,1	−0,2	0,2	0,1
Kapitalbilanz	14,7	4,5	−4,0	−0,2	−5,4	5,8	−5,5	−1,0
Direktinvestitionen	4,7	10,7	7,3	4,8	1,0	2,9	−3,8	−0,3
Portfolioinvestitionen	−3,4	−13,3	9,9	0,8	11,2	−1,6	−1,3	−1,7
Finanzderivate	1,4	1,1	0,6	0,2	0,0	−1,0	−1,6	−0,7
Sonstige Investiitionen	12,2	4,4	−26,0	−10,6	−17,7	4,7	1,1	1,6
Währungsreserven[3]	−0,2	1,5	4,2	4,6	0,1	0,8	0,0	0,1
Statistische Differenz	5,3	−6,4	−5,6	−2,1	−6,4	4,6	−5,1	−2,6
Leistungsbilanz in % des BIP	2,4	3,0	0,4	1,8	0,9	1,3	−0,5	1,3

Quelle: OeNB, Statistik Austria, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.

[1] *Werte über 50 signalisieren Wachstum.*

[2] *Transaktionen; bis 2019 endgültige Daten, 2020 und 2021 revidierte Daten, 2022 provisorische Daten.*

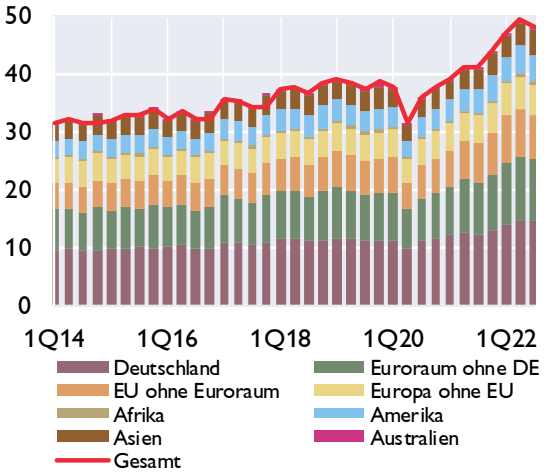
[3] *OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.*

Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			*Veränderung zum Vorjahr in %*	
2019	153 502	157 817	−4 316	2,3	1,1
2020	142 566	144 421	−1 855	−7,1	−8,5
2021	165 586	178 446	−12 860	16,1	23,6
Jän.-Nov. 21	151 732	162 748	−11 016	15,7	22,5
Jän.-Nov. 22	179 125	197 020	−17 896	18,1	21,1
Juni 22	16 749	17 473	−724	19,1	10,5
Juli 22	15 674	16 845	−1 172	11,1	14,1
Aug. 22	14 717	17 332	−2 615	19,6	26,8
Sep. 22	17 646	19 198	−1 552	19,6	21,6
Okt. 22	16 639	18 818	−2 179	16,4	19,4
Nov. 22	18 129	19 708	−1 579	14,7	17,8

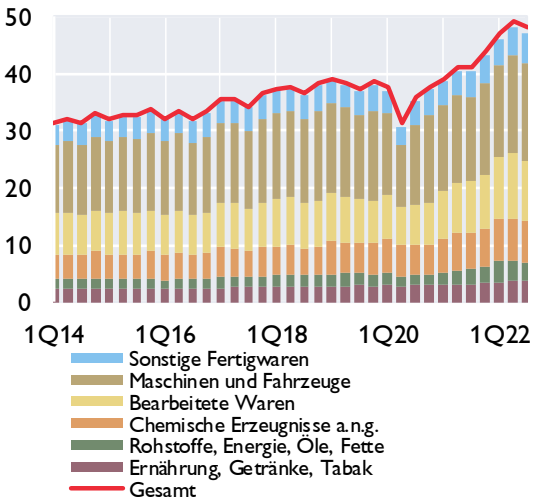
Exporte nach Regionen

in Mrd EUR



Exporte nach Warengruppen

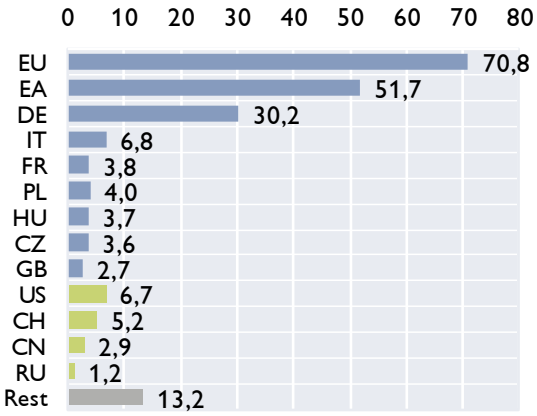
in Mrd EUR



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2021

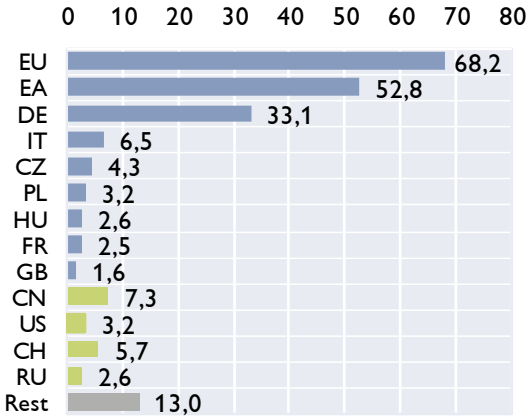
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



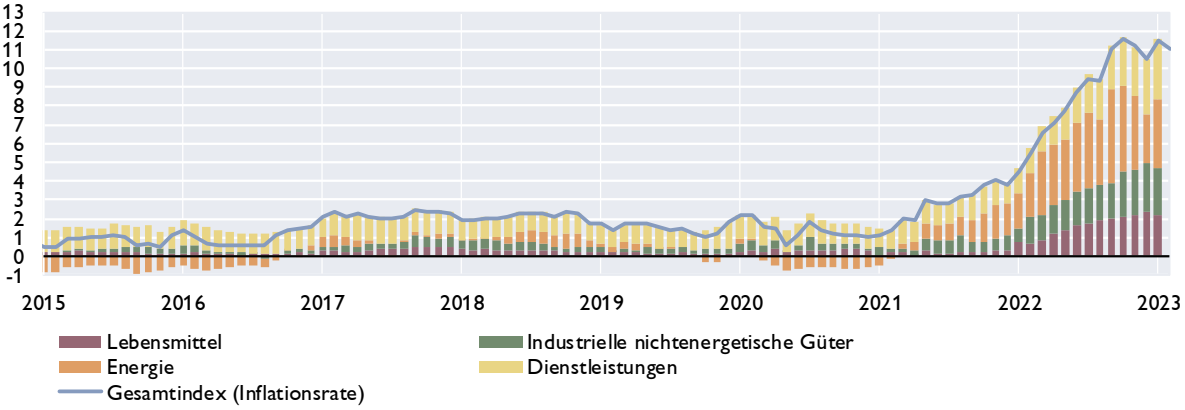
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2023	2021	2022	Okt.22	Nov.22	Dez.22	Jän.23	Feb.23
COICOP[1]-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0	2,8	8,6	11,6	11,2	10,5	11,5	11,0*)
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	12,1	0,7	10,7	14,4	15,3	16,2	17,0	..
Alkoholische Getränke und Tabak	3,5	2,3	3,6	4,0	4,0	4,8	4,5	..
Bekleidung und Schuhe	6,2	1,0	1,9	3,9	4,5	5,2	6,1	..
Wohnung, Wasser, Energie	15,0	3,2	14,5	23,8	22,3	17,7	22,6	..
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,4	1,9	7,4	11,5	11,0	11,3	12,0	..
Gesundheitspflege	5,2	1,6	2,6	3,3	3,4	3,3	4,4	..
Verkehr	13,1	5,9	16,4	17,1	15,0	11,3	11,4	..
Nachrichtenübermittlung	2,0	−2,6	−0,3	−1,4	−1,9	−2,5	−3,9	..
Freizeit und Kultur	10,6	2,9	3,7	3,8	3,6	5,2	5,5	..
Bildungswesen	1,2	2,0	2,8	3,9	4,0	3,9	3,9	..
Hotels, Cafes und Restaurants	15,8	3,8	9,0	11,0	11,2	13,1	12,0	..
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	7,9	1,2	3,3	4,8	5,0	5,7	7,0	..

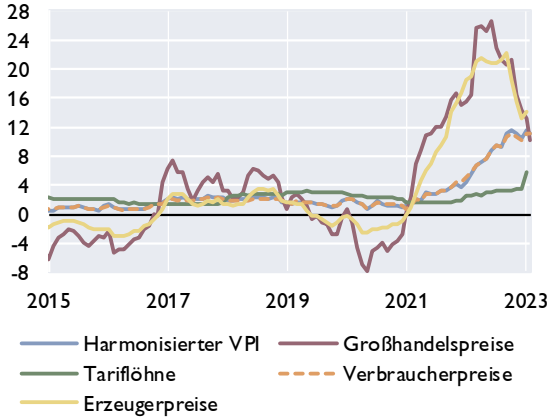
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2019	2020	2021	2022
Arbeitsproduktivität[1]	0,2	−4,6	2,1	1,8
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	2,9	2,2	2,5	4,4
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit[2]	−1,1	1,7	0,2	−1,7
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	2,4	7,1	0,3	2,5
Sachgütererzeugung	3,2	4,5	−5,4	..

[1]In der Gesamtwirtschaft.
[2]Real-effektiver Wechselkursidex Industriewaren, export- und importgewichtet, deflationiert mit dem HVPI.

Quelle: Statistik Austria, WIFO. [1] Classification of Individual Consumption by Purpose. **) Schnellschätzung.*

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2020	2021	2022	4Q21	1Q22	2Q22	3Q22	4Q22
Gesamt	**97 876**	**79 563**	**136 912**	**17 400**	**35 767**	**26 792**	**50 331**	**24 023**
Inländer	31 596	29 599	38 881	5 930	7 796	9 575	14 130	7 380
Ausländer	66 280	49 964	98 031	11 469	27 971	17 216	36 201	16 643
darunter								
Deutschland	38 508	32 084	53 402	6 590	13 864	10 564	20 632	8 342
Osteuropa	7 679	5 235	11 259	1 489	3 652	1 829	3 370	2 408
Niederlande	7 416	4 334	9 986	900	4 682	777	3 496	1 032
Schweiz	3 143	1 992	3 748	634	755	742	1 360	891
Vereinigtes Königreich	1 477	310	2 549	178	983	457	585	525
Italien	996	1 011	2 192	221	179	315	1 157	541
Belgien	1 737	1 211	2 835	230	1 099	461	1 015	260
Frankreich	791	587	1 379	157	318	231	572	258
Dänemark	1 058	385	1 470	123	815	107	400	149
USA	326	375	1 580	147	159	385	603	434
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**−35,9**	**−18,7**	**72,1**	**182,0**	**1222,5**	**135,2**	**4,7**	**38,1**
Inländer	−20,9	−6,3	31,4	59,7	299,4	61,5	−10,5	24,4
Ausländer	−41,2	−24,6	96,2	366,9	3616,0	215,1	12,2	45,1

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2019	2020	2021	3Q21	4Q21	1Q22	2Q22	3Q22
Deutschland	9 224	6 031	4 714	2 930	1 141	2 468	1 591	3 139
Niederlande	1 349	1 002	505	362	123	717	89	403
Schweiz	1 432	1 029	546	337	152	257	181	196
Italien	850	350	304	190	63	80	76	326
CESEE[1]	3 217	1 983	1 462	619	411	794	577	903
Restl. Europa	2 506	1 299	543	298	179	833	275	536
Rest der Welt	1 915	430	309	166	94	123	173	377
Gesamt	**20 493**	**12 124**	**8 383**	**4 902**	**2 163**	**5 272**	**2 962**	**5 880**

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2019	2020	2021	3Q21	4Q21	1Q22	2Q22	3Q22
Deutschland	2 398	1 079	1 297	508	473	440	1 001	707
Italien	1 443	539	1 545	1 139	197	125	406	910
Kroatien	992	173	618	498	38	58	141	686
Europäische Mittelmeerländer[2]	1 164	339	936	594	205	134	262	901
Restl. Europa	2 977	1 341	1 621	784	421	420	420	1 151
Rest der Welt	1 390	454	237	39	147	256	29	249
Gesamt	**10 364**	**3 925**	**6 254**	**3 562**	**1 481**	**1 433**	**2 259**	**4 604**

[1] *Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.*

[2] *Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.*

Quelle: Statistik Austria, OeNB.

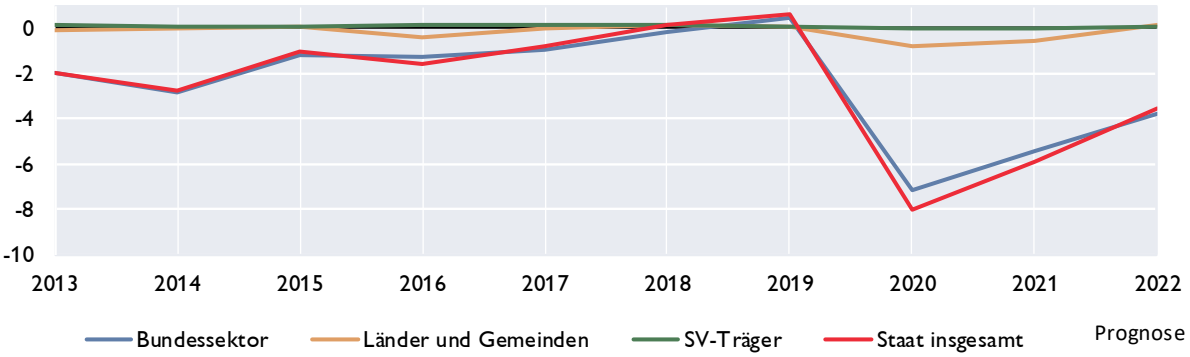
Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2018	−0,5	0,7	0,5	0,7	−0,1	0,2	0,1	0,2
2019	1,8	0,4	0,2	2,4	0,4	0,1	0,0	0,6
2020	−27,4	−3,1	−0,1	−30,5	−7,2	−0,8	−0,0	−8,0
2021	−22,0	−2,1	0,0	−24,1	−5,4	−0,5	0,0	−5,9
2022[1)]	−17,2	0,8	0,4	−15,9	−3,8	0,2	0,1	−3,5

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

in % des BIP

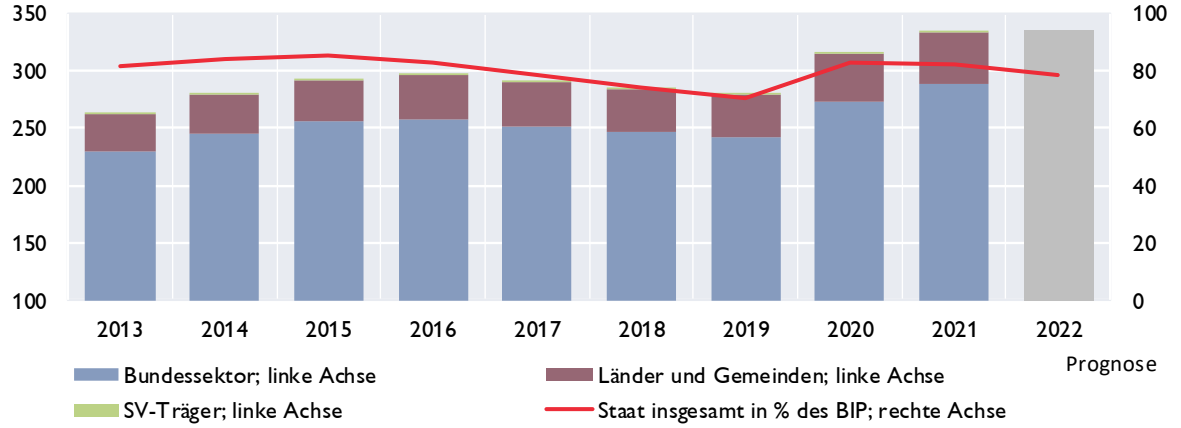


Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2018	246,1	37,9	1,3	285,4	63,9	9,9	0,3	74,1
2019	241,9	37,6	1,0	280,5	60,9	9,5	0,3	70,6
2020	273,2	40,8	2,0	316,0	71,7	10,7	0,5	82,9
2021	288,8	44,1	1,2	334,2	71,1	10,9	0,3	82,3
2022[1)]	.	.	.	353,2	.	.	.	78,3

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

in Mrd EUR *in % des BIP*



1) BMF-Prognose.

Quelle: Statistik Austria, BMF (Okt. 2022).

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

Finanzierungshaushalt[1]	Jänner bis Dezember		Vorl. Erfolg	Bundes-voranschlag (BVA)	BVA 2023/ Vorl. Erfolg 2022
Allgemeine Gebarung	2021	2022	2022	2023	
	in Mio EUR				in %
Auszahlungen	107 138	113 703	113 703	115 197	1,3
Einzahlungen	89 164	92 941	92 941	98 088	5,5
Nettofinanzierungsbedarf[2]	−17 974	−20 763	−20 763	−17 109	17,6

Abgaben des Bundes

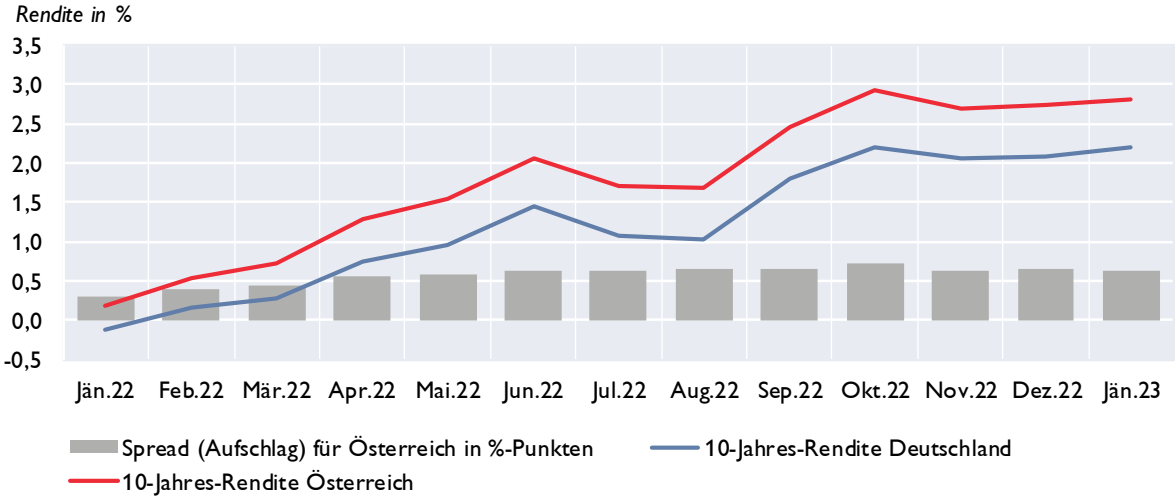
	Jänner bis Dezember		Vorl. Erfolg	Bundes-voranschlag (BVA)	BVA 2023/ Vorl. Erfolg 2022
	2021	2022	2022	2023	
	in Mio EUR				in %
Einkommen- und Vermögensteuern	48 775	55 470	55 470	55 749	0,5
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	*4 473*	*5 867*	*5 867*	*3 500*	*−40,3*
Körperschaftsteuer	*9 821*	*13 625*	*13 625*	*13 500*	*−0,9*
Lohnsteuer	*30 096*	*31 421*	*31 421*	*33 500*	*6,6*
Kapitalertragsteuern	*4 217*	*4 336*	*4 336*	*5 050*	*16,5*
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	44 996	49 579	49 579	51 679	4,2
davon: Umsatzsteuer	*30 648*	*35 397*	*35 397*	*37 000*	*4,5*
Öffentliche Abgaben brutto	95 684	105 167	105 167	108 100	2,8
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	33 269	39 534	39 534	39 491	−0,1
Überweisungen an die Europäische Union	3 561	3 406	3 406	3 600	5,7
Öffentliche Abgaben netto[3]	58 854	62 228	62 228	65 919	5,9

[1] *Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.*

[2] *Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.*

[3] *Steuereinnahmen des Bundes.*

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich



Quelle: BMF, EZB.

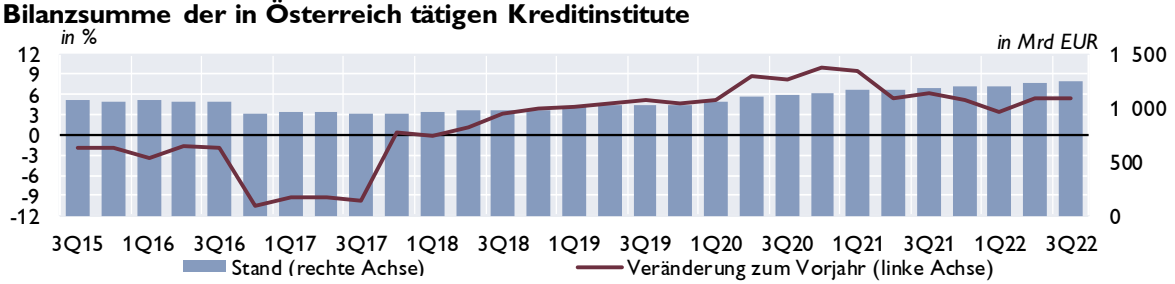
Aggregierte Vermögenslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute[1]

Vermögenslage	3. Quartal 2021	3. Quartal 2022	Differenz zur Vergleichsperiode	
AKTIVA	*in Mio EUR*			*in %*
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	194 281	189 606	−4 675	−2,4
Darlehen und Kredite	785 152	834 953	49 801	6,3
Schuldverschreibungen	136 681	145 254	8 573	6,3
Eigenkapitalinstrumente	8 531	9 175	644	7,5
Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert	18 177	27 149	8 972	49,4
Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden	21 874	22 205	331	1,5
Materielle Vermögenswerte	10 918	10 749	−169	−1,5
Immaterielle Vermögenswerte	3 159	3 038	−121	−3,8
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	8 024	9 235	1 211	15,1
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 186 795	1 251 364	64 569	5,4
PASSIVA				
Einlagen von Zentralbanken	97 271	95 219	−2 052	−2,1
Einlagen von Kreditinstituten	113 025	119 350	6 325	5,6
Einlagen von Nichtbanken	679 527	720 114	40 587	6,0
Begebene Schuldverschreibungen	153 621	155 500	1 879	1,2
Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	11 944	24 540	12 596	105,5
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	1 073	739	−334	−31,1
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital[2)]	0	0	-	-
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten[2)]	0	5	5	-
Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten	16 634	18 145	1 511	9,1
Rückstellungen	12 590	11 196	−1 394	−11,1
Eigenkapital und Minderheitenanteile	101 112	106 555	5 443	5,4
**hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis [2)]*	*−8 467*	*−7 220*	*1 247*	*14,7*
**hievon: Minderheitenanteile*	*7 049*	*7 454*	*405*	*5,7*
SUMME AKTIVA / PASSIVA	1 186 795	1 251 364	64 569	5,4

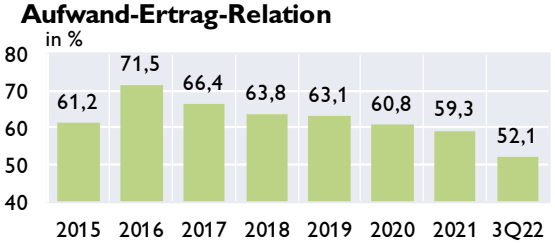
Ab Berichtstermin März 2021 sind Unternehmen, die bloß nach BWG (aber nicht nach CRR) Kreditinstitute sind (u.a. Kapitalanlagegesellschaften, Immobilien-Kapitalanlagegesellschaften und Betriebliche Vorsorgekassen) nicht mehr enthalten.

1) Zusammenführung von Meldedaten von konsolidierten Kreditinstitutsgruppen und von unkonsolidierten Einzelkreditinstituten unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden Kreditinstitutsgruppen dargestellt.

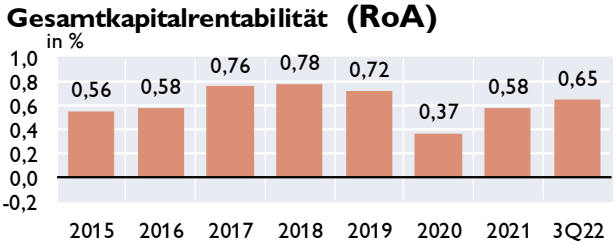
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Aufwand-Ertrag-Relation



Gesamtkapitalrentabilität (RoA)



Quelle: OeNB. *Anmerkung: RoA nach Steuern, vor Minderheitenanteilen (unterjährig annualisiert).*

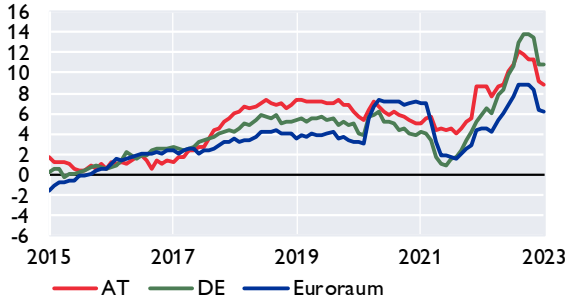
Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %		Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %	
2020	174,5	6 139	3,6	3,1	169,8	4 697	5,0	7,1
2021	184,2	6 380	5,2	4,2	184,5	4 852	8,6	4,3
2022	190,8	6 640	3,5	3,8	201,4	5 120	9,1	6,3
Apr.22	186,3	6 477	5,4	4,6	189,0	4 957	8,7	5,4
Mai.22	187,6	6 511	5,5	4,6	190,0	4 989	8,7	6,0
Jun.22	189,3	6 560	5,5	4,6	192,7	5 026	10,1	6,9
Jul.22	189,9	6 584	5,4	4,5	195,7	5 083	10,9	7,6
Aug.22	190,5	6 596	5,2	4,5	198,4	5 128	12,1	8,7
Sep.22	191,0	6 617	4,7	4,4	199,3	5 151	11,7	8,9
Okt.22	190,5	6 628	4,4	4,2	200,1	5 181	11,3	8,9
Nov.22	190,8	6 645	4,0	4,1	201,7	5 174	11,3	8,3
Dez.22	190,8	6 640	3,5	3,8	201,4	5 120	9,1	6,3
Jän.23	189,6	6 648	2,9	3,6	201,8	5 136	8,9	6,1

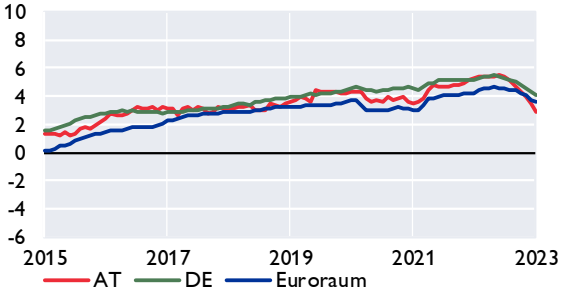
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



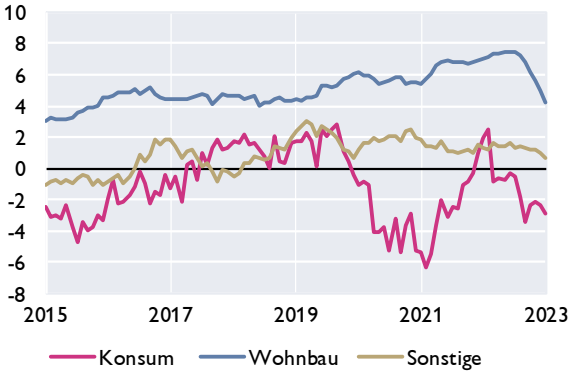
Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %



Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

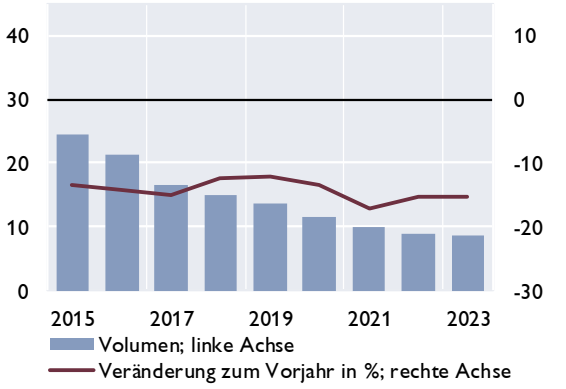
Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

in Mrd EUR

in %

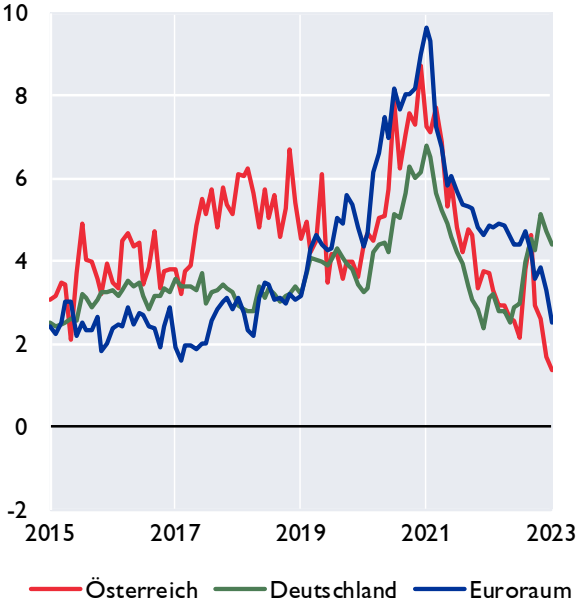


Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

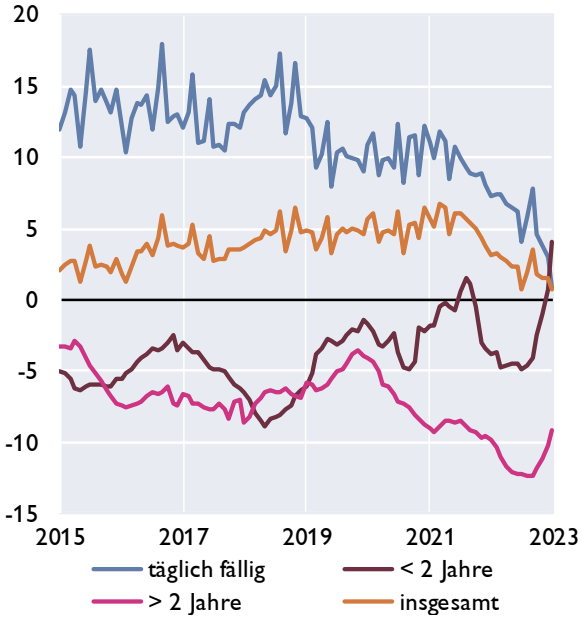
Einlagen von Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in %



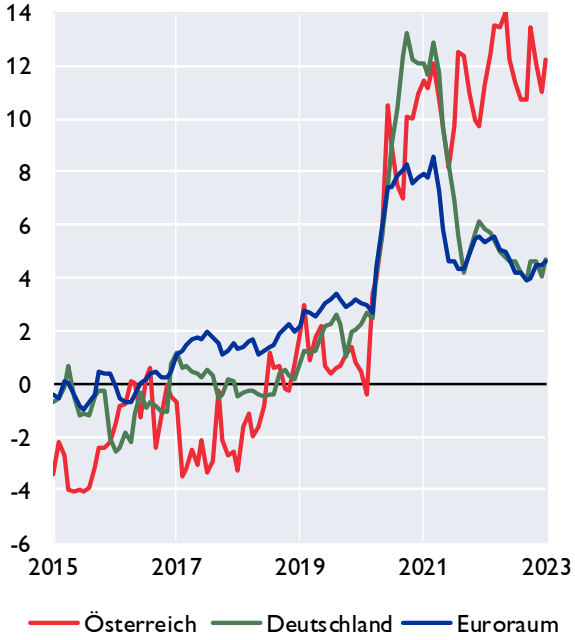
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten

Veränderung zum Vorjahr in %



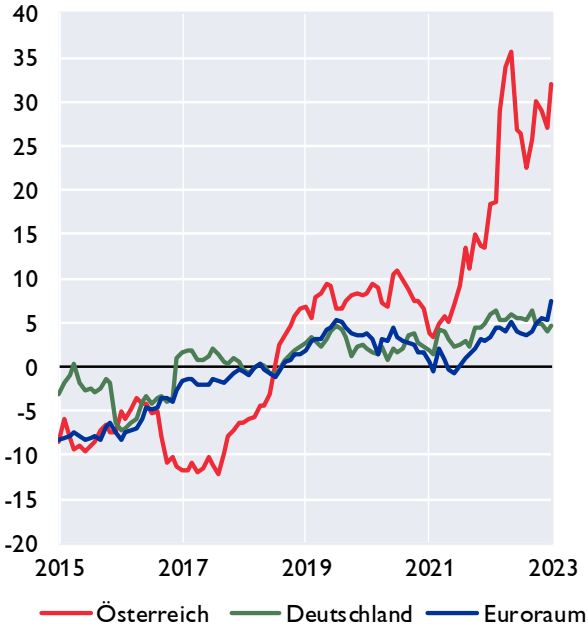
Wertpapierumlauf

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

Veränderung zum Vorjahr in %

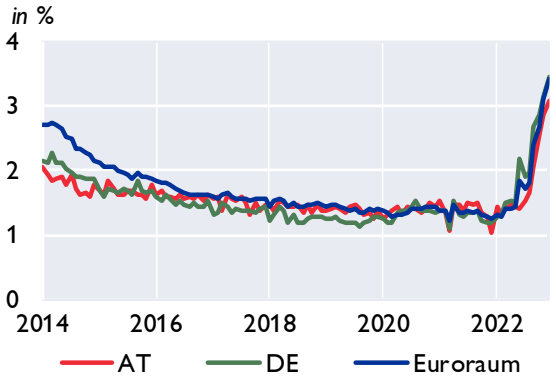


Quelle: OeNB, EZB

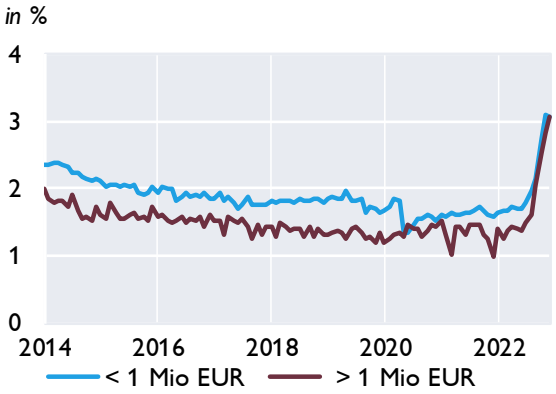
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

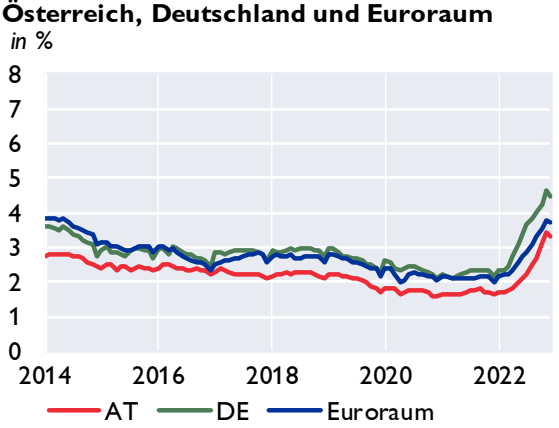


Nach Kredithöhe in Österreich

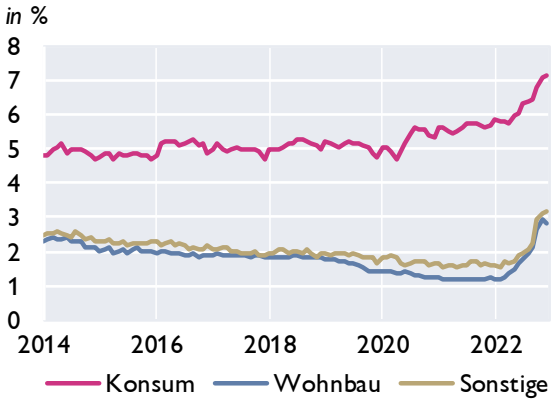


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

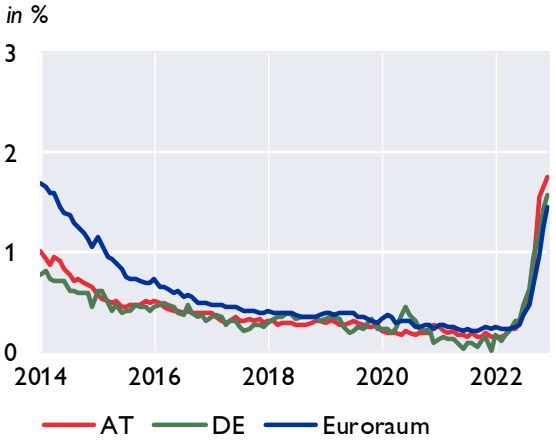


Nach Verwendungszweck in Österreich

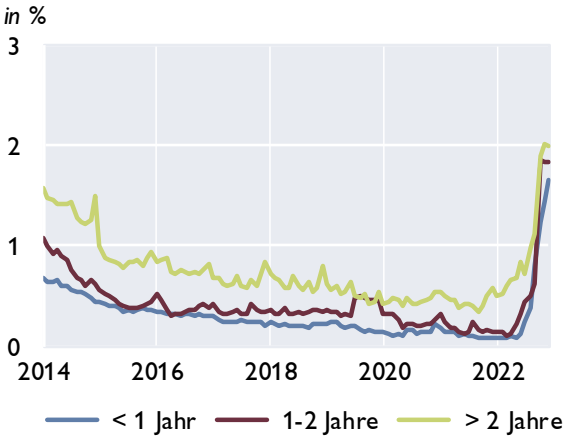


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



Quelle: OeNB, EZB

Seite 33

Aggregierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute[1]

Ertragslage	3. Quartal 2021 in Mio EUR	3. Quartal 2022	Differenz zur Vergleichsperiode	in %
Zinsergebnis, netto	11 774	13 671	1 897	16,1
**hievon: Zinsen und ähnliche Erträge*	*16 439*	*21 120*	*4 681*	*28,5*
**hievon: (Zinsen und ähnliche Aufwendungen)*	*4 665*	*7 450*	*2 785*	*59,7*
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital)[2]	0	0	-	-
Dividendenerträge	288	345	57	19,8
Provisionsergebnis, netto	5 893	7 309	1 416	24,0
**hievon: Provisionserträge*	*7 688*	*9 259*	*1 571*	*20,4*
**hievon: (Provisionsaufwand)*	*1 795*	*1 949*	*154*	*8,6*
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	74	−161	−235	R
Gewinne oder (-) Verluste aus Ausbuchungen von Anteilen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, netto	0	−12	−12	R
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	−225	−568	−343	R
Gewinne oder (-) Verluste aus nicht zum Handelsbestand gehörenden finanziellen Vermögenswerten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, netto[2]	40	−485	−525	R
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP	632	1 387	755	119,5
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung nicht finanzieller Vermögenswerte, netto	16	48	32	200,0
Sonstige betriebliche Erträge	2 752	2 618	−134	−4,9
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	2 112	1 989	−123	−5,8
Betriebserträge, netto	**19 132**	**22 163**	**3 031**	**15,8**
(Verwaltungsaufwendungen)	9 971	10 524	553	5,5
**hievon: (Personalaufwendungen)*	*6 275*	*6 495*	*220*	*3,5*
**hievon: (Sachaufwendungen)*	*3 697*	*4 029*	*332*	*9,0*
(Barbeiträge zu Abwicklungsfonds und Einlagensicherungssystemen)[3]	596	772	176	29,5
(Abschreibungen)	1 035	1 026	−9	−0,9
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht finanziellen Vermögenswerten)	4	−5	−9	R
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen)	45	2 801	2 756	>500%
Betriebsergebnis	**7 480**	**7 045**	**−435**	**−5,8**
(Zahlungsverpflichtungen gegenüber Abwicklungsfonds und Einlagensicherungssystemen)[3]	113	29	−84	−74,3
(Rückstellungen oder (-) Wertaufholung für Kreditrisiko)	41	17	−24	−58,5
(Sonstige Rückstellungen)	163	128	−35	−21,5
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung für mit Anschaffungskosten bewerteten Darlehen, Kredite und Schuldtitel)	324	1 309	985	304,0
(Sonstige Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert und nicht zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	−15	15	30	A
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert	0	0	-	-
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert sind	976	1 492	516	52,9
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen[2]	−2	10	12	A
Änderungsgewinne oder -verluste (-), netto für IFRS[2]	−27	0	27	A
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	**7 801**	**7 049**	**−752**	**−9,6**
(Ertragssteuern)	1 383	1 600	217	15,7
Periodenergebnis nach Steuern und vor Minderheitenanteilen	**6 418**	**5 449**	**−969**	**−15,1**
Außerordentlicher Gewinn oder (-) Verlust nach Steuern für UGB/BWG Melder	17	21	4	23,5
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern[2]	0	455	455	-
(Den Minderheitenanteilen zurechenbar)	535	382	−153	−28,6
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	**5 899**	**5 544**	**−355**	**−6,0**

Werte für das gesamte bisherige Geschäftsjahr in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt

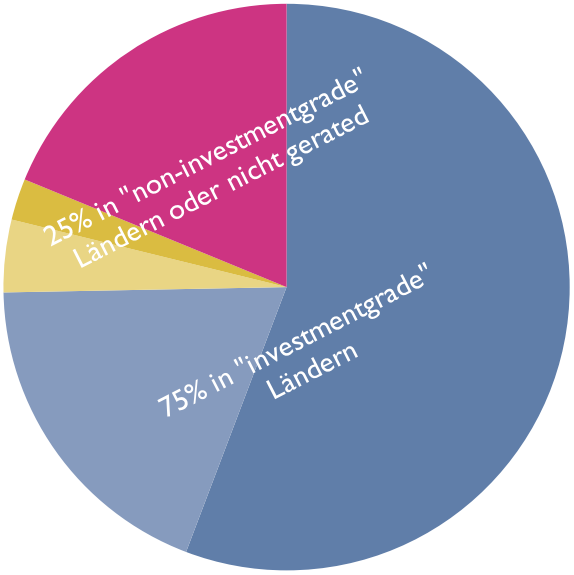
Quelle: OeNB.

Ab Berichtstermin März 2021 sind Unternehmen, die bloß nach BWG (aber nicht nach CRR) Kreditinstitute sind (u.a. Kapitalanlagegesellschaften, Immobilien-Kapitalanlagegesellschaften und Betriebliche Vorsorgekassen) nicht mehr enthalten.

1) Zusammenführung von Meldedaten von konsolidierten Kreditinstitutsgruppen und von unkonsolidierten Einzelkreditinstituten unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden Kreditinstitutsgruppen dargestellt.. - 3) In dieser Position sind nur Daten von Kreditinstitutsgruppen bzw. Einzelkreditinstituten, die gemäß Artikel 9 der Durchführungsverordnung 680/2014 oder Artikel 5, 7 und 11 der EZB-VO 2015/534 (mit Ausnahme jener nach Artikel 11 Absatz 6) melden, enthalten.

Seite 34

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



AA- - A- BBB+ - BBB- BB+ - BB- B+ - B- not rated

	2018	2019	2020	2021	2022Q1	2022Q2	2022Q3
	in Mio EUR						
Tschechische Republik	75 815	77 843	78 868	93 192	102 648	101 831	103 017
Slowakei	33 256	35 985	40 627	46 542	45 739	47 263	48 643
Rumänien	25 737	27 531	30 367	32 721	32 469	33 727	34 239
Ungarn	16 817	18 590	21 240	25 404	27 107	25 676	24 617
Kroatien	17 328	17 811	19 202	20 446	20 779	21 845	22 405
Republik Serbien	5 376	5 344	5 387	9 117	7 971	10 501	9 904
Polen	7 985	8 460	8 446	7 858	8 088	7 971	8 211
Slowenien	4 823	6 155	7 227	6 238	6 285	6 298	6 308
Bosnien Herzgowina	3 620	3 800	3 990	4 156	4 075	4 053	4 103
Mazedonien	396	1 107	1 237	1 327	1 341	1 354	1 423
Republik Montenegro	892	954	964	946	945	962	1 003
Bulgarien	4 173	4 624	4 931	5 622	5 568	722	528
Türkei	737	642	616	385	420	412	423
Lettland	140	148	317	365	436	360	372
Litauen	171	253	318	331	406	376	346
Aserbeidschan	244	213	149	83	78	77	67
Estland	14	37	46	100	69	69	57
Andere	19 553	23 778	19 636	24 069	23 541	30 844	31 118
Gesamt	217 078	233 275	243 569	278 902	287 965	294 341	296 783

Nur Forderungen von Banken in mehrheitlich österreichischem Besitz dargestellt.

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Seite 35

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 3. Quartal 2022	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Geldvermögen	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	×	22 665	*22 665*	*x*	*x*	*x*	*x*	×	×	7 223
Bargeld	2 152	6 520	*6 473*	*0*	*46*	*1*	*0*	26 841	0	9 071
Täglich fällige Einlagen	79 625	215 039	*191 160*	*9 198*	*10 736*	*3 387*	*557*	209 843	7 033	115 498
Sonstige Einlagen	25 266	266 221	*249 320*	*1 366*	*14 635*	*691*	*209*	90 188	1 195	51 090
Kurzfristige Kredite	37 542	72 918	*63 616*	*11*	*7 232*	*2 056*	*3*	2 473	0	35 388
Langfristige Kredite	136 327	507 030	*471 705*	*241*	*29 338*	*5 707*	*38*	136	0	98 805
Handelskredite	53 112	9	*9*	*0*	*0*	*0*	*0*	24	8	28 578
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	336	3 313	*2 569*	*664*	*55*	*25*	*0*	536	0	23 619
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	4 749	328 497	*208 705*	*75 983*	*3 346*	*39 702*	*760*	20 409	831	287 763
Börsennotierte Aktien	40 709	57 997	*3 723*	*38 256*	*14 819*	*1 200*	*0*	32 576	961	43 247
Nicht börsennotierte Aktien	48 244	71 646	*24 690*	*152*	*36 460*	*10 284*	*60*	9 340	63	18 059
Investmentzertifikate	17 994	156 235	*13 333*	*63 747*	*23 048*	*32 849*	*23 257*	77 623	3 119	27 560
Sonstige Anteilsrechte	197 116	110 122	*39 602*	*3 280*	*61 148*	*6 068*	*24*	166 309	2 554	145 296
Lebensversicherungsansprüche	×	×	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	63 543	×	1 610
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	3 241	3 663	*0*	*0*	*0*	*3 663*	*0*	4 125	0	1 291
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	×	×	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	45 013	×	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	16 390	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	9 663	32 403	*24 166*	*87*	*6 574*	*1 448*	*127*	12 976	261	16 220
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	656 078	1 854 276	*1 321 736*	*192 985*	*207 437*	*107 082*	*25 036*	778 346	16 025	910 316
Geldvermögensbildung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	×	132	*132*	*x*	*x*	*x*	*x*	×	×	0
Bargeld	1 319	-6 957	*-6 956*	*0*	*-2*	*0*	*0*	749	0	5 029
Täglich fällige Einlagen	1 177	8 420	*7 025*	*945*	*295*	*106*	*49*	15 196	498	22 499
Sonstige Einlagen	6 513	13 559	*9 496*	*112*	*3 927*	*2*	*22*	-4 269	40	4 067
Kurzfristige Kredite	2 367	10 338	*9 246*	*-4*	*905*	*198*	*-6*	-127	0	2 852
Langfristige Kredite	14 575	31 050	*28 952*	*64*	*2 065*	*-30*	*-2*	-9	-12	6 185
Handelskredite	195	-1	*-8*	*0*	*7*	*0*	*0*	-3	-1	4 580
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	287	-2 328	*-2 653*	*351*	*-40*	*14*	*0*	74	0	-6 227
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	590	32 089	*31 226*	*1 551*	*63*	*-920*	*169*	167	19	12 959
Börsennotierte Aktien	7 078	1 194	*80*	*527*	*593*	*-6*	*0*	2 304	0	143
Nicht börsennotierte Aktien	-1 874	2 750	*-778*	*28*	*3 574*	*-103*	*29*	-226	-1	482
Investmentzertifikate	2 145	-6 596	*-962*	*-1 613*	*-3 626*	*12*	*-407*	7 391	221	1 160
Sonstige Anteilsrechte	-7 642	4 111	*767*	*332*	*2 700*	*312*	*0*	760	8	850
Lebensversicherungsansprüche	×	×	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	-607	×	-75
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	-285	-184	*0*	*0*	*0*	*-184*	*0*	-362	0	134
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	×	×	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	243	×	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	1 291	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-7 572	-4 815	*-4 100*	*-212*	*-561*	*171*	*-113*	483	14	-5 175
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	18 874	82 760	*71 467*	*2 081*	*9 900*	*-428*	*-258*	23 052	787	49 462
Nettogeldvermögen	-305 373	1 524	*28 547*	*-7 690*	*-36 441*	*14 415*	*2 692*	558 528	13 609	-88 387
Finanzierungssaldo	-15 872	3 549	*2 579*	*-3 640*	*4 760*	*277*	*-427*	15 009	864	6 113

Quelle: OeNB.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten

im 3. Quartal 2022	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Verbindlichkeiten	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR[1]	x	7 223	*7 223*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	22 665
Bargeld	x	44 013	*44 013*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	653
Täglich fällige Einlagen	x	637 426	*637 426*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	27 522
Sonstige Einlagen	x	331 920	*331 920*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	110 119
Kurzfristige Kredite	48 159	24 276	*0*	*405*	*22 895*	*976*	*0*	8 086	289	65 096
Langfristige Kredite	339 995	37 162	*0*	*235*	*34 895*	*2 026*	*6*	208 317	1 797	150 417
Handelskredite	45 410	132	*3*	*0*	*129*	*0*	*0*	102	14	34 417
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	522	6 128	*6 128*	*x*	*0*	*0*	*0*	x	x	2 360
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	36 416	156 949	*138 343*	*0*	*13 498*	*5 108*	*0*	x	x	182 584
Börsennotierte Aktien	93 660	27 521	*19 361*	*x*	*3 581*	*4 579*	*x*	x	x	77 924
Nicht börsennotierte Aktien	45 447	65 655	*55 483*	*176*	*3 673*	*6 324*	*0*	x	x	65 300
Investmentzertifikate	x	199 409	*0*	*199 409*	*0*	*0*	*x*	x	x	95 267
Sonstige Anteilsrechte	318 272	166 287	*19 475*	*91*	*146 721*	*0*	*0*	x	12	141 983
Lebensversicherungsansprüche	x	60 015	*x*	*x*	*0*	*60 015*	*x*	x	x	5 138
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	9 871	*x*	*x*	*0*	*9 871*	*x*	x	x	2 448
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	13 782	31 121	*6 214*	*x*	*0*	*2 569*	*22 338*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	16 390	*0*	*0*	*16 390*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	19 789	31 254	*27 599*	*359*	*2 096*	*1 200*	*0*	3 311	304	14 811
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	961 451	1 852 752	*1 293 188*	*200 675*	*243 878*	*92 666*	*22 344*	219 817	2 416	998 703
Finanzierung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR[1]	x	0	*0*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	132
Bargeld	x	1 756	*1 756*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	-1 619
Täglich fällige Einlagen	x	47 424	*47 424*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	4 066
Sonstige Einlagen	x	10 020	*10 020*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	10 949
Kurzfristige Kredite	7 764	1 433	*0*	*-43*	*1 594*	*-116*	*-1*	-357	-19	6 638
Langfristige Kredite	32 078	898	*0*	*66*	*715*	*114*	*4*	8 252	-77	10 370
Handelskredite	-932	117	*0*	*0*	*117*	*0*	*0*	-25	7	5 041
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	13	-1 226	*-1 225*	*x*	*-1*	*0*	*0*	x	x	-2 940
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-5 443	14 521	*14 048*	*x*	*-355*	*828*	*0*	x	x	13 884
Börsennotierte Aktien	1 567	-575	*0*	*x*	*-575*	*0*	*0*	x	x	9 715
Nicht börsennotierte Aktien	177	189	*389*	*x*	*72*	*-257*	*-23*	x	x	662
Investmentzertifikate	x	5 542	*0*	*5 542*	*0*	*0*	*0*	x	x	-952
Sonstige Anteilsrechte	841	1 924	*-86*	*3*	*2 036*	*-29*	*0*	x	1	-4 096
Lebensversicherungsansprüche	x	-775	*0*	*x*	*0*	*-775*	*0*	x	x	93
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	-483	*0*	*x*	*0*	*-483*	*0*	x	x	-214
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-30	282	*96*	*x*	*0*	*-2*	*189*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	1 291	*0*	*0*	*1 291*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-1 288	-3 127	*-3 534*	*145*	*246*	*16*	*0*	168	10	-8 379
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	34 746	79 211	*68 888*	*5 721*	*5 140*	*-706*	*168*	8 043	-78	43 350
Nettogeldvermögen	-305 373	1 524	*28 547*	*-7 690*	*-36 441*	*14 415*	*2 692*	558 528	13 609	-88 387
Finanzierungssaldo	-15 872	3 549	*2 579*	*-3 640*	*4 760*	*277*	*-427*	15 009	864	6 113

Quelle: OeNB.

[1] *Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.*